

Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit

Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit

Analysen und Zeitzeugenberichte
zur deutschen Militärgeschichte
1945 bis 1995

Im Auftrag des
Militärgeschichtlichen Forschungsamtes
herausgegeben von
Bruno Thoß
unter Mitarbeit von
Wolfgang Schmidt

R. Oldenbourg Verlag München 1995

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit : Analysen und
Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis
1995 / im Auftr. des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes
hrsg. von Bruno Thoss unter Mitarb. von Wolfgang Schmidt. -
München : Oldenbourg, 1995

ISBN 3-486-56160-X

NE: Thoss, Bruno [Hrsg.]

© 1995 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam

Druck und Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56160-X

Inhalt

Geleitwort des Bundesministers der Verteidigung	IX
Vorwort des Amtschefs des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes	XIII
Einführung des Herausgebers	XV
Teil I	
Von Potsdam nach Paris und Warschau. Der Weg der beiden deutschen Staaten in die Bündnisse 1945 bis 1955/56	1
<i>Gerhard Wettig:</i>	
Von der Entmilitarisierung zur Aufrüstung in beiden Teilen Deutschlands 1945–1952	3
<i>Rolf Friedemann Pauls</i>	
Adenauer und die Soldaten	37
<i>Gerhard Kunze</i>	
Feind und Kamerad	43
<i>Georg Meyer</i>	
Drei deutsche Generale. Dienst in der Diktatur und im Spannungsfeld des Kalten Krieges	51
<i>Konrad Kraske</i>	
Anfänge der Öffentlichkeitsarbeit in der Dienststelle Blank	63
<i>Roland Haase</i>	
Auf dem letzten Lehrgang für Regimentskommandeure in der Sowjetunion	73
<i>Bruno Thoß</i>	
Zwei deutsche Staaten — zwei deutsche Armeen. Der Beitritt von Bundesrepublik und DDR zu den Bündnissen 1954/56	83
<i>Walter Schwengler</i>	
Sicherheit vor Deutschland. Völkerrechtliche Bindungen der Bundesrepublik Deutschland nach den Pariser Verträgen von 1954	101
<i>Johann Adolf Graf von Kielmansegg</i>	
Militärischer Berater auf der Konferenz von London 1954	115
Teil II	
Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Die deutschen Streitkräfte in den Militärblöcken bis zur Wende von 1989/90	125
<i>Torsten Diedrich</i>	
Die militärische Grenzsicherung an der innerdeutschen Demarkationslinie und der Mauerbau 1961	127

<i>Egon Bahr</i>	
Der Schock des Mauerbaus aus der Sicht des Berliner Senats	145
<i>Walter Paduch</i>	
Erlebnisse und Erfahrungen als Chef Nachrichten beim Berliner Mauerbau	149
<i>Rüdiger Wenzke</i>	
Die mitteleuropäische Krise: Prag 1968	157
<i>Karl Wilhelm Thilo</i>	
Die Tschechenkrise 1968, wie der Kommandierende General des II. Korps diese erlebt hat	179
<i>Hans Ernst</i>	
Der Sommer 1968 im Militärbezirk Leipzig	187
<i>Kurt Fischer</i>	
Schmidt, Leber, Apel: Die Ära der sozialdemokratischen Verteidigungsminister	193
<i>Georg Leber</i>	
Die konventionelle Verteidigung Mitteleuropas und die neue Mittelstreckenbedrohung	223
<i>Hans Apel</i>	
Sicherheitspolitik und Parteiräson	249
Teil III	
Militär und Gesellschaft. Die Bundeswehr als Armee in der Demokratie	261
<i>Detlef Bald</i>	
Militärreformen in Deutschland — zum historischen Stellenwert der Integration von Militär und Gesellschaft	263
<i>Willi Weiskirch</i>	
Staatsbürger in Uniform	277
<i>Helmuth Möhring</i>	
Reservist — Reservistenverband	283
<i>Helmuth Schubert</i>	
Zur Entstehung, Entwicklung und Bewährung der Konzeption der Inneren Führung	297
<i>Ulrich de Maizière</i>	
Erinnerungen und Erfahrungen als Kommandeur der Schule der Bundeswehr für Innere Führung 1960 bis 1962	323
<i>Eberhard Stammler</i>	
Innere Führung im Blickpunkt der Öffentlichkeit: der Beirat Innere Führung	331
<i>Peter H. Blaschke</i>	
Eine Debatte mit offenem Ausgang: das Ringen um den Militärseelsorgevertrag	339

<i>Reinhard Gramm</i>	
Pfarrer und Soldaten — dem Frieden verpflichtet	359
<i>Heinrich Hecker</i>	
Zum Aufbau der katholischen Militärseelsorge in den neuen Bundesländern	367
<i>Rainer Reinhart</i>	
Die Bundeswehrverwaltung. Vierzig Jahre Stetigkeit in der Veränderung	381
<i>Karl Johanny</i>	
Wehrverwaltung in den neuen Bundesländern und Berlin	393
Teil IV	
Das Ende des Kalten Krieges und die Neuordnung der Streitkräfte in Deutschland seit 1990	403
<i>Jörg Schönbohm</i>	
Die Bundeswehr im deutschen Einigungsprozeß 1989/90	405
<i>Paul Heider</i>	
»Nicht Feind, nicht Gegner, sondern Partner.« Zum Transformationsprozeß der Nationalen Volksarmee auf dem Weg in die deutsche Einheit	419
<i>Wolfgang Altenburg</i>	
Die NATO und die Wende in Osteuropa	443
<i>Gerhard Stoltenberg</i>	
Sicherheitspolitische Verantwortung während der »friedlichen Revolution« in Ost und West	447
<i>Karl-Heinz Carl</i>	
Wie die Wiedervereinigung die Hardthöhe erreichte!	453
<i>Hartmut Foertsch</i>	
Der Abzug der russischen Streitkräfte aus Deutschland	463
<i>Werner von Scheven</i>	
Die Bundeswehr und der Aufbau Ost	473
Teil V	
Verteidigung im Bündnis und die neuen Aufgaben deutscher Streitkräfte	505
<i>Hans-Georg Wieck</i>	
Bündnispolitik und Nationales Interesse. Wertungen aus politischer und diplomatischer Sicht	507
<i>Reiner Pommerin</i>	
Von der »massive retaliation« zur »flexible response«. Zum Strategiewechsel der sechziger Jahre	525

<i>Gerd Schmückle</i>	
Auf der Suche nach einer neuen NATO-Strategie	543
<i>Andries Schlieper</i>	
Die Wechselwirkung Taktik — Technik — Mensch. Die Einführung des Flugzeuges F-104 G in die deutsche Luftwaffe und die »Starfighterkrise« von 1965/66	551
<i>Günther Rall</i>	
Pilot in den Aufbaujahren der Bundeswehr	583
<i>Peter Monte</i>	
Die Rolle der Marine in der Verteidigungsplanung für Mittel- und Nordeuropa von den 50er Jahren bis zur Wende 1989/90	591
<i>Otto H. Ciliax</i>	
Einsatz in der Ostsee	619
<i>Dieter Stockfisch</i>	
VN-Missionen — humanitäre Hilfe — Krisenreaktionskräfte	625
<i>Peter K. Fraps</i>	
Deutscher Sanitätsdienst unter der Flagge der Vereinten Nationen — Kambodscha 1992/93	645
<i>Waldemar Benke</i>	
Sommer 1994 in der Adria. Der Einfluß des Karlsruher Urteils auf den Einsatz der Fregatte »Lübeck«	655
<i>Peter Putz</i>	
(K)ein ganz normaler Flug. Die Luftbrücke nach Sarajevo	661
<i>Kurt Arlt</i>	
Zum Engagement der NVA in der »Dritten Welt«	669
<i>Karl-Heinz Beinhoff</i>	
Der Aufbau einer technischen Unteroffiziers-/Offiziersschule in Vietnam	685
<i>Klaus Naumann</i>	
Aufgaben der Bundeswehr am Ende des 20. Jahrhunderts	691
<i>Helmut Willmann</i>	
Die politische und militärische Zielsetzung des Eurokorps	711
Die Autoren	721
Bildnachweis	727
Register	729

Geleitwort des Bundesministers der Verteidigung

Im November 1995 feiert die Bundeswehr ein stolzes Jubiläum: Seit 40 Jahren schützt sie gemeinsam mit den verbündeten Streitkräften Frieden und Freiheit für unser Land. In dieser Zeit hat sie maßgeblich zur internationalen Handlungsfähigkeit Deutschlands und zur Wiedererlangung unserer vollen staatlichen Souveränität beigetragen.

Die Bundeswehr ist die älteste deutsche Armee in diesem Jahrhundert, älter als Reichswehr und Wehrmacht zusammen. In vierzig Jahren hat sie inzwischen schon selbst einen respektablen Teil deutscher Militärgeschichte geschrieben. Vor allem aber ist sie Spiegel der jüngsten Geschichte Deutschlands, seiner inneren und äußeren Lage und Entwicklung nach dem Kriege, seines Selbstverständnisses, seiner Interessen und Wertvorstellungen.

Die Bundeswehr ist die erste Wehrpflichtarmee in einer Demokratie in Deutschland. Freiheit, Menschenwürde und Recht bestimmen ihren Auftrag und auch ihre innere Verfassung. Ihr Selbstverständnis und ihre Tradition sind von den freiheitlichen Werten in der deutschen Militärgeschichte seit Scharnhorst und der Haltung des deutschen Widerstands gegen die nationalsozialistische Diktatur geprägt. Heute ist die Konzeption der »Inneren Führung« mit ihrem Leitbild des »Staatsbürgers in Uniform« ein zukunftsweisendes Modell für die Streitkräftereformen in Mittel- und Osteuropa.

Bei der Aufstellung deutscher Streitkräfte ließ sich Konrad Adenauer von drei Einsichten leiten, die untrennbar zusammengehörten. Erstens: Die Bundesrepublik konnte Freiheit und Sicherheit nicht aus eigener Kraft gewinnen und erhalten, sie brauchte den Schutz anderer, vor allem Nordamerikas. Zweitens: Um die Souveränität zurückzugewinnen, war ein aktiver Beitrag zur Verteidigung des Westens notwendig. Drittens mußten Sicherheit *für* Deutschland und Sicherheit *vor* Deutschland — wie unsere Nachbarn es damals sahen — durch konsequente Westintegration miteinander verbunden werden. Integration war fortan Maxime, Ziel und Gestaltungsprinzip deutscher Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO am 5. Mai 1955 und die Aufstellung der Bundeswehr, nur zehn Jahre nach Kriegsende, waren die historischen Weichenstellungen dieser Politik. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, Europa Frieden und Freiheit und Deutschland die Einheit zu bringen.

Während der Ost-West-Konfrontation bildeten die deutschen Streitkräfte das Rückgrat der NATO-Verteidigung in Mitteleuropa. Doch der rasche Aufbau verlangte auch seinen Tribut: Die Starfighter-Krise lastete schwer auf der noch jungen Bundeswehr. Aber Rückschläge wurden gemeistert. Die Bundeswehr wurde rasch eine moderne Armee, im Bündnis geachtet, im Warschauer Pakt respektiert.

Die Geschichte der Bundeswehr ist vor allem eine Geschichte erfolgreicher Kriegsverhinderung in schwieriger Zeit. In vielen europäischen Krisen der

Nachkriegszeit boten die deutschen Streitkräfte der Bundesrepublik sicherheitspolitischen Rückhalt. Das komplexe Gefüge aus glaubwürdiger Verteidigungsfähigkeit und Entspannungsbereitschaft, aus nuklearer Abschreckung und konventioneller Abwehrfähigkeit bedeutete eine schwierige intellektuelle und moralische Herausforderung. Glaubwürdige Abschreckung hat über vier Jahrzehnte den Frieden gesichert. Die Bundeswehr hat in vorbildlicher Weise dazu beigetragen, die Voraussetzungen zu schaffen, daß Deutschland vereinigt und die Teilung Europas aufgehoben ist.

Die Bundeswehr war und ist nicht nur Garant der äußeren Sicherheit, sondern auch Helfer in Katastrophen — bei Sturmfluten, Schneekatastrophen und Waldbränden im In- und Ausland. Die Hilfe während der Sturmflut in der Küstenregion zwischen Hamburg und Bremen im Februar 1962 bleibt als Beispiel für die Tradition des Helfens unvergessen.

Mit der Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990 kam auf die Bundeswehr die zweite große Aufbauleistung ihrer Geschichte zu. Sie hat diese Herausforderung mit Loyalität, organisatorischem Geschick, mit Enthusiasmus und Einfühlungsvermögen gemeistert. Die Innere Führung hat eine bedeutende Bewährungsprobe bestanden. Die Bundeswehr ist zur Armee der Einheit geworden — eine Integrations- und Gemeinschaftsleistung, die Beispiel ist für die innere Einheit der Deutschen und im In- und Ausland hoch gewürdigt wird. Zugleich unterstützt die Bundeswehr heute unsere östlichen Nachbarn auf ihrem Weg in NATO und Westeuropäische Union durch eine Fülle praktischer Hilfe und Kooperation.

Mit der Vereinigung Deutschlands ist die ehemalige Nationale Volksarmee Teil der deutschen Militärgeschichte geworden. Als Parteiarmee und Instrument der sozialistischen Diktatur kann sie jedoch keine Tradition begründen.

Die Bundeswehr steht heute vor neuen, ungewohnten Aufgaben. Die internationale Lage hat sich grundlegend geändert. Zwar ist die existentielle Gefährdung unseres Landes so gering wie nie zuvor in den letzten 50 Jahren. Aber zugleich haben die Krisen zugenommen, die auch unsere Sicherheit betreffen. Die internationale Verantwortung Deutschlands ist gewachsen. Deutschland braucht Streitkräfte, die zur Landesverteidigung befähigt bleiben. Sie müssen aber auch im Bündnisrahmen zur Krisenreaktion fähig sein und für die Völkergemeinschaft zur Verfügung stehen, wenn unsere Hilfe erforderlich ist. Das stellt hohe politische, militärische und vor allem geistige Anforderungen an die Bundeswehr. Sie wird in einem tiefgreifenden Reformprozeß auf die künftigen Aufgaben ausgerichtet.

Das Wechselspiel von Herausforderung und Bewährung von 40 Jahren Bundeswehr festzuhalten, zu dokumentieren und in Erinnerung zu rufen, ist das Anliegen und Verdienst des vorliegenden Sammelbandes. Mit seinen über 50 Fachaufsätzen, Analysen und Zeitzeugenberichten läßt er den ereignisreichen Weg unserer Streitkräfte an ausgewählten thematischen Schwerpunkten, wesentlichen Höhepunkten und lebendigen Erlebnisschilderungen Revue passieren. In der historischen Perspektive gewinnt der Leser einen Eindruck von der

Dynamik des Wandels und den Herausforderungen der Zukunft, durch die vergleichende Gegenüberstellung der Entwicklung in den beiden deutschen Staaten der Vergangenheit ein Bewußtsein vom Wert der wehrhaften Demokratie und ihrer Streitkräfte.

Ich danken den Autoren aus Politik, Militär und Wissenschaft für ihre wertvollen Beiträge, dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr für Planung und Herausgabe dieser bedeutenden Dokumentation zur deutschen Militärgeschichte.

Volker Rühle

Bonn, im August 1995

Vorwort

Als am 12. November 1955 die ersten 101 Freiwilligen der Bundeswehr vereidigt wurden, hatten die politisch und militärisch Verantwortlichen damit die Gründung der neuen deutschen Streitkräfte ganz bewußt auf den 200. Geburtstag des großen Militärreformers Scharnhorst gelegt. Wenn auch unter ganz unterschiedlichen politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, so war doch wie zu Beginn des 19. Jahrhunderts auch jetzt ein militärischer Neuanfang nach einer vernichtenden Niederlage einzuleiten. In beiden Fällen hatte der militärische den staatlichen Zusammenbruch nach sich gezogen. Daher mußten Staat und Militär nach 1806 wie auch nach 1945 von Grund auf reformiert werden.

Wenn sich die Bundeswehr daher in diesem Jahr ihrer Gründung vor vierzig Jahren erinnert, dann sollte dies wie bei ihren Gründungsvätern auch vor dem Hintergrund ihres historischen Weges geschehen, den sie zurückgelegt hat. Bei allen aktuellen Herausforderungen an die neue gesamtdeutsche Armee bleiben nämlich aus historischer Perspektive zwei zentrale Rahmenbedingungen ihrer Gründungszeit auch weiterhin für sie prägend: Mit dem Beitritt zur westlichen Allianz suchte und fand die Bundesrepublik Deutschland bis heute Sicherheit durch Verteidigung im Bündnis; und als Antwort auf die Spannungen zwischen Militär und Staat in der Weimarer Republik wurden die neuen Streitkräfte durch eine moderne Wehrgesetzgebung von Anfang an als Armee in der Demokratie konzipiert und aufgebaut. Das Leitbild vom »Staatsbürger in Uniform« und seine Umsetzung im Konzept der »Inneren Führung« stehen symbolisch für den Erfolg dieses Neubeginns.

Mit der Wende von 1989/90 hat die Epoche des Kalten Krieges, in die hinein deutsche Soldaten seit den ersten Überlegungen über einen deutschen Beitrag zur westeuropäisch-atlantischen Verteidigung gestellt waren, einen Abschluß gefunden. Dennoch bestimmen die zu Beginn der fünfziger Jahre eingeleiteten Prozesse immer noch weitgehend die aktuellen Koordinaten und Aufgabenstellungen sicherheitspolitischen und militärischen Handelns, so daß der Militärhistoriker erst sehr vorsichtig nach festen Tritten im bewegten Untergrund sucht.

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt trägt dem dadurch Rechnung, daß es mit dem hier vorgelegten Sammelband zu den letzten fünfzig Jahren deutscher Militärgeschichte an Stelle einer verfrühten Gesamtdarstellung zunächst eine Palette von ersten vorläufigen Forschungsergebnissen präsentiert. Ausgewählte Analysen zu besonderen Schwerpunktthemen werden durch eine Fülle von individuellen Zeitzeugenberichten ergänzt und illustriert. Damit sucht der Band nicht nur Mosaiksteine für eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme zusammenzutragen, er gewinnt über die Erinnerungen der Mithandelnden und Miterlebenden selbst den Rang einer historischen Quelle. In dieser doppelten Funktion will er in der Rückschau Erinnerungen wecken und zugleich zum

Nachdenken anregen, um dadurch aktuelle Herausforderungen in ihre jeweiligen historischen Zusammenhänge einordnen zu können.

Daß dieser Band nicht nur eine erste wissenschaftliche Bestandsaufnahme liefert, sondern durch seine Zeitzeugenberichte aufschlußreiche Facetten erhält, ist in erster Linie ein Verdienst der beteiligten Autoren. Ihre Bereitschaft zur Mitwirkung und Kooperation im Rahmen der vorgegebenen Konzeption verdient daher besonderen Dank und Anerkennung. Dem Herausgeber des Bandes, Herrn Wissenschaftlichen Oberrat Dr. Bruno Thoß, ist es in hervorragender Weise gelungen, eine Konzeption zu entwickeln und zu realisieren, in der die verschiedenartigen Beiträge ein farbenprächtiges Mosaik bilden, das Personen, Ereignisse und Entwicklungslinien der deutschen Militärgeschichte von 1945 bis zur Gegenwart in differenzierten Konturen erkennen läßt. Er wurde dabei in der Schlußphase tatkräftig von Herrn Oberstleutnant Dr. Wolfgang Schmidt unterstützt, der sich besonders um die Zusammenstellung des Bildteils verdient gemacht hat. Beiden Herren danke ich für ihr vorbildliches Engagement bei der Vorbereitung und Fertigstellung des Bandes.

Die kurzfristige Realisierung des Projektes war für das Militärgeschichtliche Forschungsamt eine besondere Herausforderung, der sich Herausgeber und Schriftleitung mit großer Einsatzbereitschaft und mit dem gemeinsamen Willen zum Erfolg gestellt haben.

Dr. Werner Rahn
Kapitän zur See und Amtschef
des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes

Potsdam, im August 1995

Einführung

Im Frühjahr 1995 okkupierte eine ganze Folge von Gedenkveranstaltungen zum Kriegsende vor fünfzig Jahren das öffentliche Bewußtsein so sehr, daß ein anderer Jahrestag, der sich fast zeitgleich zum 40. Male jährte, unverdient in den Hintergrund gedrängt wurde: der Beitritt der Bundesrepublik zu WEU und NATO im Mai 1955. Nicht zu Unrecht wurde das damit erreichte Heraustreten aus der Besatzungszeit in der Literatur geradezu als zweiter Gründungsakt des westdeutschen Staates apostrophiert. Schließlich hatte erst die politisch-wirtschaftliche und die militärische Hinwendung zu Westeuropa und zum atlantischen Bündnis den Weg endgültig freigemacht vom besatzungsrechtlichen Objekt zum nach innen wie außen wieder voll handlungsfähigen Subjekt.

Damit endete ein Prozeß, der von der völligen Entmilitarisierung des Deutschen Reiches nach den Festlegungen der Potsdamer Konferenz von 1945 über die Grundsatzentscheidungen der Siegermächte für eine Aufrüstung in beiden Teilen Deutschlands bis zur Integration von Bundesrepublik und DDR in die gegnerischen Militärallianzen von NATO und Warschauer Pakt geführt hatte. Anders als zunächst befürchtet, war die damit verbundene Festschreibung des territorialen Status quo in Mitteleuropa für mehr als drei Jahrzehnte aber gerade nicht von einem internationalen Klimasturz begleitet. Die Einbettung beider deutscher Staaten in die Militärblöcke beruhigte vielmehr die Sicherheitslage zumindest an der mitteleuropäischen Nahtstelle des Ost-West-Konflikts so weit, daß sich die Kontrahenten im Kalten Krieg erstmals seit 1945 wieder aus sicherheitspolitisch geklärter Lage auf die Suche nach risikoärmerer und weniger kostspieliger Systemkonkurrenz in Europa machen konnten.

Der Preis für die Deutschen war allerdings hoch. Mit diesem vorerst letzten Akt bei der Teilung der Welt in antagonistische Lager wurde für lange Zeit die Spaltung des eigenen Landes zementiert. Der Mauerbau von 1961 sollte dem nur noch besonders abschreckenden Ausdruck verleihen. Erst in einem zähen Wechselspiel aus einer sich nur sehr allmählich abschwächenden Konfrontation und einer immer wieder unterbrochenen schrittweisen Kooperation zwischen Ost und West mußten die Voraussetzungen geschaffen werden für eine Wende in Europa, die dann auch die deutsche Frage lösbar machte.

Auf wenigen Feldern treten diese Entwicklungen und Verwerfungen dem Betrachter so plastisch vor Augen wie beim Blick auf die deutsche Militärgeschichte nach 1945. Schließlich sahen sich deutsche Streitkräfte frühzeitig und dauerhaft — als Produkte und Instrumente des Kalten Krieges gleichermaßen — auf eine ganz unmittelbare Weise an den direkten Reibungsflächen des Ost-West-Konflikts einander gegenübergestellt. Wenn daher im Herbst diesen Jahres an die Vereidigung der ersten westdeutschen Soldaten vor vierzig Jahren als dem Gründungsakt der Bundeswehr erinnert wird, dann sollte

dies mit jenem langen Atem geschehen, der allein aus historischer Perspektive zu gewinnen ist.

Dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt stellte sich vor diesem Hintergrund die Frage nach einem angemessenen Beitrag, mit dem solch erinnerndes Nachdenken gefördert werden konnte. *Ein* Weg mochte in einer kompakten Gesamtdarstellung der deutschen im Rahmen der internationalen Militärgeschichte nach 1945 bestehen. Einem so anspruchsvollen Unterfangen zieht jedoch der Forschungsstand unabweisbare Grenzen. Schließlich hat sich die quellengestützte Analyse der Aufrüstungsprozesse in Ost- und Westdeutschland hinreichend umfassend erst bis zur Mitte der 50er Jahre vorgearbeitet, deckt also im wesentlichen die Vorgeschichte von Bundeswehr und NVA ab. Das mindert nicht den Wert einer Fülle von darüber hinausreichenden Detailstudien auf unterschiedlichster Materialbasis. Aber es läßt doch Zurückhaltung angeraten sein, wenn es um eine verfrühte Gesamtdarstellung von Ereignissen und Entwicklungen geht, während die Forschung die damit verbundenen Erwartungen nur in äußerst rudimentärer Form erfüllen könnte.

Zweckmäßiger und verantwortbarer erschien deshalb eine Aufsatzsammlung, die ohne Anspruch auf Vollständigkeit herausragende Ereignisse und strukturelle Schwerpunktbereiche in Auswahl vorstellt. Dabei sollen analysierende Fachessays und rückerinnernde Zeitzeugenberichte zusammengebunden werden, die dem doppelten Anspruch historischen Verstehens gerecht zu werden versuchen: dem Aufspüren langwirkender und tiefreichender Strukturen wie den in sie eingebetteten Motivationen historisch Handelnder. Ohne daß sich dies wegen des sehr unterschiedlich entwickelten Forschungsstandes zur west- und ostdeutschen Militärgeschichte bereits durchgängig leisten ließe, wurden an dafür geeigneten Stellen zudem auch Historiker und Zeitzeugen zur NVA-Geschichte integriert, um das Bewußtsein für zwei so prägende Erfahrungen der deutschen Nachkriegszeit wachzuhalten: das Streben nach Einheit und die entgegenwirkenden Kräfte der Spaltung. Und schließlich sucht der Band ganz ausdrücklich auch den Weg zu einer breiteren historisch interessierten Leserschaft. Um der Lesbarkeit willen wurde deshalb bewußt auf umfangreiche Anmerkungsapparate verzichtet und stattdessen am Ende der Fachaufsätze weiterführende Literaturhinweise angefügt. Nicht zuletzt will auch die Illustration der Beiträge das geschriebene Wort durch die Bildwirkung unterstützen.

In seiner Gliederung sucht der Band fünf Blöcke aus den zurückliegenden fünfzig Jahren deutscher Militärgeschichte mit repräsentativen Einzelbeiträgen zu bestücken. Da wird zunächst auf die Vorgeschichte der Aufrüstung beider Teile Deutschlands eingegangen. Nach erstmaliger Einsicht auch in sowjetische Akten wird der sich verschärfende Ost-West-Konflikt von den Potsdamer Entwaffnungsbeschlüssen bis zu den Grundsatzentscheidungen für die Militärbeiträge in Ost- und Westdeutschland im direkten Vergleich vorgestellt. Dem schließen sich Gedanken über die Handlungsmotive deutscher Soldaten an, die aus je unterschiedlicher Verarbeitung von Kriegserlebnis und Besatzungszeit den Entschluß zur Wiederaufnahme des Soldatenberufs unter diametral entge-

gengesetzten Systembedingungen faßten. Abgerundet wird dieser erste Themenkreis durch Beiträge zu den politisch-diplomatischen Schritten in die Allianzen einschließlich der damit eingegangenen rechtlichen Verpflichtungen.

Ein zweiter Komplex widmet sich den nationalen und internationalen Entwicklungen im Wechselspiel von Kaltem Krieg und Entspannung bis zur Wende von 1989/90. Ausgewählte Schwerpunkte für eine sich immer wieder aufschaukelnde Konfrontation bilden die Berlin-Krise von 1958 bis zu ihrem Höhepunkt im Mauerbau 1961, die Spannungen in Mitteleuropa im Zusammenhang mit der Niederschlagung des »Prager Frühlings« von 1968 und die Auseinandersetzungen um die Stationierung von Mittelstreckenraketen in den siebziger und achtziger Jahren. Der weiterschwelende Kalte Krieg ist aber auch bereits begleitet von Ansätzen zu sicherheitspolitischer Kooperation, wie sie insbesondere für die dreizehn Jahre der sozialliberalen Koalition kennzeichnend waren.

Die Darstellung der Reformanstrengungen in diesem Zeitraum zur Anpassung von Wehr- und Personalstruktur sowie zur Neuordnung von Bildung und Ausbildung in den Streitkräften leitet daneben bereits über zum dritten Abschnitt: dem Innenleben der Bundeswehr als einer Armee in der Demokratie. Im Kern kreisen hier die Abhandlungen um das selbstgewählte Leitbild vom »Staatsbürger in Uniform« und seine Umsetzung im Konzept der »Inneren Führung«. In welchem Maße sich die Bundeswehr dabei in ständigem spannungsvollen Diskurs mit Gegenpositionen zu Verteidigungsauftrag und Wehrdienst befand und bis heute befindet, läßt sich exemplarisch an den Kontroversen um die Militärseelsorge und die scharf konturierte Frage nach »Christsein und Waffendienst« aufzeigen, die nach beiden Seiten ausstrahlten: in die Armee und in die Öffentlichkeit. Nicht vergessen werden durfte aber auch das engste personelle Band zwischen Bundeswehr und Gesellschaft, das millionenstarke Heer der Reservisten. Angemessen zu berücksichtigen war schließlich ein Spezifikum der Bundeswehr, die strikte Trennung von Armee und Verwaltung in der Organisationsform einer zivilen Bundeswehrverwaltung. Sie stellt nämlich im Militäraufbau der Bundesrepublik nicht nur die »zweite Säule« dar; sie hilft vor allem auch mit ihren finanziellen Kontrollfunktionen die Wirtschaftlichkeit, mit ihren Fürsorgemaßnahmen die soziale Ausgestaltung des Wehrdienstes sicherzustellen.

Militärseelsorge und Bundeswehrverwaltung greifen aber thematisch auch bereits hinüber in den vierten Block, der unter die Leitfrage »Die Bundeswehr im deutschen Einigungsprozeß« gestellt ist. Die Schwierigkeiten dabei finden ihren eigentlichen Grund darin, daß die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege zwar in der Präambel des Grundgesetzes zum Leitmotiv deutscher Politik erklärt und in den Pariser Verträgen von 1954 zum gemeinsamen Anliegen der nordatlantischen Allianz erhoben worden war. Auf der langen Durststrecke der Zweistaatlichkeit war sie als operatives Nahziel aber mehr und mehr hinter tagespolitischen Herausforderungen zurückgetreten. Als sie den Deutschen daher gleichsam als historisches Ge-

schenk mit der Wende in Osteuropa doch noch zufiel, ließ sie sich weder in Staat und Gesellschaft insgesamt, noch in den Streitkräften als planmäßiger Prozeß, sondern nur in einer ganzen Folge von Improvisationen vollziehen. Dabei schlug die extreme Beschleunigung der historischen Prozesse unmittelbar bis auf die Suche nach einer neuen Ordnung für die »Armee der Einheit« durch.

Hatte eine historisch unterlegte Spekulation noch in den achtziger Jahren das »Ende der Geschichte« prognostiziert, so führen uns die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges im fünften Komplex wieder ziemlich unsanft in die Wirklichkeit zurück, weisen doch die allenthalben entfachten Nationalitätenkonflikte unserer Tage zu den Anfängen des Nationalismus im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert zurück. Gerade die Hektik tagespolitischer Forderungen und Erwartungen bergen indes auch die Gefahr in sich, Gegenwartsprobleme in perspektivischer Verengung anzugehen, wenn man ihre historische Dimension mißachtet. Fortdauernde allianzpolitische Verankerung *und* neue Aufgaben der Bundeswehr greifen demgegenüber ineinander, bindet man sie nur in Themen wie Bündnisverteidigung und Auslandseinsätze, Strategieentwicklung und Probleme der Teilstreitkräfteentwicklung ein. Gebündelt wird dies alles in einem Ausblick auf die Bundeswehr 2000, eine Zukunftsorientierung, in die sie mit dem EUROKORPS schon jetzt ein Stück weit hineinragt.

Zu den Ergebnissen dieses breit angelegten Sammelbandes haben über 50 Autoren beigetragen — vom ehemaligen Minister bis zum Piloten über Sarajevo, von Generalen/Admiralen bis zu Fachhistorikern. Daß sie dieses Experiment mit dem Herausgeber zusammen unternommen und sich dazu in einer außerordentlich kooperativen Weise in thematische wie zeitliche Zwänge eingefügt haben, dafür gebührt ihnen allen an dieser Stelle besonderer Dank. Wenn das Grundanliegen des Bandes umgesetzt werden kann, aus wohlverstandener Rückbindung an geschichtliche Voraussetzungen Anregung zu einem Nachdenken in langer historischer Linienführung zu ziehen und gleichzeitig ein Stück Lesevergnügen zu gewinnen, dann ist dies allein ihr Verdienst.

Bruno Thoß

Teil I

Von Potsdam nach Paris und Warschau

Der Weg der beiden deutschen Staaten
in die Bündnisse 1945 bis 1955/56

Gerhard Wettig

Von der Entmilitarisierung zur Aufrüstung in beiden Teilen Deutschlands 1945–1952

Deutsche Entmilitarisierung als Grundlage für den Konsens der Siegermächte

Am Ende des Zweiten Weltkriegs war in den westlichen Ländern allgemein die Überzeugung verbreitet, daß zumindest eine Lehre aus der unheilvollen Vergangenheit zu ziehen sei: Als Ursprung des Übels müsse Deutschland auf Dauer niedergehalten werden; zu diesem Zweck müßten die Mächte der Anti-Hitler-Koalition unverbrüchlich zusammenstehen. Denn die nationalsozialistisch beherrschte deutsche Macht hatte die europäischen Staaten in ihrer Existenz bedroht, und nur durch die gemeinsamen Anstrengungen von Ost und West war es gelungen, den Aggressor niederzuwerfen. Nach dem Geschehenen leuchtete das antideutsche Postulat unmittelbar ein. Es war aber als politische Maxime für die Zukunft verfehlt. 1945 war — anders als nach dem Ersten Weltkrieg — das deutsche Volk auf totale Weise besiegt mit der Folge, daß es sich weder über die Tiefe seines Falls noch über die Notwendigkeit eines Umdenkens Illusionen machen konnte. Das Land wurde zudem einer Besatzungsherrschaft unterworfen; der Nationalsozialismus war durch die von ihm verursachten Übel und Nöte diskreditiert. Zugleich ließ sich angesichts der bestehenden prinzipiellen Gegensätze zwischen den Siegermächten kaum erwarten, daß diese weiter ihre Ost-West-Gemeinsamkeit aufrechterhalten konnten, nachdem der bedrohliche Feind besiegt war. Wie wenig von einer grundsätzlichen Übereinstimmung innerhalb der Anti-Hitler-Koalition die Rede sein konnte, hatte sich in der vorangegangenen Phase von 1939 bis 1941 gezeigt, als die sowjetische Führung dem nationalsozialistischen Regime durch einen Nichtangriffspakt die kriegerische Aggression gegen den Westen ermöglicht hatte.

In Stalins Sicht standen von Anfang an andere Aspekte im Vordergrund als der Glaube an das unveränderlich von Deutschland ausgehende Übel. Zentrale Wichtigkeit hatte dabei der Gedanke einer prinzipiellen Zweiteilung der Welt in »Sozialismus« und »Imperialismus«. Das zwischen diesen beiden Seiten bestehende Kräfteverhältnis war für Stalin der entscheidende Gesichtspunkt. Die »sozialistische« UdSSR befand sich, des Sieges über Deutschland ungeachtet, in einer Position latenter Schwäche gegenüber den »imperialistischen« USA und mußte daher bei ihrem Vorgehen vorsichtig sein. Das galt sowohl für die Ausdehnung des sowjetischen Systems auf die angrenzenden Länder als auch — noch mehr — für die Durchsetzung der sowjetischen Ziele in Deutschland. Der

Führer der KPdSU entschloß sich, auf eine totale und offene Sowjetisierung der 1944/45 eroberten auswärtigen Gebiete zu verzichten, um statt dessen Herrschaftsformen zu proklamieren, die er als weithin den westlichen Vorstellungen entsprechend präsentierte, die aber faktisch in entscheidendem Maße sowjetisch bestimmt waren. Es ging ihm darum, so weit wie möglich den Anschein der Kooperation und des Konsenses mit den USA zu wahren, solange er in Europa mit diesen militärisch und politisch zu rechnen hatte. Die Antwort, die Stalin in Jalta auf seine Frage nach der Dauer der amerikanischen Truppenpräsenz erhalten hatte, dürfte bei ihm die Erwartung geweckt haben, die andere Großmacht werde sich binnen kurzem zurückziehen und ihm den europäischen Kontinent überlassen.

Die westliche Fixierung auf die Niederhaltung Deutschlands war für Stalin eine wichtige Voraussetzung seines politischen Kalküls. Antideutsche Maßnahmen waren ein hervorragendes Mittel, die Westmächte trotz bestehender fundamentaler Gegensätze zu Übereinstimmung mit der UdSSR zu veranlassen, soweit diese daran interessiert war. Dieser instrumentale Aspekt der antideutschen Orientierung bedeutete nicht, daß die Leiter der sowjetischen Außenpolitik etwa von sich aus keine harte Politik gegenüber den Deutschen zu verfolgen willens gewesen wären. Aber ihre Motivation war grundsätzlich anders als die Beweggründe der gegen Deutschland eingestellten Kreise in den westlichen Hauptstädten. Hier wie dort war zwar in ähnlicher Weise die Vorstellung verbreitet, daß die Deutschen für ihre schlimmen Taten bezahlen mußten, daß sie keinen Pardon verdient hätten und daß sie rücksichtslos zu materieller Wiedergutmachung herangezogen werden mußten. Allein in der Sowjetunion jedoch verband sich dies mit weitreichenden Ambitionen und Forderungen gegenüber den Alliierten der Kriegszeit. Nachdem das Vier-Mächte-Gebiet Berlin aufgrund der vereinbarten Zoneneinteilung zur Enklave im sowjetisch beherrschten Territorium geworden war, hatte die UdSSR die begründete Hoffnung auf vorherrschenden Einfluß in dem besiegten Land, ohne jedoch schon das Ganze oder auch nur dessen größten Teil in der Hand zu haben. Es erschien daher geboten, die von der deutschen Hauptstadt aus angestrebte Einwirkung auf die anderen Zonen durch ein förmliches Mitspracherecht zu verstärken. Das war aber insofern schwierig, als der Kreml über das eigene Besatzungsgebiet allein zu verfügen gedachte und damit Reziprozität von vornherein ausschloß. Die auf die Westzonen gerichtete sowjetische Forderung bedurfte daher einer besonderen Begründung. Nach vorangegangenen Zerstückelungsplänen erklärte Moskau seit dem ausgehenden Winter 1945 eine einheitliche Behandlung des besetzten Gebietes für notwendig. Zugrunde zu legen sei eine »antifaschistisch-demokratische« Ordnung, die angeblich gemeinsam in Jalta und Potsdam festgelegt worden war.

Das verband sich für die sowjetische Seite mit wichtigen konkreten Zwecken. Das Bestehen auf einem einheitlichen Vorgehen gemäß angeblichem Übereinkommen sollte die westlichen Besatzungsmächte dazu nötigen, entsprechendem Verlangen des Kreml in ihren Zonen Rechnung zu tragen. Der

Verweis auf einen angeblichen Konsens sollte zudem das stark kommunistisch beeinflusste östliche Aktionsprogramm als gemeinsam und demokratisch legitimieren. Demnach lagen dem Vorgehen in der Sowjetzone Vorstellungen zugrunde, die sich in West und Ost im gemeinsamen Kampf gegen den Nationalsozialismus erhärtet hatten. Dabei wurde geflissentlich übersehen, daß die UdSSR gegen das Hitler-Regime nicht im Namen von Demokratie und Menschenrechten, sondern einer sich lediglich anders begründenden Gewalt Herrschaft angetreten war. Die sowjetische Führung begnügte sich nicht damit, für sich nur die gleiche Legitimität wie die westliche Seite zu fordern. Sie beanspruchte sogar eine vorwärtsdrängende Rolle für sich. Daher wurden die Westmächte aufgefordert, den von der UdSSR in der Sowjetzone eingeleiteten, faktisch Zwischenziele auf dem Weg zum Kommunismus anvisierenden »antifaschistisch-demokratischen« Maßnahmen zu folgen.

Als wichtiger Ansatzpunkt diente dabei der westliche Wille, Deutschland dauernd niederzuhalten. Insbesondere das damit verknüpfte Postulat einer radikalen Entmilitarisierung bot gute Möglichkeiten für eine Instrumentalisierung in sowjetischem Sinne. In den westlichen Ländern, vor allem in den USA, war während des Zweiten Weltkriegs die Vorstellung entwickelt worden, künftige Aggressionen von deutscher Seite ließen sich nicht einfach durch bloße Abschaffung der deutschen Armee verhindern. Militärische Verbände, so war die Überlegung, ließen sich relativ leicht erneut formieren, solange Deutschland über das wirtschaftliche Potential zu deren Aufstellung und Ausrüstung verfüge. Als gefährdende deutsche Kriegskapazität sei nicht allein die Rüstungsindustrie anzusehen; berücksichtigt werden müßten auch die gegebenenfalls wieder auf Waffenproduktion umstellbaren Industrieanlagen. Damit wurde die Entmilitarisierung Deutschlands zu einer sachlich entgrenzten Aufgabe. Da in weitesten Bereichen eine Konversion von ziviler zu militärischer Erzeugung möglich erschien, gab es kaum etwas, was nicht als potentiell militärisch relevant einzustufen gewesen wäre.

Bald zeigte sich, daß sich bei Eliminierung aller demnach suspekt erscheinenden industriellen Fertigungen nicht einmal mehr minimale Lebensbedürfnisse der deutschen Bevölkerung befriedigen ließen. Dieses Problem trat schnell in den besonders stark vom Mangel an agrarischen Ressourcen betroffenen Besatzungsgebieten der Briten und Amerikaner überdeutlich zutage. Was die Landwirtschaft für die Ernährung der Bevölkerung nicht zu produzieren vermochte, konnte auch nicht durch die Herstellung exportfähiger Industriegüter finanziert werden. Für die sowjetische Seite dagegen bot die Forderung nach »industrieller Entwaffnung« die Möglichkeit, alle möglichen Reparationsforderungen zu legitimieren: Demontage und Abtransport deutscher Industrieanlagen erschienen als guter Zweck an sich. Als sich dann Mitte 1946 die Leiter der sowjetischen Politik darüber klar wurden, daß die aus Deutschland abtransportierten Maschinen für den wirtschaftlichen Aufbau ihres Landes kaum Vorteile brachten, änderten sie zwar den Reparationsmodus, nicht aber ihr ablehnendes Verhalten gegenüber den angelsächsischen Forderungen nach einem

höheren deutschen Industrieniveau. Fortan wurden die sie interessierenden sowjetzonalen Betriebe dadurch einer potentiellen künftigen Kriegsverwendung entzogen, so daß sie vor Ort in sowjetisches Eigentum übergingen. Dieses Modell, das geeignet war, der Besatzungsmacht mittels Verfügung über entscheidende Teile der Industrie eine zentrale wirtschaftliche Machtposition in dem okkupierten Gebiet zu verschaffen, sollte auch auf das ökonomische Kernland der Westzonen, das Ruhrgebiet, ausgedehnt werden. Die sowjetische Forderung nach dessen Vier-Mächte-Kontrolle zielte darauf ab, die damals ausschlaggebenden Produktionskapazitäten Westdeutschlands sowohl wirtschaftlich als auch politisch östlichem Zugriff zu unterwerfen, ohne daß umgekehrt eine westliche Mitsprache in der Sowjetzone zur Diskussion stand.

Auch dieses Verlangen wurde durch Hinweise auf das Potsdamer Abkommen gerechtfertigt. Dessen Entmilitarisierungsgrundsätze interpretierte die sowjetische Politik seit Frühjahr 1946 im einzelnen. Sie erhob insbesondere die Forderung nach einer angeblich nur durch gemeinsame Ruhr-Kontrolle zu verwirklichende wirksame Beseitigung des deutschen Militarismus und nach Durchsetzung einer »antifaschistisch-demokratischen« politisch-gesellschaftlichen Ordnung in ganz Deutschland. Postulate wie Entnazifizierung und Entflechtung waren nach sowjetischer Darstellung Prinzipien, die auf die »Beseitigung der Grundlagen« abzielten, die für das Entstehen des Faschismus und Nazismus angeblich ursächlich gewesen waren. Faktisch ging es der sowjetischen Seite dabei um die Beseitigung der »imperialistischen« bzw. »kapitalistischen« Strukturen, die nach dieser These den Nationalsozialismus mit innerer Notwendigkeit hervorgebracht hatten. Diese Auffassung ergab sich aus der sowjetischen Ideologie, der zufolge System und Regime der Hitler-Zeit nichts anderes gewesen waren als eine spezifische Form des — im Westen nur in anderer Variante herrschenden — »Imperialismus«.

Im historischen Rückblick erscheinen die politisch-gesellschaftlichen Ziele der UdSSR als das entscheidende Element des Ost-West-Gegensatzes in Deutschland. Gleichwohl entzündete sich der Konflikt zunächst an einem anderen Punkt. Die USA und — in noch höherem Maße — Großbritannien sahen sich in ihren Besatzungszonen mit dem Problem konfrontiert, die Bevölkerung wenigstens so weit mit Lebensmitteln zu versorgen, daß nicht massenweise Menschen verhungerten. Die Überlegungen, wie Abhilfe zu schaffen sei, gingen in zwei Richtungen. Zum einen nahm man auf das 1945 in Potsdam festgelegte Prinzip der deutschen Wirtschaftseinheit Bezug: Aus den besser versorgten Zonen mußten Lebensmittel in die Mangelgebiete geliefert werden. Daraus leiteten London und Washington die Forderung ab, die deutsche Selbstversorgung mit Nahrungsgütern habe Vorrang. Die sowjetische Seite dürfe sich erst dann bedienen, wenn es deutsche Überschüsse gebe. Zum anderen sollte, solange die deutsche Landwirtschaft die einheimischen Bedürfnisse nicht zu befriedigen vermöge, die Industrie des besetzten Landes für den Export produzieren, damit dessen Erlöse für die Bezahlung von Lebensmitteleinfuhren verwendet werden konnten. Moskau lehnte jedoch beides ab. Die Regierungen beider Länder sa-

hen sich genötigt, ihre Zonen in erheblichem Umfang auf Kosten ihrer Steuerzahler zu ernähren. Das aber erschien unerträglich: Man müsse, so hieß es, für das Lebensmitteldefizit aufkommen, das die UdSSR in Deutschland hervorrufe, und somit indirekt Reparationen an den östlichen Verbündeten leisten. Im übrigen diene das extrem niedrige deutsche Produktionsniveau, dessen Anhebung die Sowjetunion verweigere, keiner noch irgendwie vernünftigen »industriellen Entwaffnung«.

Im Frühjahr und Sommer 1946 suchte Washington das Problem durch den Vorschlag eines Entmilitarisierungsvertrages zu lösen. Danach sollte Deutschland für die Dauer von zuerst 25, dann 40 Jahren zu einem vollständigen Verzicht auf jegliches Truppen- und Rüstungspotential veranlaßt werden und im Gegenzug von allen anderen Auflagen freigestellt sein. Die Idee war, den Deutschen zwar unbedingt die Fähigkeit zu künftigen kriegerischen Handlungen zu nehmen, ihnen aber im übrigen die Möglichkeit zu gewähren, sich materiell zu erhalten und frei zu entwickeln. Die sowjetische Führung lehnte mit Schärfe ab und bestand auf einer uneingeschränkten Erfüllung all der Verpflichtungen, die sie unter Hinweis auf das Potsdamer Abkommen geltend machte. Dabei stellte sie erstmals unzweideutig klar, daß sie darunter neben einer Befriedigung aller Reparationsforderungen auch die Durchführung von Veränderungsmaßnahmen mit kommunistischer Tendenz verstand. Die Regierungen der USA und Großbritanniens sahen dies als ein Indiz dafür an, daß das sowjetische Verlangen nach gründlicher Entmilitarisierung Deutschlands nichts als ein Vorwand war, der die Verfolgung kommunistischer Ziele kaschierte.

Der von der Forderung nach Bestrafung und Niederhaltung Deutschlands getragene Konsens zwischen den vier Besatzungsmächten wurde für Washington und London durch diese Vorgänge zunehmend fragwürdig. Immer neue Entmilitarisierungsvorschriften des Alliierten Kontrollrats waren erlassen worden, ohne daß dem Übereinkünfte über einen politischen und/oder wirtschaftlichen Aufbau in Deutschland gefolgt wären. Dementsprechend entschlossen sich beide Regierungen dazu, ihre Besatzungsgebiete zu vereinigen, um auf dieser Basis gemeinsam eine konstruktive Politik in Deutschland einzuleiten. Sie betrachteten aber weder das Experiment der Vier-Mächte-Kooperation als endgültig gescheitert, noch gaben sie das grundsätzliche Postulat der Niederhaltung Deutschlands auf. Bis zur Moskauer Tagung des Rates der vier Außenminister im Frühjahr 1947 hofften sie weiterhin auf eine Verständigung mit der UdSSR. Unterdessen war weniger denn je damit zu rechnen, daß es gelang, die Eigenversorgung des amerikanisch-britischen Besatzungsgebiets mit Lebensmitteln zu gewährleisten. Die ansteigenden Kosten für die Nahrungslieferungen in die vom Hunger bedrohte Bizone wurden in Washington und London als ein Übelstand empfunden, den man nicht mehr lange hinnehmen konnte. Zugleich verbreitete sich die Vorstellung, Stalin wolle Westdeutschland bewußt einem kritischen Zustand der Not und des Elends zutreiben, um die Situation unhaltbar zu machen und die Deutschen zur Übernahme des kommunistischen Systems als einzig verbleibenden Ausweg zu nötigen.

Als auf der Moskauer Außenministertagung alle Einigungsversuche mit der UdSSR scheiterten, entschloß sich die Truman-Administration zum Handeln. Am 6. Juni 1947 umriß Außenminister George C. Marshall die Grundzüge des nach ihm benannten Plans für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas. Ein entscheidender Punkt dieses Rehabilitationsprogramms war die Einbeziehung Westdeutschlands, ohne die das Vorhaben nicht durchführbar erschien. Die USA waren willens, sich auf dem europäischen Kontinent materiell und politisch zu engagieren und dabei erforderlichenfalls über sowjetische Einwände hinwegzugehen. Nur auf dieser Grundlage schien es möglich, die für dringlich erachtete wirtschaftliche Gesundung der von sowjetischer Herrschaft freigeblichen Teile Europas zu erreichen. Roosevelts seinerzeitige Aussage gegenüber Stalin galt nicht mehr, daß die USA sich binnen weniger Jahre nach Kriegsende wieder in die amerikanische Hemisphäre zurückziehen würden. Washington schickte sich an, der UdSSR in Europa zunächst mit wirtschaftlichen Mitteln Paroli zu bieten. Diese Botschaft wurde im Kreml sofort verstanden.

Geheimes Abrücken der UdSSR von dem Prinzip der deutschen Entmilitarisierung (1947–1950)

Stalin betrachtete den Marshall-Plan als politische Kriegserklärung. Nach den verfügbaren Indizien wollte er die amerikanische Wendung vom ersten Augenblick an mit einer Konfrontationspolitik beantworten. Er schwankte jedoch zunächst hinsichtlich der anzuwendenden Mittel. Zuerst schien er willens, das — auch an ihn gerichtete — Angebot der Marshall-Hilfe grundsätzlich anzunehmen, denn er rechnete sich gute Chancen aus, im Verlauf der anstehenden Verhandlungen das amerikanische Vorhaben von innen heraus zu sabotieren. Wenig später aber erkannte er das Risiko, das dabei dem Zusammenhalt des sowjetischen Blocks drohte. Nach seiner Auffassung kam es angesichts der kritisch gewordenen Ost-West-Situation vor allem darauf an, die Disziplin der von ihm geführten östlichen Staatengruppe unverbrüchlich zu wahren. Das kommunistische Lager sollte daher den mindesten Anschein einer »kompromißlerischen« Linie gegenüber dem Westen vermeiden. Als politische Leitlinie für alle Kommunisten verkündete Andreij Ždanov auf der Gründungstagung des Kominform im September 1947 die These von den beiden einander in unerbittlicher Feindschaft gegenüberstehenden Lagern.

Innerhalb des sowjetischen Machtbereichs einschließlich der deutschen Sowjetzone wurden nun noch weitergehende Angleichungen an die politisch-gesellschaftlichen Strukturen der UdSSR als bisher eingeleitet. Rücksichtnahme auf westliche Akzeptanz schien im Osten Europas überhaupt nicht mehr erforderlich. Demgegenüber blieb in Deutschland, der weitergetriebenen Sowjetisierungsmaßnahmen ungeachtet, noch ein gewisses Bemühen erkennbar, in optisch-formaler Hinsicht an Gemeinsamkeiten über die Zonengrenzen hinweg festzuhalten. Der Grund dafür war, daß der Kreml Deutschland in seiner Ge-

samtheit als zentralen Schauplatz der sich abzeichnenden Ost-West-Konfrontation ansah, der zur Gänze entscheidend war und daher auch ganz beansprucht werden mußte. Wenn die westlichen Besatzungsmächte die bisher tolerierte Mitsprache in ihren Zonen verweigerten, durfte das nicht akzeptiert werden. Das ließ eine Mobilisierung der Westdeutschen für die sowjetische Politik mit Hilfe von Einheitsparolen notwendig erscheinen. Dies wiederum machte es erforderlich, daß man in der Sowjetzone den offenen Anschein einer einheitswidrigen Politik zu vermeiden trachtete.

Anders als während der ersten beiden Nachkriegsjahre sahen sich die Leiter der sowjetischen Deutschland-Politik nunmehr primär auf ein politisches »Bündnis« mit den Deutschen gegen die Westmächte verwiesen. Das bisherige Handlungskonzept wurde umgekehrt: Nicht die während der Kriegszeit verbündete Seite, sondern die Bevölkerung des 1945 besiegten und besetzten Landes sollte der UdSSR zum Erfolg verhelfen. Diese Wende hatte allerdings ihre Probleme. Das sowjetische Vorgehen in Deutschland hatte bisher eine ausgeprägt negative Ausrichtung gehabt. Das hatte auf der Basis der 1945 festgelegten Einheitsfront der vier Mächte gegen die Deutschen keine größeren Schwierigkeiten verursacht. Wenn aber Moskau nunmehr eine Gemeinsamkeit mit den Deutschen gegen die westlichen Besatzungsmächte zu etablieren suchte, ergaben sich Komplikationen. Die bisherige Politik, sich so weit wie möglich in den Besitz von Garantien gegen Deutschland zu setzen, wurde in Moskau nicht als entbehrlich angesehen. Mehr noch: War es angesichts des repressiven sowjetischen Herrschaftssystems überhaupt grundsätzlich vorstellbar, daß der Kreml sich auf Freiwilligkeit und Partnerschaft einließ, um das besiegte Volk für sich zu gewinnen? Konnte denn Moskau die Deutschen als politischen Faktor mobilisieren, wo diese doch aufgrund des — die sowjetische Stellung in dem besiegten Lande legitimierenden — Besatzungsrechts keinen eigenständigen Status besaßen und auch nicht über eine selbständig handlungsfähige Repräsentanz verfügten?

Stalin und seine außenpolitischen Mitarbeiter versuchten das Problem auf ihre Weise zu lösen. Der Verlust der sowjetischen Mitsprache in den Westzonen sollte durch Appelle an den Einheitswillen des deutschen Volkes rückgängig gemacht werden, die zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen die westliche »Spalterpolitik« führen würden. Mittels des dadurch ausgeübten Drucks sollten die Westmächte zur Wiederherstellung des Kontrollratsregimes als angeblichen Unterpfand der Gemeinsamkeit genötigt werden. Die UdSSR stellte sich dar als diejenige der alliierten Mächte, die allein für die staatliche Einheit Deutschlands eintrat und deswegen gegen die westlichen »Spalter« Front machte. Das praktische Ziel war die Durchsetzung des — als Streben nach nationaler Einheit des besetzten Landes ausgegebenen — sowjetischen Anspruchs auf Mitentscheidung der deutschen Angelegenheiten außerhalb des eigenen Besatzungsgebiets. Sofern sich dies durchsetzen ließ und die westlichen »Okkupanten« vielleicht gar von empörten Westdeutschen zum Rückzug ihrer Truppen veranlaßt wurden, mochte der Kreml anschließend noch mehr erreichen. Die Schwierigkeit

bestand freilich darin, die deutsche Bevölkerung zu mobilisieren. Das galt um so mehr, als die in der Sowjetzone etablierte Herrschaft fast allgemein bei den Deutschen auf Ablehnung stieß.

Soweit die bisher zugänglichen internen sowjetischen Dokumente erkennen lassen, hat dieses Problem bei den verantwortlichen Moskauer Stellen in der Stalin-Zeit kaum Aufmerksamkeit gefunden. Stalin und seine Mitarbeiter vertrauten nach der vorliegenden Evidenz auf die Leistungsfähigkeit der ihnen zu Gebote stehenden Organisationen und Apparate und hielten anscheinend eine freiwillige deutsche Zustimmung zu ihrer Politik für entweder dadurch herstellbar oder aber entbehrlich. Diese selbstbezogene Art des Herangehens machte es ihnen leicht, Substitute für die fehlenden Repräsentanten des deutschen Volkes zu finden. Die sowjetischen Appelle wurden an Adressaten gerichtet, die Teile eines von der UdSSR selbst geschaffenen organisatorischen Netzwerkes waren und daher die Funktion willensloser Transmissionsriemen zur deutschen Öffentlichkeit übernehmen konnten. So wurde zwar Zuverlässigkeit bei der Ausführung der Moskauer Instruktionen gewährleistet, aber es war auch zweifelhaft, ob ein sowjetischer Monolog mit sich selbst geeignet war, einer anderen Seite — den verschiedenen Gruppen der deutschen Gesellschaft — Zustimmung und Engagement nahezu legen.

Zu der Macht der Apparate, die Stalin aufbieten ließ, gehörte nicht nur das Einflußpotential systematisch aufgebauter politischer Organisationen. Die Sowjetische Militär-Administration in Deutschland (SMAD) begann schon im Sommer 1947, in ihrem Herrschaftsbereich Vorbereitungen für den Aufbau deutscher militärischer Kader zu treffen. Unter striktester Geheimhaltung wurden einschlägige Maßnahmen beraten und geplant. Dabei ist auch von der Beteiligung Ulbrichts und einiger deutscher kommunistischer Militärfachleute die Rede, ohne daß sich Art und Ausmaß dieser Mitwirkung bisher bestimmen lassen. Unklar ist auch der genaue politische Zweck, der mit dem militärischen Instrument verbunden wurde. Ging es — wie westdeutsche Experten Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre vermuteten — der kommunistischen Seite darum, für den Fall einer künftig offenen gesamtdeutschen Situation, insbesondere nach einem Abzug der Besatzungstruppen, ein klares bewaffnetes Übergewicht zu sichern? Oder war an die künftige Aufstellung einer gesamtdeutschen Armee (wie einige Jahre später in der sowjetischen Note vom 10. März 1952 tatsächlich gefordert) gedacht, für die dann kommunistische Militärkader als alleinige Personalbasis bereitstehen sollten? Für die erste Hypothese spricht, daß die sowjetzonalen Truppen in den folgenden Jahren bevorzugt in Bürgerkriegstaktiken wie Häuserkampf und Partisanenkrieg ausgebildet wurden. Die zweite Vermutung erhält Plausibilität durch den Umstand, daß — ähnlich wie in der Reichswehr der Weimarer Republik — ein Übermaß an Offizieren und Unteroffizieren ausgebildet wurde, die eher für ein größeres Massenheer als für eine nur auf die Sowjetzone beschränkte Truppe bestimmt zu sein schienen. Ein erheblicher Teil dieses Personals ist 1953 als überflüssig entlassen worden, nachdem klar geworden war, daß sich der kommunistische

Machtbereich in Deutschland vorerst nicht weiter ausdehnen werde. Es lassen sich jedoch gegen beide Auffassungen auch Gegenargumente anführen. Es erscheint ebenso möglich, daß beide Zwecksetzungen zusammen für die sowjetische Entscheidung maßgebend gewesen sind.

Eine unzweideutige dokumentarische Evidenz ist vorhanden, wenn es um die verdeckt durchgeführten konkreten Aufstellungsmaßnahmen geht. Am 2. Juli 1948 setzte Stalin seine Unterschrift unter einen Beschluß, der die Schaffung kasernierter Polizeibereitschaften mit einer Stärke von 10 000 Mann vorsah, die ausdrücklich mit automatischen und ähnlichen Waffen aus militärischen Beständen auszurüsten waren und erklärtermaßen eine reguläre militärische Ausbildung erhalten sollten. Als Ausbilder wurden 5000 sorgfältig in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern auszuwählende Soldaten und Unteroffiziere sowie 100 Offiziere und fünf Generäle aus dem gleichen Kaderreservoir vorgesehen. Am 18. Juni 1949 verfügte Stalin weiterhin die Schaffung von sowjetzonalen Polizeischulen zur militärischen Ausbildung von 35 000 Unteroffizieren und 11 000 Offizieren. Er ordnete auch an, 150 zuverlässige höhere SED-Funktionäre an eine sowjetische Infanterieschule zu holen und diese dort in einem zwölfmonatigen Kurs zu obersten militärischen Führern ausbilden zu lassen. Dem im September 1949 beginnenden Lehrgang sollten von da an jedes Jahr weitere folgen. Als eine der folgenden Ausführungsbestimmungen ist ein Befehl der SMAD vom 8. August 1949 nachweisbar, dem zufolge 24 Infanterie-, acht Artillerie- und drei Panzerabteilungen mit jeweils 950, 750 beziehungsweise 1100 Mann auszubilden waren. Am gleichen Tag ordnete die SMAD zur Erhöhung der militärischen Ausbildungskapazität die Errichtung von sieben zusätzlichen Polizeischulen an, deren Gesamtzahl sich damit auf elf erhöhte. Auf diese Weise wurden neben den 32 100 militärischen Ausbildungsplätzen in den erwähnten 35 Einheiten weitere 11 000 militärische Planstellen geschaffen. Dort wurde augenscheinlich ein besonders intensives Training ins Auge gefaßt, denn es wurden fast ebenso viele Ausbilder wie Kursteilnehmer vorgesehen. Die Sorge der sowjetischen Besatzungsmacht galt nicht allein der Bereitstellung von Heereskadern. Am 25. April 1950 unterzeichnete Stalin einen Befehl über den Aufbau erster Einheiten eines »grenzpolizeilichen Dienstes zur See« und einer Ausbildungsstätte für »seepolizeiliches« Führungspersonal. Die Instruktionen bezüglich Training und Bewaffnung machten klar, daß es sich um die Anfänge einer Marine handelte. Für die erste Phase wurden knapp 3000 Mann vorgesehen.

Die sowjetische Besatzungsmacht war nicht nur Initiator von ins einzelne gehenden grundlegenden Planungen und Beschlüssen. Sie behielt sich auch eine genaue Kontrolle des militärischen Alltags vor, der sich aufgrund der gegebenen Anweisungen herausbildete. Das galt sowohl in militärischer als auch in administrativer Hinsicht. Alle im Wortlaut vorliegenden sowjetischen Entscheidungen über die Aufstellung und Ausbildung ostdeutscher Militärkader enthalten Bestimmungen über die Beiordnung sowjetischer Militärberater. Diese erhielten zwar keine Befehlsrechte, aber doch so weitreichende Aufsichts- und Überwachungskompetenzen, daß dadurch eine vollständige Kontrolle der

Schulen und Einheiten durch die Besatzungsmacht gewährleistet war. Die Berater wurden überdies zu einer regelmäßigen und vollständigen Berichterstattung über alle irgendwie bedeutsamen Vorgänge an die vorgesetzte Stelle verpflichtet und periodisch von dem zuständigen General zu Rechenschaftsablegung und Befehlsempfang zusammengerufen. Bei besonderen Vorkommnissen hatten sie die Pflicht zu sofortiger Meldung nach oben, damit die Besatzungsbehörden gegebenenfalls sogleich die notwendig erscheinenden Maßnahmen treffen konnten. Die Wahrnehmung der administrativen Angelegenheiten wurde zwar der für das Militär zuständigen Hauptverwaltung für Ausbildung (HVA) innerhalb der Deutschen Verwaltung des Innern (DVI) zugewiesen, doch wurde auch da eine übergeordnete sowjetische Kontrolle festgelegt. Einen eigenen Handlungsspielraum scheint die SED-Führung lediglich hinsichtlich des Aufbaus einer parteibezogenen Hierarchie von »Politkulturleitern« in den Streikkräften gehabt zu haben. Diese politischen Offiziere erhielten ein Mitspracherecht bei der militärischen Befehlsgebung in den Einheiten und bildeten so eine weitere Kontrollinstanz gegenüber den militärischen Kommandeuren.

Westliche Politik zwischen Antwort auf sowjetische Herausforderung und Verlangen nach deutscher Entmilitarisierung

Anders als Stalin sahen die westlichen Regierungen noch lange Zeit keinen Grund, wegen der offen ausgebrochenen Ost-West-Konfrontation von dem Prinzip der Entmilitarisierung Deutschlands abzurücken. Nach der — von Großbritannien lebhaft unterstützten — amerikanischen Initiative des Marshall-Plans fand sich zwar auch Frankreich schließlich bereit, seine bisherige Politik zu revidieren. Es sah sich veranlaßt, von der bisher erstrebten generellen Niederhaltung des besiegten Landes abzugehen und eine wirtschaftlich-politische Rekonstruktion Westdeutschlands zu akzeptieren. Aber der weitergehende Gedanke, daß das deutsche Aggressionsinstrument des Zweiten Weltkriegs, das deutsche Militär, angesichts einer größeren, Westeuropäer wie Westdeutsche gleichermaßen bedrohenden Herausforderung wiedererstehen könnte, war noch fast überall gänzlich unvorstellbar. Das änderte sich auch dann noch nicht, als Stalins Konfrontationspolitik zunehmend bedrohliche Züge annahm. Am 20. März 1948 verließ der sowjetische Vertreter den Alliierten Kontrollrat und kündigte damit in aller Form die Gemeinsamkeit der Siegermächte auf. Eine »kleine Blockade« der Berliner Westsektoren von begrenzter zeitlicher Dauer folgte; sie sollte die Westmächte von der geplanten Bildung eines westdeutschen Staates abschrecken.

Als diese »Warnung« erfolglos blieb, weil man in den westlichen Hauptstädten den westdeutschen Staat als unerläßliches Kernstück der eingeleiteten westeuropäischen Rekonstruktion ansah, trat die Ost-West-Auseinandersetzung in eine entscheidende Phase. Stalin glaubte, daß die Westmächte um der Zugangswege Berlins willen keinen Krieg beginnen würden und daß sie auch nicht über

nicht-militärische Mittel zur Verteidigung ihrer Position in der deutschen Hauptstadt verfügten. Daher hielt er es für ebenso risikolos wie erfolgversprechend, den Westen vor die Wahl zu stellen, entweder auf den westdeutschen Staat zu verzichten oder statt dessen Berlin aufzugeben, was das Vertrauen der Deutschen in die Fähigkeit der Westmächte zur Schutzgewährung erschüttern mußte. Der sowjetische Führer war nach der von ihm zum 18. Juni 1948 begonnenen Blockade West-Berlins noch monatelang der Überzeugung, daß die — von General Lucius D. Clay eilig in Washington erwirkte — Luftbrücke zum Scheitern verurteilt sei. Das erwies sich jedoch als Irrtum. Zugleich wirkte sich das sowjetische Vorgehen je länger, desto ungünstiger für die UdSSR aus. Die Zuspitzung des Ost-West-Konflikts trug entscheidend dazu bei, in den westlichen Ländern das Bild einer akuten sowjetischen Bedrohung hervorzurufen und fortlaufend zu verstärken. Damit wurden zugleich entscheidende politisch-psychologische Grundlagen für ein Zusammenrücken zwischen den Westmächten und den Deutschen gelegt. Zwar erkannten die westlichen Regierungen und Teile der westlichen Öffentlichkeit, daß die sowjetische Führung nicht auf einen Krieg zusteuerte, denn diese vermied alle Schritte, die eine militärische Eskalation des Konflikts hätten nach sich ziehen können. Aber das Ringen unterhalb der kriegerischen Ebene wurde so erbittert geführt, daß die psychologischen

Berliner Blockade. Während der Blockade der Zugangswege nach West-Berlin vom 24. Juni 1948 bis zum 12. Mai 1949 stellten die USA und Großbritannien mit ihrer Luftbrücke die Versorgung der Stadt sicher



Wirkungen kaum überschätzt werden können. Allerdings hielten die drei westlichen Regierungen an einer Politik fest, die keine massive Vermehrung ihrer schwachen Streitkräfte und keine Aufstellung deutscher Truppen vorsah. Stalins schließlicher Entschluß, die wirkungslos gewordene Blockade am 12. Mai 1949 aufzuheben, schien die Richtigkeit dieses Verhaltens zu bestätigen.

Damit blieben freilich entscheidende Fragen unbeantwortet. Würde man auch längerfristig mit fehlender sowjetischer Kriegsbereitschaft rechnen können? War das bestehende militärische Kräfteverhältnis der Stabilität in Europa förderlich? Konnte Deutschland auf die Dauer ein militärisches Vakuum in der Mitte Europas bleiben? Es waren vor allem westliche Militärs, die nunmehr diese Fragen stellten. Die Regierungen beschränkten sich während dieser Phase auf die politischen Aspekte der Sicherheit. Am 17. März 1949 schlossen Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Staaten in Brüssel einen Beistandspakt, der wesentlich dazu bestimmt war, die USA von dem Willen der Westeuropäer zur Selbstbehauptung gegenüber der UdSSR zu überzeugen und sie so zu einem weiterreichenden politisch-militärischen Engagement auf dem Kontinent zu veranlassen. Den Militärs war klar, daß Westeuropa im Falle eines sowjetischen Angriffs gleichwohl schutzlos war. Die relativ wenigen Kampfverbände, zu denen General Clay die nicht für die Zwecke der Militärregierung in Deutschland benötigten amerikanischen Soldaten formiert hatten, reichten für eine Abwehr der sowjetischen Truppenmassen ebenso wenig aus wie die schwachen westeuropäischen Armeen.

Die westliche Unterlegenheit in Europa bestand auch dann noch fort, nachdem am 4. April 1949 der Nordatlantikpakt zustande gekommen war, der die USA prinzipiell zum Beistand verpflichtete. Nach vorherrschendem Washingtoner Verständnis wurde damit lediglich das politische Engagement der USA für die Freiheit Westeuropas formalisiert. Bei dieser allgemeinen Zusicherung blieb es vorerst; zusätzliche Kampftruppen wurden nicht auf den europäischen Kontinent entsandt. Die UdSSR hätte daher nach damaliger westlicher Einschätzung im Kriegsfall rasch zum Atlantik vordringen können. Erst wenn daraufhin die USA so wie während des Zweiten Weltkriegs ihre überlegenen Ressourcen militärisch mobilisiert hätten und anschließend mittels einer Landung nach Europa zurückgekehrt wären, hätte die Sowjetunion mit einer Niederlage am Ende zu rechnen gehabt. Die Aussicht auf eine — späterer amerikanischer Befreiung vorangehende — sowjetische Eroberung war freilich bei den Westeuropäern wenig erwünscht. Im Blick auf die Zukunft sahen zudem die westlichen Militärs nach der Explosion der ersten sowjetischen Atombombe 1949 mit einigem Bangen dem Tag entgegen, da die UdSSR kraft ihrer nunmehr wachsenden nuklearen Kapazitäten in der Lage sein würde, eine dem Vorbild von 1944 folgende amerikanische Invasion des europäischen Festlands zu verhindern. Dann weiterhin auf die Abschreckungswirkung der fortbestehenden amerikanischen Atomüberlegenheit vertrauen zu wollen, erschien riskant.

Auf der Suche nach Abhilfe begannen maßgebliche westeuropäische Militärs, unter anderem einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag ins Auge zu

fassen. Der — von einer Erfüllung noch weit entfernte — Wunsch war, mit Hilfe westdeutscher Soldaten eine stabile Abwehrfront am Rhein zu errichten. Auf westdeutscher Seite erhielt man freilich keine Kenntnis von den Überlegungen und den damit verknüpften Planungszielen. Gleichwohl wandte einer der führenden Politiker des Landes, Konrad Adenauer, dem Sicherheitsproblem seit spätestens 1948 besondere Aufmerksamkeit zu. Aller Informationsdefizite ungeachtet, war er sich in allgemeinen Zügen über die Konsequenzen der exponierten westdeutschen Lage im klaren und suchte immer wieder Öffentlichkeit und Regierungen des Westens auf diesen problematischen Umstand hinzuweisen. Er deutete schon damals an, sein Land brauche eine Sicherheitsgarantie der Westmächte. Er war bereit, als Gegenleistung einen westdeutschen Beitrag zur gemeinsamen westeuropäischen Verteidigung in Aussicht zu nehmen. Nachdem Adenauer am 15. September 1949 zum Bundeskanzler der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland gewählt worden war, konnte er seine Mahnungen auf Grund des ihm erteilten Regierungsmandats mit größerer Deutlichkeit und größerem Nachdruck fortsetzen.

Arnulf Baring ist auf Grund des ihm in den sechziger Jahren vorliegenden Quellenmaterials zu dem Schluß gekommen, es sei Adenauer vorrangig um Gleichberechtigung und Souveränität gegangen; Sicherheitsgarantie und Verteidigungsbeitrag müßten weithin als Mittel zu diesem Zweck angesehen werden. Demgegenüber hat Hans-Peter Schwarz den ihm zwei Jahrzehnte später zugänglichen westdeutschen Aktenbeständen entnommen, daß die ungelöste Sicherheitsfrage das zentrale Motiv des Bundeskanzlers war, das ihn zur Akzeptanz des — innenpolitisch außerordentlich heiklen — Wehrbeitrags veranlaßte. In der Tat zeigen einschlägige Quellen, daß Adenauer stark unter dem Eindruck der westdeutschen Schutzlosigkeit stand. Überdies behandelte er die politischen Konditionen der anvisierten westdeutschen Verteidigungsleistung zunächst als eher sekundär. Auch wenn sich nicht völlig ausschließen läßt, daß die Überlegungen des Bundeskanzlers primär durch ein unausgesprochenes Verlangen nach Gleichberechtigung als politischer Gegenleistung motiviert waren, so läßt die vorhandene Evidenz eher auf eine Vordringlichkeit des — von ihm intern immer wieder stark hervorgehobenen — Sicherheitsbedürfnisses schließen.

Die Aussagen Adenauers vor allem während des Frühjahres 1950 erwecken den Eindruck, daß er alle nur möglichen Optionen für die Aufstellung westdeutscher Truppen zu erproben willens war, wenn er nur dadurch die Westmächte zu einer Sicherheitsgarantie für sein Land veranlassen konnte: Im Kriegsfall sollte das westdeutsche Territorium von vornherein voll in die militärische Verteidigung des westlichen Bündnisses einbezogen sein. Zur Erreichung dieses Zieles faßte der Bundeskanzler unterschiedliche, auch unkonventionelle Wege zu einer westdeutschen Aufrüstung ins Auge. Im Unterschied nicht allein zu seinem sozialdemokratischen Widersacher Kurt Schumacher, sondern auch zu manchen anderen Politikern der Regierungskoalition handelte er augenscheinlich nach der Devise, daß man vor allem anderen zunächst einmal zum Beteiligten werden müsse. Habe man das erreicht, werde sich die an-

gestrebte Gleichberechtigung, auch wenn sie zuerst noch erhebliche Lücken aufweise, im Laufe der folgenden Interaktion schon durchsetzen. Ein militärischer Bundesgenosse ließ sich innerhalb des westlichen Staatensystems nicht auf die Dauer als politisches Mündel behandeln. Es widerspricht der These vom Vorrang des Sicherheitsgesichtspunkts nicht, daß sich Adenauer von einem westdeutschen Beitrag zum Aufbau einer militärischen Abwehrfront in Westeuropa einen Gleichberechtigungseffekt versprach.

Hans-Peter Schwarz hat auch auf Adenauers durchgängige Vorstellung hingewiesen, daß von einem normalen, handlungsfähigen Staat nur so weit die Rede sein könne, wie dieser über Instrumente zur Wahrung seiner inneren und äußeren Sicherheit — also über Polizei und Armee — verfüge. Beides fehlte der Bundesrepublik in ihrer Frühzeit völlig. Das erklärt, warum der Bundeskanzler im Frühjahr 1950 nicht nur an den Aufbau bewaffneter Streitkräfte zum Schutz der Landesgrenzen, sondern auch an eine Bundespolizei für Zwecke der inneren Sicherheit dachte. Wegen der dabei erfolgten Bezugnahme auf die bewaffneten Kräfte der DDR entstand eine gewisse Unklarheit darüber, inwieweit es sich dabei tatsächlich um eine rein polizeiliche Formation handeln sollte, zumal im Mai 1950 mit Gerhard Graf v. Schwerin ein früherer Militär mit der Planung beauftragt wurde. Eine klare Abgrenzung gab es allerdings in dem Punkt, daß es bei diesen Formationen nicht um die Schaffung eines Gegengewichts zu sowjetischen Truppen ging.

Anders als in der Sowjetzone bildete somit in Westdeutschland das von einem deutschen Politiker gegenüber der Besatzungsseite geltend gemachte deutsche Interesse den ersten Anstoß zu einer ernsthaften Beschäftigung mit der Wiederbewaffnungsfrage. Eine Initiative der unter Okkupationsrecht stehenden deutschen Seite war möglich, weil sich die Bundesrepublik in der westlichen Welt befand, in der Pluralität und Konflikt grundsätzlich akzeptiert wurden. Daher konnte auch den bevormundeten Deutschen eine freie Meinungsäußerung nicht grundsätzlich verwehrt werden. Diese Freiheit hatte jedoch einen Preis. Während der Wiederbewaffnungsprozeß in der Sowjetzone kontinuierlich lief, nachdem ihn die Besatzungsmacht einmal in Gang gesetzt hatte, kam man in der Bundesrepublik eine sehr lange Zeit mit dem Vorhaben nicht voran. Die Überzeugung der mit der westeuropäischen Verteidigung befaßten westlichen Militärs, daß ein westdeutsches Truppenkontingent unerlässlich sei, sofern militärische Anstrengungen des Westens nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sein sollten, nützte dabei wenig. Auch entsprechende Einsichten in führenden Kreisen Washingtons und Londons brachten keinen politischen Durchbruch, solange die Hauptverantwortlichen Rücksicht auf antideutsche Ängste und Ressentiments in der eigenen Öffentlichkeit und/oder im verbündeten Ausland nehmen zu müssen glaubten. Adenauer mußte zudem mit dem Risiko leben, daß die westliche Seite auch bei einem eventuellen Ja zum westdeutschen Verteidigungsbeitrag noch nicht notwendigerweise zu der dafür erwarteten Sicherheitsgarantie bereit war.

Überhaupt war es in der Frühzeit der Bundesrepublik für westdeutsche Politiker und Experten sehr schwierig und heikel, bei den Besatzungsmächten Probleme der äußeren Sicherheit zu thematisieren und mit ihnen in irgendwelche Gespräche darüber einzutreten. Denn nach dem Besatzungsstatut lag die Kompetenz für alle Angelegenheiten der Außen- und Sicherheitspolitik auch nach der Gründung des westdeutschen Staates ausschließlich bei den Besatzungsmächten. Adenauer mußte befürchten, daß ihm jede Wahrnehmung der Interessen seines Landes auf diesem Gebiet eine Rüge wegen Einmischung in verbotene Angelegenheiten eintrug. Soweit dabei Militärisches im Spiel war, mußten er und seine Mitarbeiter angesichts der fortbestehenden Entmilitarisierungsvorschriften des Alliierten Kontrollrats sogar mit noch ernsteren Konsequenzen rechnen. Für den rückblickenden Betrachter läßt es sich heute kaum noch nachvollziehen, wie immens die Hindernisse waren, denen sich der erste deutsche Bundeskanzler gegenüber sah, als er die — rechtlich seiner Kompetenz entzogene — Sicherheitsfrage stellte.

Überlegungen und Verhandlungen über einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag (1950–1952)

Der nordkoreanische Angriff auf Süd-Korea am 26. Juni 1950 veränderte die politische Großwetterlage in den westlichen Ländern. In der Öffentlichkeit verbreitete sich weithin das Gefühl einer akuten militärischen Bedrohung. Die Regierungen sahen die Aggression vielfach als ersten Schritt eines generell gegen den Westen gerichteten militärischen Vorgehens der kommunistischen Staaten. Ein Angriff gegen Westeuropa bereits in den kommenden Monaten erschien zeitweilig nicht ausgeschlossen, zumal man vermutete, Stalin könnte der nunmehr einsetzenden amerikanischen Wiederaufrüstung zuvorkommen wollen. Dieser Eventualität sah man in den westeuropäischen Hauptstädten mit Nervosität entgegen. Vor allem in London bestand vorübergehend zugleich die Sorge, paramilitärische DDR-Polizeikräfte könnten nach Westberlin und/oder in die Bundesrepublik in Marsch gesetzt werden. Adenauer sah sich durch die westlichen Befürchtungen in seinen zuvor angestellten Überlegungen bestätigt. Nunmehr signalisierte der amerikanische Teil der Alliierten Hochkommission Einverständnis mit dem westdeutschen Verlangen nach Schutz und Wiederbewaffnung. Auch Washington stimmte zu, ohne daß freilich der Bundeskanzler darüber unterrichtet worden wäre. In Bonn bestand daher lange der Eindruck, daß sich in den Beziehungen zu den Westmächten kaum etwas bewege. Die Hochkommissare lehnten sogar Adenauers bescheidenen Vorschlag einer kleinen Bundespolizeitruppe ab und begrenzten die den Ländern zugestandenen kasernierten Polizeieinheiten auf 10 000 Mann. Die gleichzeitig in den westlichen Hauptstädten durchgeführten Beratungen über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik fanden nicht nur ohne Beteiligung, sondern auch ohne Wissen der westdeutschen Seite statt. Gleich-

wohl ließ der Bundeskanzler die im Mai 1950 angelaufenen Planungen mit Nachdruck fortsetzen.

Der Fortgang der weiteren Bemühungen wurde entscheidend durch einen unter den drei Westmächten aufbrechenden Konflikt bestimmt. Die amerikanische Regierung trat zusammen mit der britischen Seite nachdrücklich für die Aufstellung westdeutscher Truppen ein. Dabei bestand Einvernehmen darüber, daß das militärische Potential der Bundesrepublik gemäß den seit langem auch von Adenauer angestellten Überlegungen auf irgendeine Weise einen übernationalen Rahmen erhalten sollte. Insbesondere sollte es auf keinen Fall einen nationalen Generalstab geben. Anders als die beiden angelsächsischen Mächte suchten aber die Verantwortlichen in Frankreich eine westdeutsche Wiederbewaffnung zu verhindern. Daher kam auf der New Yorker Außenministerkonferenz am 19. September 1950 nur ein deklaratorischer Grundsatzbeschluß zustande, dem die Substanz einer konkreten Einigung fehlte. Zugleich akzeptierten die drei Leiter der westlichen Außenpolitik den westdeutschen Anspruch auf Sicherheit in genereller Form. Sie fanden sich auch bereit, die Zahl der kasernierten Länderpolizisten auf 30 000 zu erhöhen. Dieses Ergebnis blieb zwar weit hinter dem Ziel zurück, das sich Adenauer gesetzt hatte, doch war damit immerhin eine erste Grundlage für eine Behandlung der westdeutschen Sicherheitsforderungen und des damit verknüpften Verteidigungsbeitrages geschaffen. Dadurch geriet die französische Seite zunehmend unter Druck.

Das galt um so mehr, als der Beschluß von New York zum Auftakt rasch anschließender Verhandlungen zwischen den drei Westmächten wurde. Dabei bestanden die beiden angelsächsischen Mächte darauf, die Bundesrepublik in die — dringend stärkungsbedürftige — westeuropäische Verteidigung einzubeziehen. Die drei Seiten verfuhrten nach dem Grundsatz, sie müßten erst untereinander einig geworden sein, ehe sie ein Gespräch mit der westdeutschen Regierung suchen könnten. Daher wurde Adenauer aus den Überlegungen ausgeschlossen und sogar weithin kaum informiert. Unter amerikanischem Druck erklärte sich die französische Regierung schließlich in einer Stellungnahme vor der Pariser Nationalversammlung am 24. Oktober 1950 grundsätzlich bereit, den Widerstand gegen westdeutsche Truppenkontingente fallenzulassen. Diese müßten jedoch auf der Ebene kleiner »Kampfgruppen« mit den Formationen anderer verbündeter europäischer Staaten zu gemischten Verbänden zusammengefaßt werden.

Der Grundgedanke des französischen Vorschlags war, daß es keine irgendwie zu selbständigen Operationen befähigten deutschen Truppen geben dürfe. Nach militärischem Urteil, das auch von den französischen Militärs geteilt wurde, war aber der Aufbau einer derart auf militärische Handlungsunfähigkeit ausgerichteten »Europa-Armee« nicht sinnvoll, denn auf dieser Basis ließ sich nicht der Aufbau einer irgendwie effizienten Streitmacht erwarten. Das Dilemma, mit dem das französische Verlangen die westlichen Planer konfrontierte, wurde damals treffend mit dem Diktum charakterisiert, Paris wünsche eine westdeutsche Truppe, die zwar schwächer sei als die französische Streitmacht,

aber stärker als die sowjetische Armee. Ungeachtet dieser und anderer Probleme bestand die französische Regierung darauf, ihren »Pleven-Plan« zur Grundlage der weiteren Verhandlungen zu machen. Auf diese Weise hoffte sie, die drohende Aufstellung westdeutscher Soldaten blockieren zu können, ohne sich in den zweifelhaften Ruf des Neinsagers zu bringen. Dabei schien es kein Fehler zu sein, daß der unterbreitete Vorschlag von fraglichem militärischen Wert war.

Die französische Seite mußte jedoch in Kauf nehmen, daß sie eine latente politische Übereinstimmung zwischen Bonn und Washington provozierte. Aus westdeutscher Sicht war das französische Projekt vor allem auch darum indiskutabel, weil es allen Erfordernissen einer auch nur minimalen Gleichberechtigung total widersprach. Wenn kleine westdeutsche Einheiten auf eine internationale Streitmacht verteilt wurden, bedeutete dies für die Bundesrepublik einen Status militärischer Unselbständigkeit, der den anderen Verbündeten nicht zugemutet wurde. Denn nur Westdeutschland sollte ausschließlich über Einheiten innerhalb der Europa-Armee verfügen und von der NATO-Mitgliedschaft ausgeschlossen sein. Da kam es Adenauer und seinen militärischen Beratern politisch gelegen, daß die französischerseits geforderte Struktur den militärischen Sinn des ins Auge gefaßten westdeutschen Verteidigungsbeitrages — eine deutliche Verstärkung der westeuropäischen Abwehrfront — verfehlte. Mit diesem Argument ließ sich das amerikanische Interesse ansprechen, daß die Westeuropäer substantiell zur Verteidigung ihrer Länder beitragen müßten. Die Bundesrepublik, so ergab sich auf Grund dieser Logik, war nach französischem Vorschlag von vornherein daran gehindert. Der Bundeskanzler konnte daher auf einer anderen Regelung als militärisch allein brauchbarer Lösung bestehen. Das lief praktisch auf einen politischen Rahmen hinaus, der eine Mitgliedschaft seines Landes in der NATO nach sich zog.

Die Sympathien der — auf konsensfähige Beschlüsse angewiesenen — amerikanischen Seite bewahrten jedoch Adenauer nicht vor der Nötigung zu Verhandlungen über den Pleven-Plan. Die NATO-Staaten legten am 18./19. Dezember in Brüssel auf Grund eines vom Stellvertreterrat unter dem Vorsitz des Amerikaners Charles M. Spofford ausgearbeiteten Kompromisses eine doppelte Verhandlungsführung für die weitere Behandlung des westdeutschen Verteidigungsbeitrags fest. Zum einen wurden gemäß französischem Begehren die Pariser Vorschläge zum Gegenstand von Verhandlungen zwischen den prospektiven Teilnehmerländern einer künftigen Europa-Armee — also zwischen Frankreich, Italien, der Bundesrepublik und den Benelux-Staaten — gemacht. Auf diese Weise sollte herausgefunden werden, ob der Pleven-Plan als Basis für ein politisches Arrangement taugte. Zum anderen sollten sich Experten der Alliierten Hochkommission und der Regierung Adenauer über die militärisch-organisatorischen Modalitäten des künftigen Verteidigungsbeitrages verständigen, gemäß dessen die westdeutschen Truppen aufgestellt werden konnten, sobald Klarheit über die politische Form erzielt sein würde. Mit dem zweigeteilten Verfahren war eine unausgesprochene Implikation verbunden. Es war möglich, daß die Sechs-Mächte-Konferenz nicht zu einer Einigung führte. In diesem

Falle würde, wie man in Spoffords Umgebung voraussah, unausweichlich eine Regelung im Rahmen der NATO gefunden werden müssen. Demnach lag die Wahl des politischen Kontexts für die künftige Wiederbewaffnung faktisch bei der westdeutschen Regierung, denn sie konnte die Verhandlungen über den Pleven-Plan scheitern lassen und damit die atlantische Alternative aktuell machen. Schon in dieser frühen Phase hatte mithin die Interessenkonvergenz zwischen USA und Bundesrepublik ein Ergebnis herbeigeführt, das Adenauer eine entscheidende Weichenstellung in die Hand gab.

Das war freilich nur die eine Seite der Medaille. Denn westliche Bevormundung ermöglichte es noch immer, dem Bundeskanzler die Kenntnis der Optionen zu verwehren, die ihm zugebilligt worden waren. Als Adenauer Anfang 1951 die beiden Gesprächsfäden aufnahm, wußte er nicht, daß ein Mißerfolg der Verhandlungen über den Pleven-Plan geeignet war, die von ihm bevorzugte NATO-Lösung aktuell zu machen. Statt dessen glaubte er, daß es darauf ankomme, die Gespräche mit der Alliierten Hochkommission voranzutreiben, um die angestrebte NATO-Option zu realisieren. Daher erschien es ihm zweckmäßig, die Verhandlungen über das französische Projekt zwar auf kleiner Flamme zu halten, aber ohne Eklat fortzuführen, bis die Gespräche auf dem Petersberg die erhoffte Wende gebracht hätten. Genau dies aber war nach den Vorgaben der Brüsseler NATO-Beschlusses von vornherein ausgeschlossen. Zugleich bot die auf die Vermeidung eines Abbruchs der Sechs-Mächte-Konferenz ausgerichtete westdeutsche Verhandlungsführung der französischen Seite die Möglichkeit, den Pleven-Plan als erfolgversprechendes Konzept darzustellen. Dementsprechend erreichten die Beauftragten Adenauers bei den Expertenberatungen mit den Vertretern der Hochkommission auf dem Petersberg zwar, daß die ins Auge gefaßten Organisations- und Bewaffnungsstrukturen dem Verlangen nach Nicht-Diskriminierung Rechnung trugen und insoweit die französischen Vorstellungen konterkarierten. Aber das politische Hauptziel, die Festlegung eines NATO-Rahmens für den westdeutschen Verteidigungsbeitrag, wurde notwendigerweise verfehlt.

Zugleich kam es während der Verhandlungen über den Pleven-Plan zu einer unerwarteten Entwicklung. Zum einen gelang es den westdeutschen Unterhändlern auf der Konferenz, die französischen Vorstellungen zu relativieren. Zum anderen ließen sich maßgebende amerikanische Diplomaten und Militärs hinter den Kulissen von französischen Europa-Befürwortern davon überzeugen, daß das vorgeschlagene Konzept einer Europa-Armee politisch sinnvoll und militärisch praktikabel sei, wenn man es nur grundlegend umformuliere. Es kam zwischen den entsprechenden Kreisen in Paris, dem sich unter Dwight D. Eisenhower etablierenden europäischen NATO-Oberkommando und der amerikanischen Administration zu einem Konsens darüber, daß die von den Sachverständigen der westdeutschen Regierung und der Hochkommission auf dem Petersberg erarbeiteten militärischen Vorstellungen in das französische Projekt eingearbeitet werden mußten. Demzufolge sollte der Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik die politische Form einer Europa-Ar-

mee, zugleich aber eine den militärischen Effizienzerfordernissen entsprechende Struktur erhalten. Das war die Geburtsstunde der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die von da an mehr als drei Jahre lang alle Überlegungen bestimmte.

Adenauer sah nicht nur die Hoffnung auf eine baldige Mitgliedschaft in der NATO enttäuscht. Er war auch wenig darüber erfreut, daß die mit dem EVG-Konzept verbundenen komplexen Regelungen notwendigerweise dazu führten, Verteidigungsbeitrag und Sicherheitsgarantie hinauszuzögern. Aber er hatte keine andere Wahl, als sich auf dem Boden der neuen Tatsachen zu stellen. Die Wendung wurde ihm entscheidend dadurch erleichtert, daß das neue Wiederbewaffnungsmodell letztlich auch seinen eigenen — seit langem gehegten und im Vorjahr durch die Annahme des Schuman-Plans erstmals in die Praxis umgesetzten — Europa-Vorstellungen entsprach. Danach sollten die Deutschen künftig eng mit Frankreich zusammengehen und sich fest in einen europäischen Zusammenhang integrieren. Rasch wurde die EVG geradezu zu einem Lieblingsprojekt des Bundeskanzlers und seiner Berater. Der tiefere Grund dafür war, daß der Grundsatz der europäischen Integration ein fundamentales westdeutsches Interesse zu befriedigen versprach: Die gegenüber der Bundesrepublik erhobenen Forderungen nach Kontrolle ließen sich in diesem Rahmen mit dem deutschen Verlangen nach Nicht-Diskriminierung vereinbaren, indem das Prinzip der wechselseitigen Kontrolle etabliert wurde. Eine Vereinzelung und Isolierung des in exponierter kontinentaler Mitte gelegenen deutschen Staates sollte so auf Dauer ausgeschlossen sein.

Der Bundeskanzler setzte einen eigenen Akzent, indem er, einem seit Sommer 1950 entwickelten Handlungskonzept folgend, parallel zu führende Gespräche über die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland forderte und durchsetzte. Dem lag die Logik zugrunde, ein militärischer Verbündeter könne nicht länger einem Besatzungsregime unterworfen bleiben. Bundesgenossenschaft und Sicherheitspartnerschaft gehörten untrennbar zusammen. Adenauer dachte an einen Sicherheitsvertrag zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten, in dem die wechselseitigen Rechte und Pflichten aus dem gemeinsamen Interesse an der Abwehr der bestehenden Bedrohung hergeleitet werden würden. Das hätte von vornherein eine Basis prinzipieller Gleichberechtigung für die anschließende Regelung der praktischen Einzelheiten geschaffen. Dieser Ansatz erwies sich jedoch als nicht durchsetzbar. Der Bundeskanzler sah sich genötigt, das westliche Verhandlungskonzept anzunehmen, dem zufolge Stück für Stück die Ablösung der bestehenden besatzungsrechtlichen Kompetenzen besprochen werden mußte. Er hatte sich auf ein zähes Ringen einzustellen, bei dem jeder Verzicht der Besatzungsmächte auf bisherige Befugnisse grundsätzlich durch westdeutsche Gegenleistungen zu honorieren war. Das natürliche Ergebnis dieser Herangehensweise war, daß sich die drei Mächte Restverantwortlichkeiten vorbehielten. Das freilich war nicht immer zum Nachteil der Bundesrepublik, wie die westlichen Vorbehalte bezüglich Berlins und Deutschlands als Ganzem beispielhaft deutlich machen, die in der

Zeit von 1955 bis 1990 ein wichtiges Instrument zur Sicherung sowohl der Freiheit Westberlins als auch des Anspruchs auf deutsche Einheit gewesen sind.

Bei den EVG-Verhandlungen, die ebenfalls im Herbst 1951 begannen und im Februar 1952 endeten, ging es wesentlich um militärische Einzelheiten mit politischen Implikationen. Der westdeutschen Delegation unter General Hans Speidel ging es darum, den künftigen deutschen Truppen gleich gute Bedingungen zu sichern wie den Soldaten der anderen fünf Staaten, insbesondere gleiche Bewaffnung und taktisch-operative Selbständigkeit. Während der Pleven-Plan die Einfügung kleiner westdeutscher Einheiten in multinationale Verbände vorgesehen hatte mit der Folge, daß die Westdeutschen faktisch fremder Kontrolle unterstellt worden wären, hatten die militärischen Berater Adenauers seit Sommer 1950 für eine Eingliederung westdeutscher Kontingente in das westliche Verteidigungssystem auf Divisionsebene plädiert und dafür die Zustimmung praktisch aller Sachverständigen im westlichen Ausland erhalten. Es war daher nicht allzu schwer durchzusetzen, daß die »Kampfgruppen«, die nach dem Pleven-Plan die größten national-homogenen Bestandteile der zu formierenden multinationalen Europa-Armee darstellten, funktional als Divisionen definiert wurden. Bezüglich der Ausrüstung wurde festgelegt, daß die westdeutschen Truppen — abgesehen von besonders weitreichenden Systemen — alle Waffen in die Hand bekommen sollten, die es in der Armee geben würde. Da man sich keine Ineffizienz gegenüber dem sowjetischen Gegner leisten konnte, lief dies auf eine Ausstattung mit modernsten Waffen aller Art hinaus. Das schloß einen Verzicht der Bundesrepublik auf Verfügung über atomare, biologische und chemische Kampfmittel nicht aus. Diese waren nur der Kontrolle von Großmächten unterstellt und brauchten nicht Teil des Arsenal auf dem europäischen Schauplatz zu sein.

Ein politisch strittiger Punkt war das Verhältnis zwischen EVG und NATO. Adenauer war nicht willens, sich an der EVG zu beteiligen, wenn diese dem Zweck diene, die Bundesrepublik im Gegensatz zu den anderen Teilnehmerstaaten (die der NATO bereits angehörten) vom nordatlantischen Bündnis fernzuhalten. Für die französische Regierung jedoch war die Verweigerung der NATO-Mitgliedschaft ein entscheidendes Plus der EVG-Lösung, auf das sie nicht verzichten wollte. Als Kompromiß wurde schließlich vereinbart, daß NATO und EVG zu gemeinsamen Sitzungen zusammenkommen sollten, wenn die NATO über EVG-relevante Angelegenheiten berate. Bonn sollte damit an interessierenden Konsultationen des westlichen Bündnisses teilnehmen und dabei seine Interessen wahrnehmen können. Nach Adenauers Ansicht reichte dies jedoch längerfristig nicht aus. Auf sein Betreiben hin erhielt die westdeutsche Seite allem Anschein nach die amerikanische Zusage, daß die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen werde, wenn der EVG-Vertrag erst einmal abgeschlossen und vom französischen Parlament ratifiziert sei. Je mehr sich die westdeutsche Seite mit ihrem Streben nach militärischer und politischer Gleichberechtigung durchsetzte und damit die diskriminierenden Regelungen des Pleven-Plans überwand, desto schwieriger wurde es für die französische Regierung, den Verteidigungs-

beitrag des Nachbarlandes innenpolitisch zu vertreten. Eine Erleichterung der erschweren Situation erhoffte sich Paris von London: Wenn sich die britische Seite, ihrer Nichtteilnahme an der EVG ungeachtet, zu einem dauernden militärischen und politischen Engagement auf dem europäischen Kontinent entschlöße, vermittele dies der französischen Öffentlichkeit das Gefühl, nicht allein mit den Deutschen konfrontiert zu sein, sondern einen Rückhalt diesen gegenüber zu haben. Dieses Argument überzeugte in London, und die britische Regierung fand sich bereit, sich zu einer dauerhaften Präsenz ihrer Rheinarmee in Deutschland zu verpflichten. Damit war — im Blick auf die militärische Sicherheit der Bundesrepublik — auch Bonn gerne einverstanden.

Die Einfügung des westdeutschen Staates in das westliche Verteidigungssystem — völkerrechtlich im Generalvertrag über die Ablösung des Besatzungsregimes, im Vertrag über die Bildung der EVG und in einigen weiteren Verträgen formuliert — war ein wesentliches Element der Anfang 1951 ernsthaft begonnenen Schaffung eines atlantischen Landverteidigungssystems. Auch wenn sich die Sorgen des Sommers 1950 über einen drohenden baldigen Angriff auf Westeuropa schon während des folgenden Herbstes weithin gelegt hatte, waren die westlichen Regierungen nicht länger willens, den bisherigen Zustand militärischer Schutzlosigkeit hinzunehmen. Die westeuropäischen Mitgliedstaaten der atlantischen Allianz setzten zu diesem Zweck größere Wiederbewaffnungsprogramme ins Werk. Vor allem aber wandelte sich das amerikanische Verhalten. Der Nordatlantikpakt war für Washington nicht länger nur eine den westeuropäischen Verbündeten gegebene Schutz- und Garantiezusage. Die USA verlegten mehrere Kampfdivisionen nach Europa und wandelten die in Deutschland stehenden, noch vielfach administrativ strukturierten Besatzungstruppen in Kampfverbände um. Im April 1951 wurde General Eisenhower als erster Chef eines integrierten militärischen NATO-Oberkommandos nach Westeuropa entsandt. Von da an wurde auf dem Kontinent ein gemeinsames atlantisches Verteidigungssystem aufgebaut, das allmählich die Fähigkeit zur Abwehr einer sowjetischen Aggression erlangte. Damit wurden jene realen Voraussetzungen geschaffen, die Adenauer seinen Überlegungen über Sicherheitsgarantie und Verteidigungsbeitrag zugrunde gelegt hatte: eine Militärstruktur, deren Existenz den Schutz der Bundesrepublik im Kriegsfall realistisch erscheinen ließ.

Eine Vorneverteidigung an den östlichen Grenzen der Bundesrepublik, die der Bundeskanzler mit einer Bereitstellung westdeutscher Truppen wesentlich bezweckte, war freilich für seinen sozialdemokratischen Rivalen Schumacher kein ausreichender Wiederbewaffnungsanreiz: Wenn sich Deutsche überhaupt zur Mitwirkung in einem eventuellen künftigen Ost-West-Krieg bereit finden sollten, mußten sie zum einen den Status voller nationaler Gleichberechtigung erhalten und zum anderen die Gewähr haben, daß die westlichen Verbände rasch nach Osten vorstoßen würden, um die Entscheidungsschlacht jenseits des deutschen Siedlungsgebiets (zu dem er auch die 1945 verlorenen Ostprovinzen rechnete) zu suchen. Adenauer sah, daß eine derartig weitreichende Forderung

jedes sicherheitspolitische Einvernehmen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten blockieren würde. Wenn die westliche Seite nämlich die für eine derartige Offensive notwendigen Kräfte besäße, hätte sie gar nicht erst einen Grund mehr gesehen, sich um einen — in der westeuropäischen Öffentlichkeit ja weithin höchst unliebsamen — westdeutschen Verteidigungsbeitrag zu bemühen. Aus der Sicht des Bundeskanzlers bestand das Problem gerade darin, daß ein auch nur minimaler Schutz fehlte, wie ihn der Oppositionsführer illusionärerweise als Voraussetzung für eine deutsche Beteiligung forderte.

Durch eine westdeutsche militärische Mitwirkung würde, so glaubte Adenauer, die westliche Verteidigung im Kriegsfall das westdeutsche Territorium einschließen. Davon konnte allerdings noch längere Zeit keine Rede sein. Erst später wurde die angestrebte »Vorneverteidigung« Wirklichkeit. Von allem Anfang an allerdings trugen die westdeutschen Truppen zu dem politischen Abschreckungseffekt bei, den sich der Westen von dem Aufbau eines Systems der militärischen Abwehr unter deutscher Beteiligung versprach. Schon Stalin zeigte sich während seiner letzten Jahre nicht zuletzt in Antizipation des westdeutschen Aufbaus tief besorgt über die Veränderungen des militärischen Kräfteverhältnisses. Da er zugleich an die systembedingte Kriegsneigung des »imperialistischen« Westens glaubte, verband sich damit für ihn die Befürchtung eines früher oder später bevorstehenden Angriffs auf die UdSSR.

Demonstration gegen die Wiederbewaffnung 1955 in München



Adenauer stieß mit seinem sicherheitspolitischen Konzept von vornherein auf größte innenpolitische Widerstände. Es bedurfte großen Mutes, die damit verbundenen Probleme und Risiken auf sich zu nehmen. Bis zu den Bundestagswahlen von 1953 sah sich der Bundeskanzler ständig mit der Aussicht konfrontiert, den mindestnotwendigen Rückhalt im Lande zu verlieren. Die Stimmung des »Ohne mich!« war im Land generell weit verbreitet. Überdies wollten die — von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs lange für unverbesserliche Militaristen gehaltenen — Deutschen weithin keine Soldaten mehr werden. Selbst unter den Anhängern von Adenauers eigener Partei waren — ebenso wie bei den Wählern der an der Regierungsverantwortung beteiligten FDP — die Befürworter einer Wiederbewaffnung in der Minderheit. Das galt natürlich in noch höherem Maße für die Basis der SPD. Vor diesem Hintergrund war die Ablehnung, die der Bundeskanzler bei seinem Hauptwidersacher Schumacher erfuhr, als sehr moderat zu bezeichnen. Denn der Führer der Sozialdemokraten war grundsätzlich willens, einen Beitrag zur westlichen Verteidigung zu akzeptieren, und machte lediglich Vorbedingungen geltend, die allerdings weit über Adenauers Forderungen hinausgingen.

Auf dieser Grundlage war zwar kein Einvernehmen möglich, doch hatte diese Konstellation für den westdeutschen Regierungschef einen entscheidenden Vorteil: Sein wichtigster innenpolitischer Gegner betrieb keine Fundamentalopposition. Schumacher und seine Leute waren durch ihre lediglich bedingungsweise Ablehnung daran gehindert, hemmungslos gegen die Wiederbewaffnung zu Felde zu ziehen. Sie hofften zudem darauf, den Bundeskanzler ablösen zu können und mußten sich für diesen Fall die Möglichkeit offenhalten, einem Verteidigungsbeitrag zuzustimmen, für den sie dann freilich andere Konditionen vorgesehen hatten. Je weiter es in der SPD von der Spitze hinunter zur Basis ging, desto stärker machten sich allerdings auch Tendenzen des prinzipiellen Widerstands geltend. Wie willkommen Adenauer ein allgemeines Einvernehmen bezüglich der unpopulären Wiederbewaffnung auch gewesen wäre, so hatte die innenpolitische Konstellation für ihn auch Vorteile. Zum einen konnte er mit einigem Erfolg die SPD in die Nähe der — allgemein abgelehnten — Kommunisten rücken. Zum anderen sahen die westlichen Gesprächs- und Verhandlungspartner auf Grund der maximalistischen Haltung Schumachers, daß sie keine annehmbare Alternative zum Dialog mit dem Bundeskanzler hatten. Das stärkte die Position des westdeutschen Regierungschefs in den westlichen Hauptstädten ganz beträchtlich.

Auch verstand es Adenauer mit großem Geschick, sich die schwierige innenpolitische Situation zu erleichtern. Ihm kam zupass, daß der DGB-Vorsitzende Hans Böckler politische Distanz zur SPD hielt und die Existenz deutschen Militärs nicht grundsätzlich ablehnte. Der Bundeskanzler nutzte die dadurch gegebene Möglichkeit, den Gewerkschaftsführer auf seine Seite zu ziehen. Er akzeptierte Böcklers Forderung nach Mitbestimmung in der Montanindustrie. Schwieriger war es, einige Opponenten innerhalb des Regierungslagers zu gewinnen. Das galt nicht nur für Bundesminister Jakob Kaiser, der das gesamt-

deutsche Ressort innehatte und die Vorstellung von einem Brückenschlag zwischen Ost und West hegte. Es gab auch nicht wenige führende Personen und Kreise in CDU wie FDP, die von einem westdeutschen Verteidigungsbeitrag eine entscheidende Vertiefung der deutschen Spaltung befürchteten und ihm daher sehr abgeneigt gegenüberstanden.

Um diesen Widerstand zu überwinden, formulierte Adenauer ein gegensteuerndes Konzept der Deutschland-Politik. Gegenwärtig sei unter keinen Umständen zu hoffen, daß man der sowjetischen Führung eine Wiedervereinigung des gespaltenen Vaterlandes abhandeln könne. Erst wenn der Westen eine hinreichende militärische Stärke gewonnen habe, gebe es dafür eine Chance. Dann werde die UdSSR verhandeln müssen und zu einem Modus vivendi genötigt sein. Der Bundeskanzler dachte insbesondere daran, daß die schlechten Ergebnisse kommunistischen Wirtschaftens das östliche Imperium nach Ausfall seiner militärischen Optionen dazu veranlassen würden, materielle Unterstützung in den westlichen Ländern, nicht zuletzt in der Bundesrepublik, zu suchen. Dann werde der Augenblick gekommen sein, die deutsche Frage auf den Verhandlungstisch zu legen. Wolle man dagegen schon vorher etwas erreichen, müsse man nicht allein mit einem Mißerfolg, sondern auch mit einer Erschütterung der eigenen Position rechnen. Denn solange sich die Bundesrepublik nicht untrennbar mit dem Westen verbunden habe, besitze sie kein hinreichendes politisches Gewicht und könne auch nicht auf festen Rückhalt bei den Westmächten zählen. Damit bestehe die Gefahr, daß die westdeutsche Seite zwischen die Fronten gerate, isoliert dastehe und zu einer leichten Beute der UdSSR werde.

Mit dieser Argumentation setzte sich Adenauer in den Koalitionsparteien allmählich weithin durch. Zum wichtigsten nicht umzustimmenden Widersacher wurde Bundesinnenminister Gustav Heinemann. Dieser nahm im Spätsommer 1950 Anstoß daran, daß der Bundeskanzler den Westmächten aus freien Stücken westdeutsche Truppen »angeboten« und darüber nicht einmal die anderen Regierungsmitglieder ins Bild gesetzt habe. Der Streit zog sich eine längere Zeit hin, bis Heinemann in der zweiten Oktoberhälfte mit dem angekündigten Rücktritt Ernst machte. Der Streit war mit dem Vorwurf der Unterlassung einer gebotenen Information juristisch formuliert worden, doch ging es, wie die weitere Entwicklung zeigte, tatsächlich um einen fundamentalen Auffassungsgegensatz. Als überzeugter Protestant übertrug Heinemann in seiner Kirche verbreitete Schuld- und Sühne-Vorstellungen auf die Politik. Danach hatte das deutsche Volk die Niederlage von 1945 als eine Art Gottesurteil anzusehen und daraus für die Zukunft unter anderem den Schluß zu ziehen, daß ihm »Gott die Waffen aus der Hand geschlagen« habe. Heinemann fand die stärkste Resonanz in Kreisen der evangelischen Kirche und hatte dort seitdem seine zuverlässigsten Stützen. Andersdenkende Protestanten hatten es demgegenüber manchmal schwer, ihren Standpunkt unter Glaubensbrüdern zu vertreten. Wie sich im Laufe der Zeit zeigte, erstreckte sich die Fundamentalopposition nur auf eine relativ schmale Schicht. Der Bundeskanzler hatte die Aufgabe zu lösen, ei-

ne Vereinigung dieser Tendenz mit der im Lande verbreiteten Anti-Wiederbewaffnungs-Stimmung zu verhindern. Dazu wurden Parolen verwendet, welche die Verweigerung des Verteidigungsbeitrags mit einer Begünstigung des Kommunismus gleichsetzten. Das hatte weithin Erfolg. Adenauer erreichte in den Bundestagswahlen von 1953 einen entscheidenden Durchbruch, der es ihm ermöglichte, seinen Kurs weiter durchzuhalten.

Stalin und die Frage der Wiederbewaffnung in beiden deutschen Staaten (1950–1952)

Der Ausbruch des Korea-Krieges bedeutete auch für den sowjetischen Führer einen tiefen Einschnitt. Er hatte Anfang 1950 zunächst die Angriffspläne Pjöngjangs abgelehnt, dann aber dessen Argument akzeptiert, daß kein Risiko drohe und daß mit einem raschen Erfolg der militärischen Operation zu rechnen sei. Seine Verwirrung war groß, als sich beide Voraussagen als falsch erwiesen. Nachdem der amerikanische Außenminister Dean G. Acheson im Januar 1950 ausdrücklich erklärt hatte, Süd-Korea liege außerhalb des Verteidigungsperimeters der USA, fühlte sich Stalin zudem in eine Falle gelockt. Washington, so schien ihm, hatte in Korea eine Intrige angezettelt, um die westeuropäischen Widerstände gegen eine seitens der USA seit langem geplante Kriegsvorbereitung zu überwinden. Als die drei Westmächte im September 1950 erstmals amtlich von einer westdeutschen Wiederbewaffnung sprachen, schien dies die sorgenvollen Mutmaßungen zu bestätigen. Der Kreml sah eine baldige massive Aufstellung westdeutscher Truppen auf sich zukommen. Die seit dem offenen Ausbruch der Ost-West-Konfrontation im Juni 1947 eingeleitete Integration der Westzonen Deutschlands in den sich formierenden Westblock wurde nunmehr augenscheinlich durch die Bereitstellung »westdeutscher Söldner« vervollständigt. Da sich zugleich eine starke militärische Präsenz der USA auf dem europäischen Kontinent anbahnte, ergab sich in dieser Wahrnehmung die unangenehme Aussicht, daß der größere Teil Deutschlands in eine machtvolle strategische Achse gegen die UdSSR einbezogen werden würde.

Angesichts der so gesehenen Herausforderung griff Stalin auf das 1947 geschaffene politische Instrument zurück: auf den Appell an den Einheitswillen der Deutschen. Der Umstand, daß die vorgesehene Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik höchst unpopulär war, schien dem erneuten Bemühen um deutsche Sympathien Erfolg zu verheißen. Am 21. Oktober 1950 wandten sich die östlichen Außenminister in Prag an die Öffentlichkeit mit einem Aufruf gegen die westdeutsche »Remilitarisierung« und für die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates. Diesem Auftakt folgte eine intensive innerdeutsche Kampagne unter der Parole »Deutsche an einen Tisch!« Besonderen Wert legten die ostdeutschen Agitatoren und ihre KPD-Gefolgsleute dabei auf die Forderung, es dürften nicht »Deutsche auf Deutsche schießen«. Zugleich wurde überall verbreitet: »Ami, go home!«

Die östlichen Versuche, die westdeutsche Öffentlichkeit zum Widerstand gegen den angeblich drohenden neuerlichen »Militarismus« zu veranlassen, standen im größeren Zusammenhang einer von der UdSSR seit Beginn der offenen Ost-West-Konfrontation in Gang gesetzten internationalen Friedenskampagne. Als Aufhänger diente die Atombombe; der anvisierte Hauptbösewicht war die USA, deren finstere Machenschaften als akute Gefahr für die gesamte Welt hingestellt wurden. Nach Ausbruch des Korea-Krieges wurde dieser Propagandafeldzug weiter verstärkt und um neue Anklagen — wie etwa die frei erfundene Anschuldigung einer bakteriologischen Kriegführung auf der koreanischen Halbinsel — erweitert. Die sowjetische Seite figurierte in allen Selbstdarstellungen als Kern des »Friedenslagers« in der Welt und suchte die pazifistischen und sonstwie kriegsablehnenden Kräfte in den westlichen Ländern für die Zwecke des antiamerikanischen Kampfes zu instrumentalisieren. Dabei wurde der Eindruck erweckt, als wären die Motive des kommunistischen »Friedenskampfes« und der pazifistischen Bemühungen dieselben. An die Adressaten des eigenen Lagers gewandt, erklärten die kommunistischen Politiker und Propagandisten jedoch, daß der zu sichernde Frieden durch Systemkriterien festgelegt werde. Der friedensbedrohende »Militarismus« ergebe sich aus der Existenz nicht von Militär und Rüstung, sondern bestimmter politisch-gesellschaftlicher Bedingungen. Nach dieser Logik war alles Militärische, was in den »imperialistischen« Ländern des Westens vorhanden war, von vornherein als »militaristisch« zu verurteilen, während alle Truppen und Waffen des »Friedenslagers« auch dann, wenn sie weit umfangreicher waren und großen Lebensbereichen einen militärischen Stempel aufdrückten, als friedensdienlich und damit antimilitaristisch zu gelten hatten.

Die DDR-Regierung wurde aus Moskau dazu veranlaßt, dem Plädoyer der östlichen Staaten für die Einheit Deutschlands einen ins einzelne gehenden Vorschlag nachzuschieben. Am 30. November 1950 wandte sich Ministerpräsident Otto Grotewohl mit einem Brief an Adenauer und regte an, Verständigung statt Kriegsvorbereitung auf die deutsche Tagesordnung zu setzen. Ein »Gesamtdeutscher Konstituierender Rat« solle auf paritätischer Grundlage aus Vertretern beider deutscher Staaten gebildet werden und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung sowie Bedingungen für die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen vorbereiten. Die östliche Seite verpflichtete sich durch dieses — unermüdlich als großartige Wiedervereinigungs-offerte herausgestellte — Anerbieten zu keinerlei Konzessionen. Falls das vorgeschlagene Gremium zustande kam, verfügte das SED-Regime darin von vornherein über die Hälfte der Stimmen und konnte so alle ihm unvorteilhaft erscheinenden Regelungen verhindern. Zudem war die Aussicht auf gesamtdeutsche Wahlen extrem vage gehalten. Es blieb unklar, inwieweit zu irgendeinem Zeitpunkt die Bedingungen dafür als vorhanden angesehen werden konnten, und der Brief ließ auch offen, welcher Wahlmodus gewählt werden könnte und was aus dem Wahlergebnis politisch folgen würde.

Aus westdeutscher Sicht ließ sich daher keine Basis für eine irgendwie befriedigende Deutschland-Regelung erkennen. Nach den Vorstellungen, welche die

demokratischen Parteien der Bundesrepublik seit Anfang 1950 entwickelt hatten, kamen nur uneingeschränkt freie Wahlen als Basis für die Entscheidung über Ordnung und Regierung eines künftigen gesamtdeutschen Staates in Betracht. Daher blieb der Erfolg der östlichen Kampagne weit hinter den Erwartungen ihrer Urheber zurück. Insbesondere gelang es nicht, die gesamtdeutschen Parolen so wirkungsvoll zu gestalten, daß dadurch die gegen die Wiederbewaffnung gerichtete Stimmung in der Bundesrepublik in eine Parteinahme weiter Kreise für die sowjetische Deutschland-Politik transformiert wurde.

Nach langem Zögern entschloß sich Stalin angesichts dieser Schwierigkeiten im Frühherbst 1951 dazu, den westdeutschen Wiedervereinigungserwartungen ein Stück weit entgegenzukommen. Nachdem die drei westlichen Außenminister am 14. September die vorgesehenen Verhandlungen mit der westdeutschen Seite über EVG und Souveränität förmlich beschlossen hatten, trat Grotewohl am folgenden Tag auf ein Signal aus Moskau hin mit einer Deutschland-Stellungnahme an die Öffentlichkeit. Er plädierte für eine »gesamtdeutsche Beratung«, deren Thema »freie Wahlen« sein sollten. Zugleich wurde von dem am Ende des Vorjahres formulierten Verlangen nach paritätischer Zusammensetzung des deutsch-deutschen Gremiums Abstand genommen. Das besagte freilich nicht allzu viel, weil alle Beschlüsse ausdrücklich nur auf der Grundlage wechselseitiger Übereinstimmung gefaßt werden sollten. Grotewohl gab auch keine konkreten Hinweise darauf, welcher Art die vorgeschlagenen freien Wahlen sein sollten. Folglich hingen die Wahlmodalitäten von den erst noch zu treffenden einvernehmlichen Entscheidungen der gesamtdeutschen Beratung — und damit von der durch keine vorherige Verpflichtung eingegengten Zustimmung des SED-Regimes — ab.

Der Skepsis, die sich alsbald in der Bundesrepublik verbreitete, suchte die DDR-Volkskammer am 9. Januar 1952 mit dem Entwurf eines Wahlgesetzes entgegenzuwirken. Dieses Dokument enthielt freilich bei näherem Hinsehen weithin zweideutige und auslegungsfähige Bestimmungen, die vielfältige Handhaben für Manipulationen boten. Dem westdeutschen — von den Westmächten nachdrücklich unterstützten — Vorschlag, die Freiheit des Wahlvorgangs durch eine internationale Kommission im Rahmen der UNO überprüfen bzw. gewährleisten zu lassen, setzten Ost-Berlin und Moskau anhaltenden Widerstand entgegen. Überdies blieb die Frage nach wie vor unbeantwortet, welche Bedeutung den Wahlergebnissen im Prozeß der deutschen Vereinigung gegebenenfalls zugebracht war. Von dem Angebot einer Wiedervereinigung auf demokratischer Basis konnte nach wie vor keine Rede sein. Der Verlauf der in Westdeutschland durchgeführten Kampagne ließ zudem die sowjetische Erwartung erkennen, daß die dort eingesetzten Kaderapparate imstande sein würden, Teile der westdeutschen »Massen« hinreichend zu Protest und Widerstand gegen die »Remilitarisierungspolitik« in der Bundesrepublik zu veranlassen. Diesem Bemühen war jedoch auch weiterhin nur wenig Erfolg beschieden.

Ab Mitte Januar 1952 wurden im Westen bei den sechsseitigen Verhandlungen über die EVG die entscheidenden Hürden genommen. Das konfrontierte

die Leiter der sowjetischen Außenpolitik mit der unmittelbaren Aussicht auf Aufstellung westdeutscher Truppen. Daher erwirkte nunmehr der stellvertretende Außenminister Andreij A. Gromyko bei Stalin die Genehmigung für das Ingangsetzen einer Notenoffensive, die seit dem Sommer des vorangegangenen Jahres vorbereitet worden war und die inhaltlich bereits im September 1951 die Billigung des sowjetischen Führers erhalten hatte. Wie in Moskau vorher festgelegt, wandte sich die DDR am 13. Februar 1952 an die vier Mächte mit dem Ersuchen, in baldiger Frist eine Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland einzuleiten. Gemäß dem seit langem festliegenden Aktionsprogramm überreichte der Chef der Diplomatischen Mission der UdSSR in der DDR, Botschafter Georgij M. Puschkin, wenig später in Ost-Berlin die zustimmende Antwort der sowjetischen Regierung. Nach einigen Wochen, die den Eindruck einer durch die ostdeutsche Initiative ausgelösten sowjetischen Überlegung hervorzurufen bestimmt war, schickte der Kreml am 10. März 1952 eine seit Monaten bereitliegende Deutschland-Note an die Regierungen in Washington, London und Paris. Darin wurde die Forderung nach Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland wiederholt. Beigefügt wurden Grundsätze, die für diese Regelung maßgebend sein sollten. Diese waren in der hergebrachten sowjetischen Terminologie gehalten und enthielten kaum Neues, wenn man von der erweiterten Forderung nach nationalen Streitkräften für das vereinigte Deutschland und dem neu formulierten Verlangen nach Zulassung ehemaliger Nationalsozialisten und Militärs zum »demokratischen« Aufbau im Lande absieht. Das entscheidende Novum war die Intensität, mit der sich die sowjetische Regierung für eine Deutschland-Regelung aussprach und damit deutsche Hoffnungen auf die Wiedervereinigung weckte.

Das führte — weniger zur damaligen Zeit als einige Jahre später — in der Bundesrepublik zu einer Diskussion darüber, ob es sich bei dieser Offerte um die Gelegenheit zu einer Wiedergewinnung der staatlichen Einheit auf demokratischer Basis gehandelt habe. Aufgrund der Akten, die aus dem Archiv des Moskauer Außenministeriums und neuerdings auch aus dem Archiv des russischen Präsidenten bekannt geworden sind, ist diese Frage negativ zu beantworten. Ebenso lassen die bisher zugänglich gewordenen Dokumente über die Instruktionen der UdSSR und der DDR an die westdeutschen Kommunisten auf andere Zwecke als Verhandlung und Ausgleich schließen. Ihnen zufolge ging es um eine antiwestliche Mobilisierung der westdeutschen Öffentlichkeit mit dem Ziel, in einer ersten Etappe den Sturz Adenauers und seiner Regierung herbeizuführen. Auch ist die Tatsache, daß gleichzeitig Vorbereitungen für Sperrmaßnahmen an der innerdeutschen Grenze und für den forcierten »Aufbau des Sozialismus« in der DDR anliefen, nicht mit der Annahme zu vereinbaren, daß sich die sowjetische Absicht auf einen diplomatischen Dialog gerichtet habe. In die gleiche Richtung weist auch die Tatsache, daß die westlichen Botschaften während des Frühjahrs und Sommers 1952 von so gut wie allen Kontakten zur sowjetischen Regierung abgeschnitten wurden. Während

der folgenden Wochen und Monate gelang es dem Kreml nicht, die Politik Adenauers innenpolitisch zu konterkarieren. Der entscheidende Grund für den Mißerfolg lag darin, daß Stalin der Sicherung seiner Macht über die DDR den Vorrang vor allen anderen Erwägungen einräumte und daher nicht zu einem substantiellen Entgegenkommen in der Wiedervereinigungsfrage bereit war.

Der Fortgang der lange vor 1950 angelaufenen Wiederbewaffnung in der DDR wurde weder durch den Wandel des militärischen Kräfteverhältnisses nach Ausbruch des Korea-Krieges noch durch den Verlauf der gesamtdeutschen Kampagnen beeinflußt. Nachdem bereits bis zum Frühjahr 1950 zahlreiche Heereskader und daneben auch erste Marineverbände in Dienst gestellt worden waren, folgte am 15. November 1951 eine Anweisung Stalins an das Streitkräfteministerium seines Landes, von 1952 bis 1954 220 ostdeutsche Luftwaffenpiloten in der UdSSR auszubilden. Gleichzeitig begann die sowjetische Seite in der DDR, den Grundstock für entsprechendes Bodenpersonal zu schaffen. Des weiteren wurde im Januar 1951 eine Umorganisation der ostdeutschen Landtruppen verfügt. Die bisherigen kleinen, jeweils nur aus Angehörigen einer einzigen Waffengattung bestehenden Einheiten wurden zu größeren gemischten Verbänden, sogenannten »Volkspolizeidienststellen«, zusammengefügt. Auf diese Weise entstanden 24 gleichartig gegliederte und ausgerüstete Kaderformationen mit einer Sollstärke von insgesamt 60 000 Mann.

Die Heranbildung des östlichen Militärpersonals vollzog sich weiterhin unter strikter Geheimhaltung. Die Angehörigen der kasernierten Truppen durften sich in der Öffentlichkeit nicht uniformiert zeigen. Der Anschein, daß es sich um bloße Polizeikräfte handele, wurde durch eine das Militärische verfremdende Benennung von Formationen, Dienstgraden und ähnlichem gewahrt. Auf diese Weise suchten sich Besatzungsmacht und DDR vor dem Vorwurf zu schützen, daß sie die Entmilitarisierungsvorschriften der Nachkriegszeit mißachteten und selbst eine — von ihnen in Westdeutschland ständig gerügte — »Remilitarisierung« einleiteten. Dieses Bemühen hatte freilich nur teilweisen Erfolg: Zumindest die westlichen Regierungen waren in groben Umrissen über das östliche Vorgehen informiert. Zugleich erwies es sich im Laufe der Zeit als ein immer schwieriger zu überwindendes psychologisch-politisches Handicap, daß sich die ostdeutschen Soldaten vor der Öffentlichkeit verstecken mußten. Es entstand unter ihnen weithin das Gefühl, kein legitimes Existenzrecht zu besitzen. Auch war es nicht selten bei der Anwerbung von Ausbildungskandidaten ein Problem, daß sich die Betroffenen auf Grund der ihnen gegenüber verwendeten Terminologie auf die Übernahme polizeilicher Pflichten einstellten und dann Widerwillen gegen die ihnen unversehens zugemuteten militärischen Aufgaben zeigten. Daher scheinen wichtige ostdeutsche Persönlichkeiten zu der Ansicht gelangt zu sein, die polizeiliche Tarnung solle möglichst bald abgelegt werden. Die Überlegung gewann um so größere Überzeugungskraft, je mehr der westdeutsche Verteidigungsbeitrag näherzurücken schien.

Dementsprechend sah das sowjetische Außenministerium in den Entwürfen, die es ab Frühherbst 1951 für eine Deutschland-Note an die drei Westmächte anfertigte, von Anfang an auch die Aufstellung nationaler deutscher Streitkräfte vor. Die entsprechenden Vorschläge in der Note vom 10. März 1952 wurden zum Signal einer Kampagne für die Aufstellung »nationaler Streitkräfte« in der DDR. Anfänglich war noch nicht klar zu erkennen, ob das so propagierte Militär nur in dem geforderten künftigen Gesamtdeutschland oder aber im ostdeutschen Teilstaat seinen Ort haben sollte. Im Laufe des April und Mai 1952 jedoch wurde der Bezug zur DDR immer eindeutiger; zunehmend war von einer »Verteidigung der Heimat« oder vom militärischen Schutz der DDR vor »imperialistischer« Bedrohung die Rede. In den Besprechungen Stalins mit der SED-Führung am 1. und 7. April 1952 spielten die vom ostdeutschen Staat zu ergreifenden militärischen Maßnahmen eine zentrale Rolle.

Die Vermutung, daß auf diese Weise eine förmliche Proklamierung der bestehenden Streitmacht zu einer Nationalarmee vorbereitet werden sollte, wird durch verschiedene Vorgänge im Frühjahr und Sommer 1952 gestützt. Die Ablösung des polizeilichen Rahmens durch eine offen militärische Organisation für die kasernierten Kräfte in der DDR war bereits am 1. April 1952 einer der zentralen Gesprächsgegenstände für Stalin und die ostdeutschen Spitzenfunktionäre. In den Dokumenten der 2. Parteikonferenz der SED, die den forcierten »Aufbau des Sozialismus« zum offiziellen Programm erhob, wurde mehrfach »Angehörige der bewaffneten Organe begrüßen die Delegierten der 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Juli 1952)«



die Schaffung von Streitkräften gefordert. Das paßt zu — freilich unbestätigten — Meldungen, denen zufolge die SED-Führung zuerst auf der Parteikonferenz und dann nochmals zum DDR-Gründungstag im Oktober 1952 mit einem sowjetischen Ja für einen formellen Akt der Gründung eines ostdeutschen Militärs rechnete. Die angeblich fest erwartete sowjetische Zustimmung blieb freilich aus — wahrscheinlich darum, weil sich die westdeutsche Wiederbewaffnung länger verzögerte als in Moskau zunächst erwartet. Angesichts dessen dürfte es dem Kreml nicht mehr zweckmäßig erschienen sein, mit der Aufstellung militärischer Kräfte offen hervorzutreten. Man hätte sich so als Initiator jener »Remilitarisierung« in Deutschland zu erkennen gegeben, gegen die man sich stets propagandistisch gewandt hatte. Auch wäre zu befürchten gewesen, daß sich die in den westlichen Ländern opponierenden und zögernden Kräfte durch östliches Vorpreschen zu einer Änderung ihrer Einstellung gegenüber dem westdeutschen Verteidigungsbeitrag hätten veranlaßt sehen können. Nur wenn man — so wie bei der Proklamierung der DDR im Oktober 1949 — das eigene Vorgehen als Reaktion auf westliche Schritte hinstellen konnte, war dieses mit der nach wie vor laufenden Propaganda für die deutsche Einheit vereinbar.

Die Wiederbewaffnung beider Teile Deutschlands im Vergleich

Beim Vergleich der Wiederbewaffnungsvorgänge im Osten und Westen Deutschlands springen gravierende Unterschiede ins Auge. Im Osten wurde der grundsätzliche Beschluß zur Aufstellung von Truppen von der Besatzungsmacht lange *vor* dem Entstehen eines Staatswesens gefaßt. Seitdem war die Richtung unzweideutig festgelegt, von der dann nicht mehr abgewichen wurde. Der frühe Zeitpunkt der grundlegenden Entscheidung führte dazu, daß sich die sowjetische Seite im Besitz der ausschließlichen Initiative und uneingeschränkten Kontrolle über die weitere Entwicklung befand. Ungeachtet der Zuerkennung innen- und außenpolitischer Kompetenzen an die DDR bei deren Ausrufung im Oktober 1949, behielt die UdSSR ihren bestimmenden Einfluß auf alle politisch wichtigen ostdeutschen Vorgänge während der gesamten hier betrachteten Zeitspanne ohne erkennbare Einschränkungen bei. Im Westen Deutschlands dagegen kamen ernsthafte Überlegungen über die Schaffung eines militärischen Instruments erst *nach* Beginn der deutschen Staatlichkeit in Gang. Adenauer konnte als gewählter oberster Repräsentant des Volkes von vornherein entscheidend auf die Entwicklungen einwirken.

Auf den späten Anfang der Wiederbewaffnungserwägungen folgten allerdings nicht endenwollende weitere Verzögerungen mit dem Ergebnis, daß eine Entscheidung erst 1955 — acht Jahre nach dem entsprechenden sowjetischen Beschluß für den östlichen Landesteil — zustande kam. Die Schwierigkeiten im Westen waren in nur relativ geringem Ausmaß auf die von deutscher Seite gestellten Forderungen zurückzuführen. Vielmehr sorgten primär Konflikte unter

den westlichen Ländern für die Verzögerungen, während einem Einvernehmen über die maßvollen und realitätsgemäßen Vorstellungen Adenauers niemals unüberwindliche Hindernisse entgegenstanden. Zwischen den Besatzungsmächten und der Regierung des okkupierten Landes kam es zu einem von Interessengemeinsamkeiten und Interessengegensätzen bestimmten Zusammenspiel, welches das wechselseitige Verhältnis zunehmend normalisierte. Aller Hindernisse und Rückschläge ungeachtet, bildete sich tendenziell eine partnerschaftliche Beziehung heraus, die der deutschen Seite allmählich einen gleichberechtigten Status verschaffte.

Der Gleichberechtigungsprozeß wurde durch die zwischen den Besatzungsmächten aufbrechenden Konflikte beschleunigt. Es kam dabei immer wieder zu Interessenkoalitionen zwischen der Bundesrepublik und einer der Westmächte, namentlich den USA. Dadurch wurde die anfänglich strikt gewährte politische Einheitsfront der Besatzungsmächte gegenüber den Besetzten zuerst relativ und dann gänzlich aufgelöst. Adenauer und seine Berater sahen sich zwar zunächst von den Beratungen und Entscheidungen der Westmächte ausgeschlossen und erhielten vielfach nicht einmal Kenntnis von wichtigen Entwicklungen der innerwestlichen Auseinandersetzung, aber binnen Jahresfrist gelang es ihnen, diese diskriminierende Behandlung zunehmend einzuschränken. Auch bezüglich der Verhandlungsergebnisse setzten sie im Laufe der Zeit immer mehr Gleichberechtigung durch. Die in den Verträgen von Paris und Bonn im Mai 1952 enthaltenen Regelungen wiesen allerdings noch erhebliche Schönheitsfehler auf; sie konnten sich aber insgesamt schon sehen lassen — und das nicht nur, wenn man die dadurch geschaffene Lage mit der früheren Situation verglich. Das alles steht in auffälligem Gegensatz zum militärischen Aufbau in der Sowjetzone bzw. DDR, wo die wesentlichen Maßnahmen stets allein auf Betreiben der Besatzungsmacht getroffen wurden. Unter den im Reich Stalins herrschenden Systembedingungen waren Auseinandersetzungen über die der deutschen Seite einzuräumenden Rechte von vornherein undenkbar.

Mit diesem Tatbestand kontrastiert der äußere Anschein. Während die Truppen der Bundesrepublik von vornherein in internationale Strukturen eingegliedert werden sollten, blieb das ostdeutsche Militär separat und somit scheinbar national und selbständig. Dieses ließ sich daher im Widerspruch zu den realen Gegebenheiten als eine nationale Streitmacht hinstellen, als später offiziell von einem aus Deutschen bestehenden Militärverband die Rede sein durfte. Demgegenüber figurierte der erwogene westdeutsche Verteidigungsbeitrag seit den ersten »Remilitarisierungs«-Anklagen gegen den Westen in den späten vierziger Jahren in der östlichen Darstellung stets als eine Söldnertruppe, die für fremde Zwecke »verheizt« werden solle. Der Umstand, daß die Bundesrepublik ein Kontingent zu einer europäisch oder ähnlich benannten internationalen Armee stellen sollte, wurde als offenkundiger Beweis für diese Anklage angeführt.

Bei dieser Darstellung wurde das Spezifikum des sich herausbildenden westlichen Konzepts der Integration außer Betracht gelassen. Dieses machte

das nicht nur im Osten, sondern auch im Westen bestehende Bedürfnis, deutsche Waffenträger auswärtiger Kontrolle zu unterstellen, für die westdeutsche Seite annehmbar, indem die Partner gleichermaßen übernationale Pflichten und Auflagen übernehmen mußten. Das damit eingeführte Prinzip der Wechselseitigkeit eliminierte den Diskriminierungseffekt, der andernfalls für die Bundesrepublik auf dem heiklen Feld der Wiederbewaffnung unausweichlich gewesen wäre. Das galt allerdings zunächst mehr prinzipiell als real. In den praktischen Details wurden Bonn anfänglich sehr viele einseitige Einschränkungen mit diskriminierender Wirkung zugemutet. Die langen Verzögerungen, die bei der ab 1950 geplanten Wiederbewaffnung immer wieder eintraten, bewahrten freilich die westdeutsche Seite weithin davor, daß diese Zumutungen praktische Wirklichkeit wurden. Als Ergebnis langwieriger Verhandlungen wurden die anfänglich vorgesehenen Benachteiligungen meist schon wieder beseitigt, ehe sie in die Praxis umgesetzt waren. Das ergab sich unter anderem daraus, daß die EVG niemals Wirklichkeit wurde. Die Bonner und Pariser Verträge von 1952 hatten noch erhebliche Diskriminierungen enthalten, die dann aber im Herbst 1954 bei den Gesprächen über eine Ersatzlösung weitgehend abgebaut wurden. Dafür verzögerte sich freilich auch die Ablösung des Besatzungsstatuts bis Mai 1955. Informell jedoch wurde die Bundesrepublik, nachdem sie Verträge ratifiziert hatte, weithin schon so behandelt, als wären diese bereits wirksam.

Mit dieser Entwicklung kontrastierte die Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands: Dort wurden generell keine Grenzen für die von der sowjetischen Besatzungsmacht beanspruchten Befugnisse festgelegt. Schon 1949 fehlte dort jene — wenn auch noch geringe — Selbstbeschränkung, die sich die drei westlichen Staaten gegenüber der Bundesrepublik auferlegten, indem sie ihre Befugnisse im Besatzungsstatut formulierten und damit begrenzten. Auch in der Folgezeit ist — zumindest bis zum Sommer 1953 — kein Indiz dafür festzustellen, daß sich die sowjetischen Okkupationsbehörden der Möglichkeit begeben hätten, beliebig in die Angelegenheiten der DDR einzugreifen. Diese Lage muß vor dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, daß die UdSSR innerhalb ihres Lagers — also auch dort, wo sie keine Besatzungsrechte geltend machen konnte — grundsätzlich überall die letzte Entscheidung für sich in Anspruch nahm.

Ausgewähltes Literaturverzeichnis

Nachfolgend sind nur Buchwerke und — soweit solche fehlen — auch Einzelaufsätze aufgeführt, die von zentraler Wichtigkeit für das Wiederbewaffnungsthema im engeren Sinne sind. Nicht berücksichtigt werden daher Untersuchungen über den weiteren politischen Kontext. Der Autor stützt sich allerdings in großem Umfang auf diese hier ungenannte Literatur. Diese besteht, was die neueren, auf der Verwertung von Archivadokumenten der frühe-

ren UdSSR und DDR beruhenden Unternehmungen anbelangt, derzeit noch weithin aus verstreuten Aufsätzen und unpublizierten Arbeitspapieren.

- Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd 1: Von der Kapitulation zum Plevan-Plan. Mit Beiträgen von Roland G. Foerster, Christian Greiner, Georg Meyer, Hans-Jürgen Rautenberg und Norbert Wiggershaus, München 1982; Bd 2: Die EVG-Phase. Mit Beiträgen von Lutz Köllner, Klaus A. Maier, Wilhelm Meier-Dörnberg und Hans-Erich Volkmann, München 1989; Bd 3: Die NATO-Option. Mit Beiträgen von Hans Ehlert, Christian Greiner, Georg Meyer und Bruno Thoß, München 1993;
- Die Deutschlandfrage von der staatlichen Teilung Deutschlands bis zum Tode Stalins, hrsg. vom Göttinger Arbeitskreis, Berlin 1994.
- Wilhelm Pieck — Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, hrsg. von Rolf Badstübner und Wilfried Loth, Berlin 1994.
- Hermann-Josef Rupieper, Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955, Opladen 1991 (= Studien zur Sozialwissenschaft, Bd 95).
- Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986.
- Die westliche Sicherheitsgemeinschaft 1948–1950. Gemeinsame Probleme und grundsätzliche Nationalinteressen in der Gründungsphase der Nordatlantischen Allianz, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von N. Wiggershaus und R.G. Foerster, Boppard 1988 (= Militärgeschichte seit 1945, Bd 8).
- Volksarmee schaffen — ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer »verdeckten Ausrüstung« in der SBZ/DDR 1947–1952, hrsg. von Bruno Thoß, München 1994 (= Beiträge zur Militärgeschichte, Bd 51).
- Gerhard Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967 (= Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bd 25).
- Ders., Neue Erkenntnisse aus sowjetischen Geheimdokumenten über den militärischen Aufbau in der SBZ/DDR 1947–1952, in: MGM, 53 (1994), S. 399–419.

Rolf Friedemann Pauls

Adenauer und die Soldaten

Im Herbst 1948 wollte der Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, eine Beurteilung der militärischen Sicherheitslage von einem dazu befähigten Soldaten hören. Ich schlug über Adenauers engen Berater Herbert Blankenhorn meinen Regimentskameraden Generalleutnant a.D. Hans Speidel vor. Ich hatte Speidel als Ordonnanz- und Generalstabsoffizier im Krieg gedient, in West und Ost und das letzte Kriegsjahr wieder im Westen. Im Drama des Krieges und der Diktatur waren wir Freunde geworden.

Er war nach dem 20. Juli 1944 als Chef des Generalstabs der Heeresgruppe des Feldmarschalls Erwin Rommel verhaftet worden und hatte überlebt. Er war politisch ohne Tadel und fachlich hoch befähigt.

Nach dem Vortrag schien Adenauer etwas irritiert zu sein, weil dieser General, hoch kultiviert, erlesen eloquent, historisch-politisch gebildet, so ganz anders war, als er sich einen General vorgestellt hatte. Vielleicht war er ihm auch zu politisch, nicht innenpolitisch, aber außenpolitisch zu interessiert. Es blieb ein Spannungsverhältnis. Als Jahre später Charles de Gaulle Speidels Abschied aus seinem NATO-Kommando verlangte, weil dieser in einem Buch die Rolle der französischen Streitkräfte in der Invasionsschlacht wirklichkeitsnäher dargestellt hatte, als de Gaulle es sehen mochte, folgte der Bundeskanzler diesem Wunsch. Sein zweiter früher Berater, Generalleutnant Adolf Heusinger lag ihm mehr. Er war leise und freundlich, hatte viel von einem Gelehrten an sich, der zwar brillant ist, aber nicht brilliert. Von allen Generälen der Bundeswehr hat Adenauer ihn wohl am meisten geschätzt.

Ein Jahr später begleitete ich Adenauer auf dem Weg von der ersten Bundeskanzlei, dem Museum König, zum Palais Schaumburg. Wir gingen an der Villa Hammerschmidt vorbei, in der noch der Belgische Kommandierende General residierte. Davor ein Doppelposten unter Gewehr. Als wir ihn passierten, deutete Adenauer auf die Soldaten und sagte: »Das wollen wir auch wieder haben.« Ich hatte das Gefühl, daß er es mehr zu sich als zu mir sagte. Als ich es Blankenhorn erzählte, war der kaum erstaunt: »Das wird auf uns zukommen.«

Adenauers Vater war in jungen Jahren mit Auszeichnung und Beförderung Soldat gewesen, hatte dann aber seine Laufbahn im Justizdienst gemacht. Konrad Adenauer selbst hatte nicht gedient. Seine Heimatstadt Köln war schon gegen die Kurfürstlichen Erzbischöfe aufmüpfig gewesen und 1815 nur ungern zu Preußen gekommen. Man sah alles Staatlich-Preußische weitgehend synonym mit Militär.

Seine Jugend fiel in die vom Kulturkampf überschattete katholische Realität Kölns, in dem die politische Meinung stark vom oppositionellen Zentrum bestimmt wurde. Nichts Militär-Freundliches! Nach dem Ersten Weltkrieg hatte er in dem entmilitarisierten Rheinland kaum Kontakte mit Offizieren. Das Offizierskorps der Reichswehr galt als der Republik gegenüber reserviert, der er als Präsident des Preußischen Staatsrates diente.

Aus den 30er und späteren Jahren sind kritische Äußerungen von ihm bekannt geworden. Er war auch an sich schon anderen gegenüber reserviert. Hier wohl vermehrt. Aber er hat auch gute Erfahrungen mit Offizieren gemacht. So hat ihm Major Hans Schliebusch im September 1944 bei der Flucht geholfen. Er beobachtete Menschen sehr scharf.

Der hochintelligente und auch außerordentlich kluge Mann war ganz und gar Realist. So war für ihn ein Staat nur dann wirklich souverän, wenn er auch über Militär verfügte. Ein Staat ohne jedes Militär sei kein Staat. So hat er früh, ehe ein Heer geplant werden konnte, dafür gesorgt, daß der Bund in der Form des Bundesgrenzschutzes eine Polizeitruppe bekam.

Die Ironie wollte es, daß dieser große Herr und ganz Zivilist, der er war, in Erscheinung und Auftreten wie ein Kommandierender General allerbesten Typs wirkte. Er strahlte Autorität aus, wie ich es sonst nur noch bei dem chinesischen Außenminister Chou-En-Lai empfunden habe, der von Adenauer immer als »Ihr alter Herr« sprach.

Der Zugang zum Militär liegt bei Adenauer in seinem Verhältnis zur Macht. Er war alles andere als ein Imperialist. Aber er war von der Notwendigkeit von Macht, staatlicher Macht, überzeugt und davon, daß ein Staat nur, wenn er sich verteidigen könne, überlebensfähig sei und daher ohne Militär nicht auskomme. Er war kein Intellektueller, sondern ein Tatmensch. Er konnte zaudern. Aber wenn er sich zum Handeln entschlossen hatte, setzte er alle Kraft und Geduld für die Durchsetzung ein. So war sein Verhältnis zu Militär und Offizierskorps nicht persönlich, sondern institutionell und unsentimental. Er brauchte die Institution aus politischer Notwendigkeit, nicht als letzten Sinn der Macht, sondern als friedenssicherndes Element.

Bei seinem hochentwickelten Sinn für Repräsentation sah er den Nutzen des Militärs für diesen Zweck und er wollte, daß es sich, den Staat und auch ihn gut und werbend präsentierte. Ja, auch ihn, denn kein Element der neuen Staatlichkeit war so sehr sein Geschöpf, wie die Sicherheitspolitik und diese Bündnisarmee. Adenauer sah die Existenzbedrohung der jungen Bundesrepublik durch die sowjetische Macht und Politik voller Sorge und war überzeugt, daß wir von den anderen zu unserem Schutz nicht mehr verlangen konnten, als wir selber zu geben bereit waren. Aber er sah auch die deutsche Chance, durch eine volle Teilnahme an der Sicherung des Westens Niederlage und Unterwerfung unter das Besatzungsregime zu überwinden, ohne diesen Einsatz aber auf halbem Wege steckenzubleiben. Dazu brauchte er Soldaten, brauchte er Streitkräfte, ohne die er keine Rückkehr in die Souveränität sah, ohne an die Wiederherstellung überholter Zustände zu denken. Er brauchte die Truppen nicht um ihrer

selbst willen, sondern als politisches Instrument. Er sah voller Sorge die sowjetische Bedrohung, aber auch die in ihrer Meisterung liegende staatsmännische Chance.

Deshalb kam es ihm bei der Wiederbewaffnung auch zunächst und vor allem auf Quantität, auf politisch bald wirksame Masse an, nicht so sehr auf Qualität der Truppe, von der er auch noch keine rechte Vorstellung haben konnte.

Adenauer ist Gefühlskälte vorgeworfen worden. Ich meine, zu Unrecht. Er war zurückhaltend, aber nicht gefühllos. Er konnte, wo er die Notwendigkeit sah, sehr fürsorglich sein und sich so auch äußern und handeln. Die Fürsorge für die Soldaten hat ihn vom Anfang der Bundeswehrpolitik an beschäftigt.

Er wollte keine Europäische Armee und war besorgt, daß eine nationale Armee den »Generalen in den Kopf steigen« könne.

Er äußerte 1954 dem amerikanischen Außenminister John Foster Dulles gegenüber seine Sorge vor einer Wiederkehr der »Preußischen Militärkaste« und ließ sich unterrichten, wie die Amerikaner das Problem der politischen zivilen Kontrolle lösten.

Das System, das für diese Art von Kontrolle der jungen Bundeswehr entwickelt wurde, war stark beeinflußt von dem ostentativen Mißtrauen des Kanzlers gegenüber den Generalen beziehungsweise Offizieren. Die politische bzw. zivile Kontrolle wurde dabei verfassungsgemäß zu einer Kontrolle der Soldaten durch Beamte, wobei einige, die aus der nächsten Umgebung Adenauers kamen, eine maßgebliche Rolle spielten.

Das war wenig hilfreich für die Entwicklung eines modernen Stils einer eigenen Persönlichkeit in dem neuen Offizierskorps. Wenn das nicht mehr Schaden angerichtet hat, so war es ein Verdienst des sich unermüdlich aber glücklos in seiner Aufgabe verzehrenden Theo Blank und der menschlichen und fachlichen Qualität seines Stabes. Das unbestreitbare Versagen der Marschälle und der hohen Generale — mit wenigen tragischen Ausnahmen — gegenüber Adolf Hitler war tendenziös zu einer besonderen Schuld der Offiziere insgesamt hochstilisiert worden, als ob andere Gruppen und Schichten heldenhaft widerstanden hätten, und nicht Offiziere, wenn auch zu spät, letztlich etwas getan hätten. Der Kanzler selbst hat den verfassungsgemäßen Primat der Politik nicht verfremdend überinterpretiert, hat diese Übertreibung aber geduldet.

Die Politik der Wiederbewaffnung war wenige Jahre nach dem Kriegsende nicht nur außenpolitisch riskant, sondern aus der Urangst vor dem Krieg vor allem innenpolitisch ein unerhörtes Wagnis, das seine von ihm geführte Partei bei der nächsten Wahl ins Abseits stürzen konnte und noch Schlimmeres als das. Adenauer war sich darüber völlig klar und hat darum mit sich und in Gesprächen mit anderen gerungen. Da zeigte sich, daß das deutsche Volk damals so große Politik und soviel Mut, oder war es Tapferkeit, richtig zu verstehen und zu würdigen wußte. Daraus resultierte 1957 die einzige absolute Mehrheit einer Partei auf Bundesebene.

Er lernte auch alle militärischen Führer der verbündeten Mächte kennen und hörte ihnen konzentriert zu. Mit seinem hellwachen Sinn und Blick für das We-

sentliche erwarb er sich eine sichere Kenntnis der großen Zusammenhänge und wichtiger Einzelheiten auf diesem, ihm fremd gewesenen Gebiet, das aber ein unerläßlicher Bestandteil internationaler Beziehungen war und bis heute geblieben ist. Der Kanzler folgte stundenlangen Diskussionen auch über ihm nicht so naheliegende Gebiete wie z.B. militärische oder auch Etatfragen mit völlig gelassener konzentrierter Aufmerksamkeit. Wenn dann der Eindruck entstand, die Diskussion falle auseinander und wiederhole sich, dann war es ein unbeschreibliches Vergnügen mitzuerleben, wie er das Wort nahm und aus dem Stegreif ganz knapp und klar auf das Wesentliche konzentrierend das ihm Geheime und Erwünschte plastisch skizzierte und zum Konsens aller Beteiligten erhob. Der Meister hatte gesprochen.

Ihm zuhörend konnte man erleben, daß glasklare, holzschnittartige Formulierungen nicht Ausdruck eines simplen Gemüts sind, sondern Ergebnis eines höchst intensiven, komplizierten Denkprozesses, der zu klaren, einfachen Resultaten führte und diese unverschnörkelt ausdrückte.

Er vermochte zu vermitteln, daß ausgreifendes Reden oft Ausdruck eines noch nicht abgeschlossenen, sondern sich ergehenden Denkprozesses ist, nicht aber Zeichen eines besonders reichen und umfassenden Geistes seines Diskussi-

Manöverbesuch 1958. V.l.n.r.: Bundesminister für Verteidigung Franz Josef Strauß, Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, Inspekteur des Heeres Generalleutnant Hans Röttiger



onspartners. Vom Temperament her und aus der Geschichte hatte Konrad Adenauer sicher keine Vorliebe für das Militärische und für Soldaten. Aber es vervollkommt das Instrumentarium des Staatsmannes. Das heißt, zur Rückgewinnung und zur Sicherung des Friedens kommt er ohne dieses Mittel nicht aus. Wie immer er Soldaten gegenüber gefühlt hat, als ihr verantwortlicher Oberfehlshaber hat er sich bestimmt gefühlt und das mit Recht.

Gerhard Kunze

Feind und Kamerad

Fünf Jahre nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 sind die Ansichten zur deutschen Geschichte von 1945 bis 1990 geteilt. Viele ehemalige ostdeutsche Militärs sahen ihre Biographie zerstört, als ihre nach dem bisherigen Recht der DDR bestehenden soldatischen Rechte und Pflichten erloschen. Die eigene Identität zu behalten heißt für mich aber, die eigene Vergangenheit nicht zu leugnen, sie richtig zu bewerten, die Gegenwart vorbehaltlos anzunehmen und die Zukunft aktiv mitzugestalten. Meine Darlegungen möchten einen Beitrag zum Verständnis der Handlungsmotive meiner Generation leisten.

Vom Pimpf zum Soldaten der Wehrmacht

Als Sohn eines Bergmannes im Mansfelder Land 1923 geboren, hatte ich keine andere Wahl, als die Volksschule zu besuchen. Schul- und Lehrzeit 1930–1941 fielen mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten zusammen. Natürlich wurde mein kindliches Weltbild davon mitgeprägt. Vater, Bruder und die Männer meiner Schwestern hatten wieder Arbeit. Ihr Einkommen stieg. Das Leben wurde leichter. Mutter verdiente mit Näharbeiten dazu. Da mein Lehrer Rühlmann Reserveoffizier der Wehrmacht war, hat er wohl auch Gefühle für militärische Disziplin und Patriotismus in uns geweckt. Ich las gerne Abenteuer-, Reise- und Forschungsberichte.

Die dörflichen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten, SPD-Leuten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten ließen uns Kinder ziemlich unberührt. Mit zehn Jahren wurde ich 1933 trotzdem ein begeisterter Pimpf bei der Hitler-Jugend und freute mich über die erste Uniform. Es machte Spaß, mit gleichaltrigen Jungen zu marschieren und Manöver zu spielen. Fahrten, Lager und Aufmärsche waren für uns immer Ereignisse, die den tristen dörflichen Alltag belebten. Daß wir damit für den geplanten Krieg vorbereitet wurden, ahnte kaum einer von uns. Eine Uniform mit bunter Schnur zu tragen und anderen Befehle erteilen zu können, fand ich erstrebenswert. Unsere Lieder besangen die Fahne, »die mehr als der Tod« sein sollte und den »Führer«, dem »wir gehören wollten«. Ich bewunderte die »Helden« in Feldgrau, Marine oder Fliegerblau, und machte mir keine Gedanken über die Rechte anderer Völker.

Als Freiwilliger für »Großdeutschland«

Nach der Lehrzeit 1941 erhob sich die Frage: Was nun? Werde ich durch das Werk unabkömmlich gestellt und als Drehergeselle weiter beschäftigt oder bald als Soldat einberufen? Ich wartete nicht ab, sondern nutzte die Möglichkeit, mich freiwillig für die Ausbildung an einer Unteroffiziersschule zu bewerben und verpflichtete mich für zwölf Dienstjahre. Wer wie ich aus Arbeiterverhältnissen stammte, ging meist aus Versorgungsgründen zur Armee. Nach zwölfjähriger Dienstzeit erlangte man den Anspruch auf eine Beschäftigung im Staatsdienst mit Pensionsberechtigung — und sei es als Postbeamter oder Dorfpolizist. Unteroffiziere der Wehrmacht hatten in der Regel eine gute pädagogisch-didaktische, waffentechnische und militärtaktische Ausbildung. Sie waren meist nicht, wie oft hingestellt, die dummen, brutalen Driller und Menschenschinder. Sogar in der Kriegszeit erhielt ich eine zweijährige Ausbildung an den Heeresunteroffiziersschulen Treptow, Putlos und Eisenach 1941/42.

Unsere Ausbilder waren fronterfahrene Unteroffiziere und Offiziere, mit hohen Kriegsauszeichnungen dekoriert. Die Unteroffiziersschüler wurden deutsch-national hoch motiviert, aber nicht unbedingt mit nationalsozialistischer Parteideologie infiziert. Wir waren überzeugte Soldaten für Deutschland. Als die 6. Armee 1942 in Stalingrad unterging, meldeten sich alle Schüler freiwillig an die Front. Den ab 1942/43 als Ausbilder zur Unteroffiziersschule für schnelle Truppen (Eisenach) kommandierten SS-Scharführern begegneten wir ablehnend.

Meine Kommandierung zur Truppe, zur Stammdienststelle des Panzerregimentes der Division »Großdeutschland« in Cottbus, war eher Zufall, es hätte auch eine normale Panzerdivision oder eine SS-Panzerdivision sein können. Die Zeit in Cottbus verlief ganz angenehm. Man ließ uns noch einmal das Leben in vollen Zügen genießen, bevor es im April 1943 an die Ostfront ging. Im Raum Poltawa angekommen, ging es mit LKW weiter nach vorn. Unsere Panzer hatten noch Afrika-Tarnanstrich und wir versahen sie mit schwarzen Flecken. Bewegt wurden sie erst beim Marsch in die Ausgangsstellung. Wir marschierten in der Nacht, und ich empfand es noch als romantisch, grüne Leuchtspurstreifen am Himmel zu sehen.

In den frühen Morgenstunden des 5. Juni 1943 war die Idylle zu Ende. Die Kompanie, in Keil vorwärts aufgefahren, geriet unter Artilleriefeuer und es gab die ersten Verluste. Dazu gehörte auch mein Zugführer, ein Oberleutnant. Das Signal »Vorwärts« empfanden wir Stunden später als Erlösung. Das war eigentlich immer so. Wenn der Panzer sich bewegte, wurde man ruhig, wenn er stand, stellte sich ein Gefühl der Hilflosigkeit ein. In den nächsten Tagen versetzte mich der erfolgreiche Vorstoß in einen Kampfrausch. Ich schoß mehrere T-34 ab. Die erste Unterbrechung erfuhr dieser Rausch, als unser Panzer auf eine Mine fuhr. Dabei flog die vordere Laufrolle weg, und der Boden unter dem Fahrersitz wurde zerfetzt. Dem Funker riß es den rechten Fuß bis zu Wade ab. An einem der nächsten Tage, wir standen auf einer Höhe vor einem Fließchen, wurden wir bombardiert. Meinem Kommandanten riß es den Kopf ab und ich

trat an seine Stelle. Nicht lange danach wurde mein Panzer abgeschossen. Von der Besatzung überlebten nur zwei Mann, doch eine Kampfpause erhielt ich nicht. Man gab mir das Kommando eines Panzer III mit 5-cm-Kanone.

Die Teilnahme als Panzerkommandant an der Kursker Schlacht 1943, am Kampf im Baltikum 1944 und in Ostpreußen 1945 waren Zäsuren meines Lebens. Während der ersten Einsätze in der Kursker Schlacht noch sehr draufgängerisch, wurde der Angriffsgeist angesichts der erlebten eigenen Panzerverluste und Mißerfolge immer verhaltener. Nach mehrmaligem Wechsel von Panzer und Besatzung war ich, ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz, im September 1943 froh, unverwundet das Schlachtfeld vorläufig verlassen zu können. Wir hatten, dem Motto der Division »Großdeutschland — die Feuerwehr« entsprochen. Da unsere Abteilung fast alle Panzer verloren hatte, wurden die überlebenden Panzerleute zur Neuaufstellung in die Heimat gebracht.

Die Umschulung auf den neuen Panzer »Panther« im Winter 1943/44 und die Neuaufstellung der Panzerabteilung in Frankreich hoben die Stimmung etwas. Bald darauf verlegten wir im Eisenbahntransport der Kanalküste entgegen. Den Diskussionen über die beste Abwehrstrategie der erwarteten alliierten Invasion — entweder Vernichtung auf See und bei Anlandung durch sofortigen Gegenschlag oder Zerschlagung der Hauptkräfte nach ihrer Anlandung — hörten wir zweifelnd zu. Als es soweit war, wurde unsere Panzerabteilung auf dem Marsch zur Front gestoppt und erneut an die Ostfront verlegt. Was mir von diesen Tagen in Erinnerung blieb, war die totale Luftüberlegenheit der Alliierten. Die »Lightnings« machten fast ungehindert auf jeden einzelnen Panzer Jagd.

Während der Bahnfahrt gen Osten erlebten wir wiederholt Luftangriffe auf deutsche Städte. Die Eisenbahnstrecken waren jedoch immer schnell zur Weiterfahrt hergestellt. Die brennenden Städte weckten in uns den Haß auf die Anglo-Amerikaner und belebten den Kampfwillen neu. In Kaunas (Litauen) entladen, erfolgte sofort der Angriff in Richtung Wilna. Auf dem Weg zur Front trafen wir auf zurückflutende demoralisierte deutsche Truppen. Die Landser begrüßten uns »Großdeutsche« mit dem Ruf »Kriegsverlängerer«. Im August 1944 erreichten die Kämpfe erstmalig die deutschen Grenzen. Das war für uns ein Schock. Was, wenn die Russen mit ihren Panzern erst auf der Autobahn marschierten? Der Krieg, der Not und Tod gebracht hatte, bedrohte nun das eigene Vaterland. Auch an anderen Fronten ging es zurück. Als nach dem 20. Juli 1944 auch Offiziere meiner Einheit durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo) verhaftet wurden, ohne auf Gegenwehr zu stoßen, war meine Bestürzung ehrlich. Jetzt versuchte ich eher am Hinterhang in Deckung zu bleiben, als für meine Panzerkanone Schußfeld zu finden.

Bei den Märschen kam es immer wieder zu Treffen mit Flüchtlingen, die mit ihren Fuhrwerken die Straßen verstopften. Die Menschen mußten alles zurücklassen, Haus und Habe — sogar ihre Toten. Wir sahen unvorstellbares Leid. Irgendwie erreichten wir Ende Februar den Raum westlich von Königsberg. Nach einigen Stunden Pause ging es zum Angriff, um einen Korridor zur Stadt freizukämpfen.

Am Stadteingang, völlig abgekämpft und übermächtig, verlor ich im Artilleriefeld die Beherrschung und wurde in ein Königsberger Lazarett gebracht. Zum Glück konnte ich die Stadt noch verlassen und zu meiner Einheit gelangen.

Als ich schließlich am 18. März 1945 gefangen genommen wurde, empfand ich das als Erlösung von ständiger Todesangst. Selbst die Prügel, die ich bezog, schienen mir verständlich, denn ich trug die Panzeruniform mit den Totenköpfen am Kragenspiegel und den Ärmelstreifen »Großdeutschland«. Wir sagten uns, lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

Wenn ich heute zurückblicke und überlege, ob bei mir als Soldat der deutschen Wehrmacht besondere Gefühle der Feindschaft oder des Hasses auf die sowjetischen Menschen vorhanden waren, sage ich »Nein«; eher Angst vor dem Tod, schwerer Verwundung oder »Sibirien« herrschten vor. Es war ein Glück, daß ich den Krieg überlebte.

Vom Vojna plenni (Kriegsgefangenen) zum Soldaten der DDR

Der Marsch in die Gefangenschaft, die Transporte und ersten Lagerjahre 1945/46 waren vom Kampf ums Überleben, gegen Hunger und Seuchen ge-

Deutsche Kriegsgefangene im Klubzimmer vor der Wandzeitung der Antifa-Lagergruppe



prägt. Im ersten großen Lager wurden wir erneut »gefilit« und entlaust. Aus dem Dampfbad kommend, wurde die Panzeruniform gegen eine alte russische mit der Aufschrift »VP« getauscht. Anstelle der Stiefel erhielten wir Holzschuhe.

Im Lager Wilna mußten wir barfuß in glühender Sonne den ganzen Tag Steine klopfen. Die Füße waren durchgebrannt und es bildeten sich schmerzhafte Abszesse. Wer Glück hatte, wurde zu Entladearbeiten von Hülsenfrüchten eingeteilt. Man aß sich am geschälten Hafer satt und füllte Linsen, Erbsen und Buchweizen in die Taschen. Auf den Kanonenöfen im Lager standen dann Büchsen, in denen die gehamsterten Körner garten. Als 1947 Spezialisten gesucht wurden, meldete ich mich sofort und wurde in einem Kfz-Reparaturwerk der Armee als Dreher eingesetzt. Ab April 1948 war ich als Bestarbeiter an der Antifa-Gebietsschule in Wilna. Unsere Aufzeichnungen machten wir mit Bleistiftstummeln auf Packpapier. Alles für uns Neue nahmen wir sehr aufmerksam auf. Nach drei Monaten schickte man mich nicht ins Lager zurück, sondern zum weiteren Studium auf die Hochschule 20/40 in Ogre bei Riga. Es begann eine Zeit der intensiven ideologischen Indoktrination. Die Zentralschule unterstand dem Befehl der Sowjetarmee, die allgemeine Lagerordnung und den Tagesablauf organisierten dagegen die späteren Generale der NVA, Helmut Borkka und Heinz Zorn.

Das Studium marxistischer Literatur und die auf hohem Niveau stehende intensive Ausbildung beeindruckten mich sehr und ließen mich bewußt sozialistische Theorien und Ideale aufnehmen. Von November 1948 bis Dezember 1949 hatte ich als Assistent die Möglichkeit, noch tiefer in die Wissenschaft vom Sozialismus einzudringen.

Von außerordentlicher Wirkung waren die praktizierten Selbsteinschätzungen der Hörer vor der ganzen Klasse. Diese führten zum besseren Verständnis der Motive und charakterlichen Eigenschaften der Teilnehmer, aber auch in Einzelfällen zur Entlarvung von »Kriegsverbrechern«. Das Sechs-Monate-Programm der Zentralschule 20/40 sah unter anderem folgende Kurse vor:

- Philosophie;
- dialektischer und historischer Materialismus;
- politische Ökonomie des Kapitalismus und Sozialismus;
- Geschichte der Arbeiterbewegung;
- Kulturgeschichte und Weltliteratur;
- Staatsaufbau und Rechtswesen;
- Journalistik.

Zum Atheisten wurden wir schnell gemacht; denn die Kriegszeit mit ihren Schrecken hatten den religiösen Glauben, der nie tief saß, fast ganz abgetötet. Gott war ja auch nicht mit uns gewesen. Mit dem wissenschaftlichen Sozialismus taten wir uns schon schwerer. Die Lehre von den Klassen und dem Klassenkampf, von Staat und Revolution, Basis und Überbau, Produktivkräften und Produktionsverhältnissen war nicht einfach zu begreifen.

Über Verbrechen, die im Auftrag und Namen Stalins unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Volksfeinde verübt wurden, hörten wir nichts.

Durch die schrecklichen Kriegserlebnisse und -folgen angeregt, fragten wir unsere Lehrer, wie Kriege entstehen, und warum die Völker nicht friedlich miteinander leben können. Daß der Krieg die bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, las ich zuerst in Lenins Lektion über »Krieg und Revolution«. Mit der Tiefe der philosophischen Gedanken von Carl v. Clausewitz, »daß der Krieg ein wahres politisches Instrument, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, eine Durchführung desselben mit anderen Mitteln ist«, konnte ich mich dagegen erst 1957 vertraut machen. Die damalige wie heutige Schlußfolgerung daraus ist: Man muß auf die herrschenden gesellschaftlichen Zustände des Landes einwirken, um eine friedliche Politik durchzusetzen. Daß der Staat und die Revolution zu ihrer Verteidigung Streitkräfte brauchen, ist uns an der Zentralschule anhand geschichtlicher Beispiele ebenfalls verdeutlicht worden.

Wir Absolventen der Zentralschule fühlten uns als Revolutionäre mit hohen moralisch-ethischen Ansprüchen an die eigene Lebensweise. Wir verfolgten auch die Entwicklung in Deutschland und Europa. Mit Sorge erfüllte uns die 1948 immer stärker Wirklichkeit werdende Spaltung Deutschlands und die Teilung Europas in zwei Machtblöcke. Natürlich wurden wir auf die sowjetische Deutschlandpolitik und die von der SED dominierte »Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden« eingeschworen. Nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 war der Drang, in die Heimat zurückzukehren, besonders stark geworden.

Bei meiner Rückkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft war ich nicht bereit, mich als »Militarist« bezeichnen zu lassen, folgte aber trotzdem der Werbung zur Volkspolizei (VP), in die ich am 1. Januar 1950 mit dem Dienstgrad »Meister der VP« eingestellt wurde. Die Entscheidung dafür ergab sich folgerichtig aus meinen Erkenntnissen und den während der Gefangenschaft gereiften Überzeugungen. Die junge antifaschistisch-demokratische Ordnung mußte auch polizeilich gesichert werden. Es gab auch kaum eine andere mir zusagende Perspektive. Als ich mich im Januar 1950 bei den Behörden im Heimatort meldete, wurde mir angeboten, in einem Bergwerk zu arbeiten. Wie es dort aussah, hatte ich während der Lehrzeit gesehen und erlebt, wie Vater und Bruder sich kaputtgearbeitet hatten. Das wollte ich nicht. Außerdem entsprach der uniformierte Dienst meiner Mentalität. Pflichtgefühl, Ordnungssinn und Disziplin waren uns ja anerzogen. Am 15. Januar 1950 meldete ich mich bei meinem höchsten Vorgesetzten, Generalinspekteur Heinz Hoffmann in Berlin-Wilhelmsruh und wurde in der Abteilung Schulung eingesetzt. Ende Januar überredete mich Kurt Schützle, ein Kamerad aus Gefangenentagen, in die »Hauptverwaltung für Ausbildung« (HVA) überzutreten, da hier die Perspektiven besser als in der VP seien. Als »großdeutscher« Panzerunteroffizier hatte ich mich um die Ausbildung von Panzeroffizieren zu kümmern.

Generalmajor Fritz Köhn, der damalige Kaderchef der HVA, sagte mir zur Begrüßung: »Bei uns können Sie General werden, aber auch schnell alle Dienstgrade wieder verlieren.« Seine Worte bewahrheiteten sich positiv. In der

Dienststellung als Stellvertreter des Chefs des Hauptstabes der NVA erreichte ich den Dienstgrad Generalleutnant und erhielt hohe Auszeichnungen.

Als Chef der 6. Kompanie an der Offiziersschule Priemerwald war ich für die Ausbildung von etwa einhundert jungen Leuten verantwortlich. Kommandeur der Schule war der hochdekorierte Bruno Kollitsch. Obwohl es an Gerät und Anschauungsmaterial fehlte, waren die Schüler alle eifrig bei der Sache. Auch die neuen Lieder gefielen mir sehr, denn wir wollten »eine bessere Zukunft aufbauen« und »unserem einig Vaterland zum Frieden dienen«. Trotz Ausbildung im Schnellverfahren mußten alle die Prüfungen bestehen. Die kurzfristige Ausbildung und fehlende Praxis in der Menschenführung wirkten sich später negativ in ihren Dienststellungen aus. Bereits im April 1950 kam ich als Stellvertreter des Kommandeurs der 6. VP-Bereitschaft nach Apollensdorf. Am neuen Standort herrschte Hektik. Die gesamte Führung der Bereitschaft war abgelöst, an Ausbildung nicht zu denken. Die jungen Volkspolizisten sahen sich während ihres Wachdienstes immer bedroht und es kam nachts zu unsinnigen Schießereien. Ende April/Anfang Mai wurde die Bereitschaft nach Burg bei Magdeburg verlegt. Nachts fuhren wir unsere sechs T-34 durch die Stadt in die Kaserne Waldfrieden, damit kein Bürger sie sah. Hier stand Gelände in Kasernennähe zur Verfügung, und die Ausbildung wurde neu organisiert.

Viel zu schnell wurde ich im Juni zur HVA nach Berlin versetzt. Inspekteur Helmut Borufka wurde mein Chef. Wir überarbeiteten die in Wünsdorf erarbeiteten Ausbildungsprogramme in Tag- und Nachtarbeit und brachten sie für die VP-Bereitschaften in verständliches Militärdeutsch.

Von August 1951 bis August 1952 besuchte ich den Lehrgang für Panzerregimentskommandeure in Privolsk. Noch in Privolsk erhielten wir Kenntnis von der Bildung der Kasernierten Volkspolizei (KVP) am 1. Juli 1952. Befürchtungen, bei dieser Reorganisation übergangen zu werden, erfüllten sich nicht. Nach meiner Rückkehr wurde ich in der Abteilung »Operative Schulung« der »Operativen Verwaltung« der HVA eingesetzt. Ich erhielt den Dienstgrad Major. Mein Vorgesetzter, Generalmajor Kurt Wagner, der zwölf Jahre im Zuchthaus Waldheim inhaftiert war, sorgte sich sehr um mich. Die Hauptverwaltung organisierte den Übergang zu neuen militärischen Strukturen, Territorialverwaltungen, mechanisierten und Panzerverbänden sowie deren Ausbildung. Der Dienst in der KVP war sehr anstrengend und ließ den Soldaten kaum freie Zeit. Die Trennung von den Problemen des zivilen Lebens wirkte sich so aus, daß wir im Juni 1953 die im Rundfunk übertragenen »Krawalle« in Berlin als Hörspiel auffaßten. Nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub wurde mir jedoch schnell klar, daß es sich um ernsthafte Ereignisse handelte. Die »Operative Verwaltung« der HVA organisierte die Verlegung von VP-Bereitschaften nach Berlin und ihr Zusammenwirken mit sowjetischen Truppenteilen. Die größte Sorge war, daß die Alliierten eingreifen könnten. Das Kräfteverhältnis und die politische Interessenlage ließen jedoch keinen offenen Zusammenstoß zwischen der UdSSR und den USA zu.

Die Unruhen brachen unter sowjetischem Waffeneinsatz bald zusammen. Dazu trugen auch die von der Partei eingeleiteten Reformen im Arbeitsalltag

bei. Im übrigen fehlten eine zentrale Führung durch eine organisierte Oppositionsbewegung und eine breitere Massenbasis. Die im Juli 1953 folgende Gründung von Kampfgruppen der Arbeiterklasse diente der inneren Ablenkung und Disziplinierung der Arbeiterschaft in der DDR. Später wuchs jedoch die Überzeugung von der Gerechtigkeit des Schutzes der eigenen Betriebe. Aus den Hundertschaften wurden motorisierte Bataillone, ausgerüstet mit Schützenpanzern, Panzer- und Fliegerabwehrwaffen. Die Ausbildung der Kampfgruppen oblag der VP. Die Ausrüstung wurde ebenfalls dort unter Verschluss gehalten. 1989 verweigerten die Kampfgruppenkommandeure jedoch den Einsatz gegen die demonstrierenden Massen.

In der Abteilung Operative Schulung bestand meine Aufgabe weiterhin darin, Lektionen zu den verschiedensten militärischen Themen zu erarbeiten. Auch zur Einzelleitung in den Streitkräften mußte ich einen Vortrag ausarbeiten, den ich dann vor der Leitung der HVA zu halten hatte. Dabei stieß ich auf scharfen Widerspruch bei den Vertretern des Politapparates. Nur der Verweis auf Vladimir I. Lenin, der auf dem III. Kongreß der Volkswirtschaftsräte 1920 formulierte: »Jetzt geht die allgemeine Tendenz dahin, das Prinzip der Einzelleitung als das einzige richtige Prinzip der Arbeiterorganisation einzuführen«, und auf Michail V. Frunse, der in seiner Rede »Bilanz und Perspektiven des militärischen Aufbaus« 1925 gesagt hatte: »Unter Einzelleitung ist die Vereinigung der operativen, administrativen und wirtschaftlichen Funktion in einer Person zu verstehen«, rettete mich vor vollständigem Verriß. Streit gab es auch um die persönliche Anrede in der KVP. Er wurde vor dem Hintergrund der Distanzierung von alten Wehrmachtserinnerungen und -bräuchen ausgetragen. Wenn schon nicht mehr »Kamerad«, dann wollte man lieber »Herr« sein. Die Anrede »Herr« brachte nicht nur den für die Disziplin erforderlichen Abstand, sondern drückte formal auch eine gewisse Achtung vor dem Gegenüber aus. Die Partei entschied jedoch bald, die Anrede »Genosse« einzuführen. Damit wurden Gegensätze verdrängt und der Eindruck einer größeren Gemeinsamkeit aller Dienstgrade erzeugt.

Als nach Beschluß der Volkskammer vom 18. Januar 1956 das Gesetz über die Schaffung der NVA und des Ministeriums für Nationale Verteidigung erlassen war, erhielt ich im Februar meine Versetzung zum Kommando des Militärbezirkes V als »Leiter Operativ« und wurde zum Oberstleutnant ernannt. In den nun folgenden Jahren des forcierten Aufbaus der Streitkräfte der DDR konnte ich als Stabsarbeiter im Stab einer Division des Militärbezirks und im Ministerium für Nationale Verteidigung erfahren, wie recht Marschall Boris M. Šapošnikov hatte, der in seiner Schrift »Hirn der Armee« schrieb: »Der Weg eines Stabsarbeiters ist ein schweres Unterfangen, und jeder soll sich darüber Rechenschaft geben, der ihn beschreitet.« Er forderte, sich den auch im deutschen Generalstab gültigen Satz: »Mehr sein als scheinen«, zu eigen zu machen. Ich habe versucht, seinen Rat zu befolgen.

Georg Meyer

Drei deutsche Generale. Dienst in der Diktatur und im Spannungsfeld des Kalten Krieges

Auf die Gestaltung zweier ganz verschiedener Armeen in Deutschland nach 1945 haben drei Generale ähnlichen Herkommens, gleicher Prägung und beinahe gleichaltrig, unterschiedlichen Einfluß genommen: Adolf Heusinger, geboren 1897, Sohn eines Gynnasialdirektors im Herzogtum Braunschweig; Hans Speidel, geboren im gleichen Jahr, Sohn eines hohen Forstbeamten im Königreich Württemberg, und Vincenz Müller, geboren 1894, Sohn eines Rotgerbermeisters und Zentrums-Abgeordneten im Landtag des Königreiches Bayern — alle drei Abiturienten humanistischer Gymnasien, und alle drei miteinander bekannt.

Heusinger und Speidel, beide Infanteristen, sind als Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges Offiziere geworden, mit ganz unzulänglicher, allenfalls zweckgerichteter Kurzausbildung. Der Krieg selbst, der frühe Einsatz als Gruppen- und Zugführer, lehrte sie das militärische Handwerk. Müller, im Minenkrieg und als Führer einer Flammenwerfer-Kompanie eingesetzt, hatte ihnen längere Erfahrungen an der türkischen Front und eine kurze Friedensdienstzeit als Einjährig-Freiwilliger voraus im königlichen bayerischen Kontingent und dann als Fahnenjunker im einzigen Pionier-Bataillon des XIII. (Königlich Württembergischen) Armeekorps. Heusingers Lebensweg ist — abweichend von Speidel und Müller — besonders gekennzeichnet durch Kriegsgefangenschaft von Juli 1917 (Beginn der Somme-Schlacht) bis Anfang November 1919, »unverschuldet in englische Gefangenschaft geraten«, lautet der Vermerk im Personalschein. Aber die Zeitläufte hielten für ihn, wie auch für Speidel und Müller, noch weitere Lebenserfahrungen hinter Gefängnismauern und Stacheldraht bereit.

Diese drei im Kriege herangewachsenen Offiziere repräsentierten im Reichsheer eine Zwischengeneration, die den von Seeckt — Chef der Heeresleitung bis Ende 1926 — angestrebten Anpassungs- und Amalgamierungsprozeß verschiedentlich vor Probleme stellte. Ohne sentimentale Bindung an die angestammten Herrscherhäuser, aber auch noch keine »Vernunftrepublikaner«, standen sie, von manchen Vorgesetzten beargwöhnt wegen eigener moderner Gedanken und im Kriege gewonnener innerer Selbständigkeit, zwischen den älteren, in den vier Armeen des Kaiserreichs geprägten Offizieren und den dann erst in die Reichswehr eintretenden, nach der Jahrhundertwende geborenen Offizieranwärtern.

Heusinger und Müller sammelten noch für sie wesentliche Erfahrungen im Nachkrieg, letzterer im Grenzschutz Ost und im Baltikum, Heusinger während der dem Kapp-Lüttwitz-Putsch folgenden bürgerkriegsähnlichen Kampfhandlungen in Thüringen im Frühjahr 1920. Sein Bataillonskommandeur bescheinigte ihm danach, in der Bearbeitung der »politischen Angelegenheiten ... ein hervorragender Mitarbeiter« gewesen zu sein, »was besonders in jenen unruhigen Märztagen 1920 zu Tage trat«.

Speidel, der unterdes ein den Dienst begleitendes Studium der Geschichte und Nationalökonomie an der Universität Tübingen aufgenommen hatte, und Müller begegneten sich persönlich dann so intensiv, daß jeder des anderen Wesensart genau kennenlernen konnte, während zweier Jahre ab 1920 auf dem Führergehilfenlehrgang beim Stuttgarter Wehrkreis, der getarnten Ausbildung zum Generalstabsoffizier. Müller, mit ähnlich weitgespannten geistigen Interessen wie Speidel, verband diese Zeit mit einigen Semestern Kunstgeschichte an der Technischen Hochschule Stuttgart. Danach begann er unmittelbar, unterbrochen nur 1926/27 durch das dritte Jahr der Führergehilfenausbildung in Berlin, eine intensive politische Lehrzeit und wurde im Oktober 1923 in das Reichswehrministerium (Truppenamt) als »Bürooffizier« zum damaligen Oberstleutnant Kurt v. Schleicher versetzt. Auf dem heiklen Sektor der Landesverteidigung und des Grenzschutzes mit Mobilmachungsvorbereitungen beauftragt, gewann er viel Einblick in innen- und außenpolitische Zusammenhänge und Wirtschaftsfragen, vertieft noch in den weiteren Jahren seiner Verwendung in der Wehrmachtsabteilung und des daraus hervorgehenden Ministeramtes im Reichswehrministerium, stets in unmittelbarer Nähe Schleichers, dem er lebenslang Verehrung bewahrte.

Heusinger und Speidel führte 1929/30 das dritte Jahr ihrer Ausbildung zum Führergehilfen in Berlin zusammen, nach deren Abschluß sich alle drei Offiziere, in den gehörigen Abständen zu Hauptleuten befördert, im Reichswehrministerium begegneten, in ihren Begabungen gemäßen Verwendungen.

Mit Sicherheit haben Heusinger und Müller am 25. und 26. November 1932 an dem vom amtierenden Reichswehrminister, General der Infanterie v. Schleicher, anberaumten Planspiel teilgenommen, bei dem unter Annahme einer besonders ungünstigen Ausgangslage geprüft worden ist, ob die Reichswehr und alle für die innere Sicherheit des Staates verantwortlichen Einrichtungen und Behörden imstande sein könnten, durch eine mit allen Vollmachten ausgestattete Notstandsregierung Hitler und der nationalsozialistischen Bewegung den Weg zur Macht zu verlegen. Die Reichswehr, so das Ergebnis, wäre außerstande, die öffentliche Ordnung selbst beim Bruch der Verfassung und in Überschreitung der dem Reichspräsidenten ohnehin zur Verfügung stehenden Ausnahmerechte aufrechtzuerhalten. Mit großer Wahrscheinlichkeit würden die Notstandsmaßnahmen gerade den breiten Widerstand der als noch weit gefährlicher angesehenen kommunistisch geführten gewaltbereiten Massen auslösen und zum Bürgerkrieg aller gegen alle führen, ganz abgesehen von in dieser Situation nicht auszuschließenden ausländischen Interventionen. Heusinger gehörte damals der

Abteilung T 1 des Truppenamtes an, die operative Angelegenheiten, »Verwendung der Truppen«, bearbeitete. Müller, inzwischen Kompaniechef im Münchner Pionierbataillon 7, war nicht zum ersten Mal in besonderer Mission nun zu diesem Planspiel ausdrücklich nach Berlin gerufen worden. Schon im Juli 1932 hatte er im Auftrage Schleichers tatkräftig an den militärischen Vorbereitungen des Berliner Wehrkreises III zum »Preußenschlag« der Regierung Papen — die verfassungswidrige Absetzung der preußischen Staatsregierung und die Einsetzung Papens als Reichskommissar für Preußen — mitgewirkt.

Daß die bei diesem Planspiel einkalkulierten Verstöße gegen die Verfassung des Reiches nichts waren gegen die Maßnahmen Hitlers, der — den fortgesetzten Bruch des Ministereides eingeschlossen — vom ersten Tag seiner »Machtergreifung« an diese Verfassung mit Füßen trat, konnten Heusinger und Müller in diesen Novembertagen nicht ahnen. Wenn sich bei dieser durchaus wirklichkeitsnah konstruierten Veranstaltung bei ihnen Bedenken regten, mögen sie sich wohl darauf beschränkt haben, daß eine drakonische Militärdiktatur zur Gefahrenabwehr bei Suspendierung demokratischer Zustände, und seien sie noch so zerrüttet wie in dieser Phase des Verfalls der Weimarer Republik, keineswegs als Heilmittel erschien, obwohl bei näherer Betrachtung der europäischen Staatenwelt damals autoritäre Regierungsformen ohne demokratische Legitimation keineswegs vereinzelt waren.

Speidel war es über die nächsten Jahre vergönnt, neben Verwendungen als Kompaniechef und Bataillonskommandeur und längerem Dienst im Truppengeneralstab seine besondere Zuneigung zu französischer Sprache, Geistigkeit und Kultur pflegen zu können, in steter Berücksichtigung der Schwierigkeiten des deutsch-französischen Verhältnisses dieser Zeit. Müller gewann erste Eindrücke von der Sowjetunion und der sorgfältig getarnten militärischen Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee während eines Aufenthaltes in der Sowjetunion 1930 und geriet nach der Ermordung seines einstigen Vorgesetzten, des Generals v. Schleicher (im zeitlichen Zusammenhang mit dem sogenannten »Röhmputsch« 1934), in zunehmenden inneren Gegensatz zu den Gewaltmethoden des nationalsozialistischen Regimes. Speidel, stets gefördert durch den Chef des Generalstabes des Heeres, General der Artillerie Ludwig Beck, teilte in guter Kenntnis des militärischen Potentials in Europa frühzeitig dessen wachsende Vorbehalte gegen Hitlers Kriegskurs. Solche Bedenken hegte auch Heusinger seit 1938/39. Er tat nach kurzer Zeit als Kompaniechef 1934/35 in Paderborn und anschließender Verwendung als Erster Generalstabsoffizier der 11. Division in Allenstein (Ostpreußen) seit August 1937 Dienst in der Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres, der er dann ohne Unterbrechung bis zum 20. Juli 1944 angehörte, seit August 1940 Chef dieser Abteilung. Seine Skepsis trug er freilich nicht zu Markte, so wenig wie mit guten Gründen auch der überaus vorsichtige Speidel und auch Müller, bei aller ihm sonst eigenen, oft unbeherrschten Dynamik.

Müller, seit 1937 Erster Generalstabsoffizier im Heeresgruppenkommando 2 (Kassel, später Frankfurt a.M.), hatte dort das Vertrauen seines bayerischen

Landsmannes, General der Artillerie Wilhelm Ritter v. Leeb — 1939/40 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe C im Westen — und dessen Nachfolger vor Kriegsausbruch, General der Infanterie Erwin v. Witzleben, mit Mobilmachung Ende August 1939 Oberbefehlshaber der 1. Armee an der Westfront. Im Winter 1939/40 ist Müller unbedingt der Militäropposition im Westen zuzurechnen, und nicht nur, weil er — wie auch Leeb und Witzleben — eine Fortsetzung des Krieges als verhängnisvoll ansah.

Hitlers Sieg im Westen, gerade auch gegen starke Bedenken der Militärs, ließ zunächst jede weitere Opposition verstummen. Müller, ausgestattet mit ausgeprägtem Selbstbewußtsein und viel Ehrgeiz, hat sich jedoch nicht blenden lassen, da ihm frühzeitig die drohende Gefahr der völligen Entgrenzung des Krieges in Europa bewußt wurde. Seit Jahresende 1940 Chef des Generalstabes der 17. Armee, einer Neuaufstellung für den Krieg gegen die Sowjetunion, erhielt er in der Person des Generals der Infanterie Karl-Heinrich v. Stülpnagel einen Oberbefehlshaber, dessen konsequente Einstellung gegen das nationalsozialistische Regime Müller nicht verborgen bleiben konnte.

Wenn Oberbefehlshaber und Chef des Generalstabes dieser Armee es nicht schon vor Ausbruch der Feindseligkeiten wußten, daß dieser Krieg auch als erbitterte ideologische Auseinandersetzung eine ganz andere Dimension haben würde als die Feldzüge bisher — von den planmäßigen Ausrottungen in Polen wußten sie ja —, so sahen sie sich bald durch die Kenntnis von Mordaktionen der Einsatzkommandos des Sicherheitsdienstes der SS (SD) im rückwärtigen Armeegebiet als Mitwisser verbrecherischer Maßnahmen verstrickt, was beider Abscheu vor dem Regime nur noch steigerte. Stülpnagel erreichte als persönliche Konsequenz seine Ablösung nach etwas mehr als 100 Tagen im Felde. Müller war dieser Ausweg verschlossen, und unter rasch wechselnden Oberbefehlshabern in den folgenden Monaten — Hoth, Ruoff, Jänecke — hatte er auch, auf das Kampfgeschehen konzentriert, keine Gelegenheit mehr, nach Gleichgesinnten Ausschau zu halten und Anschluß an Widerstandskreise zu finden. Er mußte einen eigenen Weg suchen und beschreiten. Er sah ihn dann im Chaos der Niederlage der Heeresgruppe Mitte, als er — inzwischen stellvertretender Führer des XII. Armeekorps, nach Verwendungen als Divisionskommandeur und Führer einiger Korpsverbände —, in sowjetische Gefangenschaft geraten, den eingeschlossenen führungslosen Resten der 4. Armee den Befehl gab, den nicht nur aus seiner Sicht sinnlos gewordenen Kampf einzustellen. Konsequentermaßen schloß er sich dann sogleich dem Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) und dem Bund Deutscher Offiziere (BDO) an, in der allerdings irrigen Annahme, in diesen sowjetisch und kommunistisch dominierten Propaganda-Instrumenten selbständige politische Gestaltungsmöglichkeiten zu finden.

Speidel war nach dem Frankreich-Feldzug fast zwei Jahre lang Chef des Kommandostabes des Militärbefehlshabers Frankreich. In dieser Eigenschaft unternahm er in schwieriger Stellung viel, verständnisvoll unterstützt von Beamten der Zivilverwaltung, im Einvernehmen mit dem Militärbefehlshaber, General der Infanterie Otto v. Stülpnagel, damit die Besatzungsherrschaft nicht als

willenloses Instrument des Terrors empfunden wurde. So waren Stülpnagel und er bemüht, nach Attentaten drakonische Vergeltungsmaßnahmen von der Bevölkerung abzuwenden, wie sie Hitler forderte. Nachdem aber die polizeiliche Exekutive im besetzten Frankreich ab Frühjahr 1942 in die Hände des SD und der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) geriet, mag er die Verwendung als Korps-, dann als Armeechef an der Ostfront von Frühjahr 1942 bis Frühjahr 1944 durchaus als Befreiung von schwerer, belastender politischer Verantwortung aufgefaßt haben.

Daß in dieser Zeit, als er an der Ostfront war, gerade in Paris in seinem alten Stab und bei anderen militärischen und zivilen Stellen im besetzten Frankreich intensiv über Maßnahmen zum gewaltsamen Sturz des nationalsozialistischen Unrechtsregimes nachgesonnen wurde, ist ihm nicht verborgen geblieben. So kehrte er im April 1944 als Chef des Generalstabes der Heeresgruppe B (Oberbefehlshaber: Generalfeldmarschall Erwin Rommel) in eine ihm wohl vertraute Atmosphäre zurück. Daß die militärische Lage angesichts der seit längerem erwarteten angloamerikanischen Invasion, der gänzlich in die Defensive geratenen Ostfront und wegen des Vordringens der Alliierten in Italien eigentlich grundsätzliche politische Schritte erforderte, war seinem Oberbefehlshaber durchaus klar, der sich ja auch Sondierungen Carl Friedrich Goerdelers und des Stuttgarter Oberbürgermeisters Karl Strölin nicht verschloß.

Rommel und Speidel handelten in der Abwehr der Invasion tatkräftig und entschlossen, soweit Gegenwehr bei der materiellen und personellen Überlegenheit noch möglich war. Sie stimmten auch überein in der Verachtung Hitlers — eine schwere Auseinandersetzung mit Hitler am 17. Juni 1944 in Margival raubte Rommel die letzten Illusionen —, und verabscheuten zunehmend dessen Herrschaft. Es bleibt aber der Spekulation überlassen, welchen Verlauf der 20. Juli an der Westfront auch bei dem mißglückten Attentat genommen hätte, wäre Rommel nicht am 17. Juli bei einem Tieffliegerangriff schwer verwundet worden. Ob vielleicht ein handlungsfähiger Rommel, einer der letzten hochrangigen deutschen Militärs mit noch diskontfähiger Unterschrift, ergänzt durch die diplomatischen Begabungen seines Chefs, den aussichtslosen Kampf im Westen nicht doch durch einen beherzten Entschluß hätte beenden können?

Solcher Verdacht und seine nicht verborgen gebliebenen engen Verbindungen zu den Verschwörern in Paris brachten Speidel in Gestapo-Haft. Nur die entschiedene Intervention des Generalobersten Heinz Guderian im von Hitler befohlenen »Ehrenhof« bewahrte ihn vor der Ausstoßung aus dem Heere, die gleichbedeutend mit dem Todesurteil des Volksgerichtshofes gewesen wäre. Bis Kriegsende dann im Gewahrsam der Heeresjustiz, glückte es Speidel mit großem Geschick, sein und nicht weniger Mithäftlinge Leben bei einem gefährvollen Transport durch Deutschland zu retten, bis er schließlich am Bodensee durch französische Truppen befreit wurde.

Heusinger stand seit Herbst 1938 in ständigem vertrauensvollen Kontakt mit einigen hohen Offizieren, die über die Jahre hinweg bis zu ihrem gewaltsamen Lebensende konsequent der Militäropposition zuzuzählen sind — dem damali-

gen Oberquartiermeister I im Generalstab des Heeres, General der Infanterie Karl-Heinrich v. Stülpnagel, dem Chef des Heeresnachrichten-Verbindungswezens, General Erich Fellgiebel und General Eduard Wagner, Generalquartiermeister des Heeres, voran der von ihm stets verehrte einstige Chef des Generalstabes des Heeres Ludwig Beck. Besonders eng verbunden blieb er mit seinem einstigen Untergebenen in der Operationsabteilung, Oberst Henning v. Tresckow, mit dem er wieder und wieder seit 1942 nicht nur die Frage erörterte, wie die militärische Niederlage überhaupt noch abzuwenden sei, sondern auch, wie Hitler ausgeschaltet werden könnte. Heusinger teilte dabei Tresckows Auffassung nicht, erst sei einmal Hitler zu beseitigen, und dann sehe man weiter, sondern er war von tiefer, wachsender Skepsis erfüllt: es genüge eben nicht, meinte er, den Kapitän von der Brücke zu schießen. Das Schreckens- und Unrechtsregime könnte sich als überraschend stabil erweisen, was die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkrieges einschließe und die Belastung der Opposition durch eine Neuauflage der Dolchstoßlegende, wie sie die Weimarer Republik schleichend vergiftet hatte. Und wie würde das Ausland reagieren? Würde es Entgegenkommen zeigen?

Beim Attentat verwundet, und aus dem Lazarett in Haft genommen, konnte Heusinger nur mit großem Geschick gegen ihn erhobene Vorwürfe und schwere Anschuldigungen abwehren, indem er — nicht ungefährlich für ihn — in den wochenlangen Verhören einen Nebenkriegsschauplatz eröffnete und einräumte, an Überlegungen zur Entmachtung Hitlers in dessen Eigenschaft als Oberbefehlshaber des Heeres und der Veränderung der Befehlsstruktur beteiligt gewesen zu sein. Auch retteten ihn Widerrufe zweier todgeweihter Kameraden, die ihn zuvor in ihren Aussagen lebensbedrohend belastet hatten. Speidel und er sahen sich unvermutet im Gestapo-Gefängnis Prinz-Albrecht-Straße, ohne daß sie jedoch ein Wort miteinander wechseln konnten.

Heusinger, seit seiner Entlassung aus der Haft im September 1944 weiter in Verdacht, geriet Anfang Mai 1945 nicht ohne eigenes Zutun in amerikanische Kriegsgefangenschaft, entlassen — dann als Zivilinternierter — Anfang des Jahres 1948. Elf Monate dieser Zeit — in einigen Intervallen — verbrachte er im Nürnberger Gerichtsgefängnis, dabei auch die Nacht der Hinrichtungen der Hauptkriegsverbrecher, 15./16. Oktober 1946.

Alle drei Generale können in ihrer inneren Einstellung als Verächter, ja Gegner Hitlers angesehen werden, mit — zum Teil in den wechselnden Dienststellungen begründet — unterschiedlich großer Nähe zum militärischen Widerstand. Aber sie zogen — Heusinger und Speidel — ganz andere Konsequenzen aus der zweiten militärischen Katastrophe, verbunden mit einem Staatszusammenbruch ohne Beispiel, die sie — wie Vincenz Müller — so bewußt erlebten wie die erste Niederlage 1918, angeschlossen damals eine revolutionäre Umwälzung.

Besonders radikal vollzog Müller seinen Bruch mit der Vergangenheit. Geleitet von der für ihn auch persönlich bitteren Einsicht, bisher Intelligenz, Tatkraft und Leistung auf einem politischen Irrweg vertan, ja, einem als verbreche-

risch erkannten System gedient zu haben, setzte er nun auf die sowjetische Karte in der Annahme und der Hoffnung, daß die durch mancherlei wohlklingende Vokabeln gekennzeichnete Deutschlandpolitik Stalins ihm ein seinen Begabungen und Vorstellungen gemäßes Betätigungsfeld eröffnen könnte. Das gelang zwar in recht erstaunlicher Weise für eine ganze Weile — aber seine politische Konzeption, eigentlich nur romantisches Spielmaterial, erwies sich als ungeeignet für die problematische Dekade seit 1950, sein letztes Lebensjahrzehnt. Er blieb stets Patriot, und vorbehaltlose Unterwerfung unter eine Ideologie war seine Sache nicht. Aber die seltsame Mischung aus einem modernisierten Tauroggen-Komplex, verbunden mit Anleihen an eine in seinen Augen auf mehr als Interessenausgleich ausgerichtete »Ostpolitik« Bismarcks, dazu noch Reminiszenzen an die Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee, über die er so viel wußte wie sonst keiner, und ein entschiedener Anti-Amerikanismus, war für die praktische Politik untauglich.

Das eine oder andere Ingrediens erschien bekömmlich, jedoch nicht in der Vermengung. Und in der Anwendung verfuhr er zudem mehr nach der finasierenden Methode seines listenreichen Lehrherrn Kurt v. Schleicher, als es mit der Beharrlichkeit und Geduld Gustav Stresemanns zu versuchen. Wer mitreden will, muß dabei sein, mag seine Devise gewesen sein. So suchte er nach der Entlassung aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft im September 1948 politischen Einfluß zu gewinnen in einer beinahe auf ihn passend zugeschniderten Blockpartei, der Nationaldemokratischen Partei »Deutschlands«, als Vizepräsident der Volkskammer (1950/52), als Stellvertreter des Ministers und Chef des Hauptstabes beim Aufbau der Kasernierten Volkspolizei und der Nationalen Volksarmee der DDR. Nur zu bald mußte er aber zu der Erkenntnis gelangen, daß man sich seiner wohl nur als Aushängeschild bediente. In der Kasernierten Volkspolizei (KVP), 1956 zur NVA umbenannt, beargwöhnte ihn die neue kommunistisch-proletarische Führungsschicht — der Armeegeneral Heinz Hoffmann verbirgt in seinen Erinnerungen seine Vorbehalte gegen Müller nicht, der wiederum Hoffmanns Eignung bezweifelte —, bei sowjetischen Politikern fand er nicht den erhofften Rückhalt. Auch die Regierung der DDR ist seinen Ratschlägen nicht gefolgt, selbst wenn sie seinen Gesprächen mit dem Bundesminister der Finanzen, Fritz Schäffer, Ende 1956 zunächst keine Hindernisse in den Weg gelegt hat. Schäffer sondierte im Auftrag und mit Wissen des Bundeskanzlers Konrad Adenauer bei Müller und sowjetischen Gesprächspartnern wegen der Möglichkeiten einer deutschen Konföderation — Gedanken, die sich natürlich mit der Vorstellungswelt Müllers gut vertrugen.

Sein Einfluß in der DDR ist von westlicher Seite stets überbewertet worden, so daß es nicht verwunderlich ist, daß sich auch die »Organisation Gehlen« dafür interessierte, wes Geistes Kind Müller nun war. Dabei wollte man natürlich nicht seine neue Loyalität ins Wanken bringen und verschonte ihn ganz mit Fragen nach seinen militärischen Aufgaben — Fragen, die eine Sondierung auch sogleich zum Scheitern gebracht hätten. Man beobachtete seinen Weg aufmerksam, begründet auch damit, wenn man schon über die anderen führenden

Persönlichkeiten in der DDR und deren »bewaffneten Organen« wenig wisse, man immerhin doch Vincenz Müller von früher kenne.

In einer komplizierten Operation mit dem Decknamen SCHWABEN haben von 1950 bis 1954 eine ganze Reihe von Gesprächen Müllers mit dem Oberst a.D. Hermann Teske — ehemals Bevollmächtigter Transportoffizier im Generalstab AOK 17 — stattgefunden, auch unter gelegentlicher Vermittlung des Obersten a.D. Max Kemmerich, 1932 Leutnant in Müllers 2. Kompanie/Pionierbataillon 7 (München). Es kam diesen ganz folgenlosen Gesprächen zugute, daß alle Beteiligten unterschiedlich intensiv vom Tauroggen-Bazillus infiziert waren, bis hin zu Gedankengängen aus den 20er Jahren, in denen die Reichswehr als Klammer der Einheit des Reiches figurierte.

Maßgeblichen Einfluß auf die Formung der NVA hat Müller auch nicht erlangt. Mit Gedanken an eine »Armee neuen Typus« hielt er sich nicht auf — ihm ging es wohl nur darum, ein effektives Machtmittel aufzubauen, im Sinne seiner Ideen einer glücklichen Synthese von deutscher Intelligenz und russischem Potential, um einen neuen deutschen Irrweg zu vermeiden.

Generalleutnant Vincenz Müller (links) beim Abschreiten einer Formation der NVA-Luftstreitkräfte



Der nachrichtendienstliche Kanal, nach der Affäre um den zeitweiligen Aufenthalt des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, im sowjetischen Machtbereich seit Juli 1954 zunächst verschüttet, dann wieder offengehalten allein zum Zwecke loser Kontaktpflege ohne politischen Hintergrund, bestand bis zu Müllers Tod. Seltsame Umstände dieses Lebensendes am 12. Mai 1961 nährten in Ost und West manches Gerücht über einen Selbstmord aus Verzweiflung über einen abermals gescheiterten politischen Weg bis hin zu Vermutungen über einen durch Dritte verschuldeten gewaltsamen Tod, gegen den jedoch nach Auskunft glaubwürdiger Zeugen alle Umstände sprechen.

Als erster der drei Generale war Speidel seit Ende April 1945 auf freiem Fuß. Bei allen Sorgen um die Existenzsicherung für seine Familie und sich, von denen er nicht verschont blieb, empfand er bald den Zustand der Rechtlosigkeit und der Schutzlosigkeit der westlichen Besatzungszonen und sann mit guten Bekannten in politischer Verantwortung wie Theodor Heuss, Carlo Schmid, Theodor Eschenburg, Eberhard Wildermuth und anderen, auch bald mit Freunden in der Schweiz und Frankreich auf Abhilfe. Seine Freunde im nahen Ausland teilten seine Sorgen über die bedrohliche Lage angesichts nahezu unverminderter sowjetischer Truppenstärken nach dem Ende des Krieges in Europa und der politischen Maßnahmen Stalins zur Bestandssicherung in den der Sowjetunion vorgelagerten Staaten und der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Mit Heusinger stand er seit Februar 1947 in Verbindung und besuchte ihn auch in diesem Monat im Lager Allendorf, wo Heusinger damals nicht allzu begeistert an den Arbeiten der Historical Division mitwirkte, verschiedentlich unterbrochen durch Aufenthalte im Nürnberger Gerichtsgefängnis als Zeuge und Gutachter — Speidel wußte dort seinen Bruder, den dann im Fall VII — Balkan-Prozeß — zu 20 Jahren Haft verurteilten General der Flieger a.D. Wilhelm Speidel, ehemals Befehlshaber Südgriechenland.

Heusinger und Speidel waren sich einig im Blick auf die Zukunft, die sie für Deutschland — sprich zunächst die westlichen Besatzungszonen — nur in einem »westeuropäischen Block« sahen, weil »jede östliche Orientierung ... zum Ende abendländischer Kultur führen« würde. Ihre Hoffnung war »eine allmähliche Einsicht der Westmächte«, wobei man die Geduld nicht verlieren dürfe, meinten sie. Trotz des offenkundigen militärischen Ungleichgewichts zu Ungunsten des Westens, das möglichst rasch den Aufbau einer gemeinsamen Verteidigung erfordere, bauten sie doch auf »Stalins Realpolitik«, die genau erkenne, »wie viel er seinem Volk zumuten kann« (Heusinger), und Stalin selbst sei wohl sicher darauf bedacht, zunächst das Gewonnene zu festigen.

Heusinger ergriff die sich ihm bietende Möglichkeit, sich der »Organisation Gehlen« anzuschließen. Er konnte dort ab Frühjahr 1948, mit dem Aufbau und der Leitung der Abteilung »Auswertung« betraut, sehr bald eigene Vorstellungen verwirklichen. Getragen vom Respekt seines einstigen Untergebenen Gehlen (Generalstabsoffizier in der Operationsabteilung von Herbst 1939 bis Frühjahr 1942) sowie vom rasch wachsenden Vertrauen der Amerikaner wirkte er entschlossen und beharrlich darauf hin, diese Abteilung über die einstige,